Der Ruhr-Student

Studentenzeitung für Nordrhein-Westfalen Heft 7 / Januar 1967

UNIVERSITÄTSARCHIV BOCHUM
Kleine Sammlungen
K 2

Ist er ein Snob?

Nein!

Er ist zwar Privatkunde einer Bank — einer renommierten Bank — die ihm ein exklusives Service bietet. Doch ein Snob? Nein. Er denkt nur logisch. Da er nämlich Student an der Ruhr-Universität ist und durch diese Bank außerdem die Auszahlungen des ‚Honnefer-Modells' vorgenommen werden, liegt er goldrichtig. Deshalb schenkte er sein Vertrauen der

WESTFALENBANK

AKTIENGESELLSCHAFT BOCHUM HUESTRASSE 21-25

Zweigstellen: Bochum - Querenburg, Overbergstraße 7 · Bochum, Ruhr-Universität, Lennershofstraße 70

Maecenates voco

Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie für Bochum und Umgebung e. V., Bochum

Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G., Köln

Deutsche Lufthansa AG, Köln

Deutscher Studenten-Reisedienst, Bonn

Deutsches Panorama, Hamburg

Duisburger Kupferhütte, Duisburg

Frankfurter Allgemeine — Zeitung für Deutschland, Frankfurt

GEA Luftkühlergesellschaft Happel GmbH & Co., Bochum

A.G. der Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Heye, Düsseldorf

Handelsblatt — Deutsche Wirtschaftszeitung — Vereinigt mit Deutsche Zeitung, Düsseldorf

Karstadt Aktiengesellschaft, Essen

Verlag Ferdinand Kamp, Bochum

Mannesmann Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Martini & Rossi Aktiengesellschaft, Bad Kreuznach

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG vorm. Verlag A. Lutzeyer, Baden-Baden

Märkische Vereinsdruckerei Schürmann & Klagges, Bochum

Schultheiss-Brauerei Aktiengesellschaft, Berlin - Bochum

Friedrich Uhde GmbH, Dortmund

Verband Dortmunder Bierbrauer, Dortmund

Westfalenbank Aktiengesellschaft, Bochum

Johann A. Wülfing — Bauer & Cie., Düsseldorf

Inhalt

Preisausschreiben Seite 35

2	Klaus W. Laepple	In memoriam
4		Leserbriefe
6	Manfred Miller	Und wo bleibt das Positive?
8		Kontraste
10		Studentenpresse
13	Rüdiger Zinken	Werbung in eigener Sache
15	Walter Bergmann	Junge Akademiker in der Werbung
18		troost bei der Arbeit
21	Hendrik Bussiek	Ausbildungsförderungsgesetz
25		Deutsches Studentenwerk
26		Wird das Studium teurer?
27	Hartmut Rotter	Warten auf die Demokratie
29	Heinz Schulte	Promotionsordnung contra Grundgesetz
30	Friedrich Schunder	Lehre im Dienste des Ruhrbergbaus
32	Wolfgang Promies	Gruppe 61
36		Sexualfreud und -neid
38		Traum und Wirklichkeit
39	Heinz Schulte	Kölner Lehrstuhl für Judaistik
40	Gisela Schröder	Jaspers — kein Demokrat?
42	Manfred Miller	jazz times
43		Schallplatten
44		Bücher
45		Hochschulnachrichten

Impressum

der ruhr-student, Studentenzeitung für Nordrhein-Westfalen
Herausgeber Studentenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesverband im Verband Deutscher Studentenschaften
Verantwortlich stud. rer. pol. Klaus W. Laepple
Geschäftsführung stud. rer. pol. Peter Schlenzka
Redaktion stud. jur. Hendrik Bussiek, stud. phil. Manfred Miller, stud. phil. Heinz Schulte, stud. rer. pol. Rüdiger Zinken
Anschrift der Geschäftsführung und Redaktion 5000 Köln-Sülz 1, Universitätsstraße 16, Studentenhaus, Telefon 41 42 30
Bankverbindung Westfalenbank Aktiengesellschaft Bochum 50 9892, Städtische Sparkasse Bochum 2/9676
Druck und Vertrieb Schürmann & Klagges, 4630 Bochum, Hans-Böckler-Str. 12-16
Einzelpreis DM 1,—, für Studenten DM —,50

Hinweise

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Fotos Klaus Barisch (7), Manfred Hannok (1), Stefan Moses (1)
Die Illustrationen auf Seite 29 sind dem Buch „Hochzeit in Atomweiler" von Slawomir Mrozek, Karl H. Henssel Verlag, entnommen.
Die Illustrationen auf Seite 32 und 33 sind dem Band „deutsche kunst nach baumeister — junger westen", Verlag Aurel Bongers, entnommen.
Die Textbeispiele auf Seite 34 sind entnommen: Artur Granitzki, Gedichte, Neue Industriedichtung, Paulus Verlag; Hildegard Wohlgemut, Gedichte, Neue Industriedichtung, Paulus Verlag; Aus der Welt der Arbeit, Almanach der Gruppe 61 und ihrer Gäste, Verlag Hermann Luchterhand.
Die Illustrationen auf Seite 36 und 37 sind dem Buch „Zur Liebe will ich dich nicht zwingen" von Erhard Kortmann, Gustav Lübbe Verlag, entnommen.

In memoriam

Mit Paul Mikat ist der bekannteste Kultusminister und wohl einer der „besten Köpfe" in der Kulturpolitik von der politischen Bühne abgetreten. Es zweifelt zwar niemand daran, daß Paul Mikat bald wieder politisch tätig werden wird, aber vorerst wird er wieder der Tätigkeit nachgehen, die er bis zu seiner im Jahre 1962 erfolgten Ernennung zum NRW-Kultusminister ausgeübt hat: Paul Mikat wird seine Lehr- und Forschungstätigkeit als Professor der Ruhr-Universität Bochum wieder voll aufnehmen.

Der am 10. 12. 1924 im Ruhrgebiet geborene Paul Mikat hat eine schon als einmalig zu bezeichnende Karriere hinter sich, ohn daß gegen ihn je der Vorwurf erhoben worden wäre, er sei opportunistisch oder karrieresüchtig.

Von 1945—1949 studierte Mikat an der Universität Bonn katholische Theologie, Germanistik und Geschichte. Von 1950—1953 absolvierte er an einem Bonner Gymnasium den obligatorischen Referendardienst. Gleichzeitig studierte er an der Universität Bonn Rechtswissenschaften. Nachdem er 1954 zum Dr. jur. promoviert hatte, war er bis 1956 im Justizdienst tätig. Ende 1956 erfolgte dann die Habilitation. 1957 erhielt er einen Ruf der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Würzburg.

Als Mikat 1962 zum Kultusminister des Landes NRW ernannt wurde, beneidete ihn niemand um dieses Amt. Vor dem neuen Minister lag ein ganzer Berg von ungelösten Problemen: Lehrermangel an Volks- und Höheren Schulen, Mangel an Schulen und Universitäten, Streitigkeiten mit den Studenten wegen des Studentenschaftsgesetzes, erhebliche Differenzen in der Frage Konfessions- oder Gemeinschaftsschule u. a.

Dem Lehrermangel ging Mikat mit höchst unkonventionellen Methoden zu Leibe. Die nach ihm benannten „Mikätzchen" riefen gleichermaßen Verärgerung und Hochachtung in der Öffentlichkeit hervor. Die scharfen Proteste der Lehrerverbände und Pädagogik-Studenten nahm Mikat mit der Gelassenheit des Mannes zur Kenntnis, der weiß, daß ungewöhnliche Situationen ebenso ungewöhnliche Maßnahmen erfordern. Mikat

Professor Dr. Paul Mikat, *mit der Regierung Meyers am 7. Dez. 1966 abgewählter Kultusminister Nordrhein-Westfalens*

trat zwar nachdrücklich für eine Verlängerung der Volksschullehrerausbildung ein, erklärte aber gleichzeitig, daß zuerst der bestehende Lehrermangel behoben werden müsse. Durch die Konzentration der Pädagogischen Hochschulen wertete er deren Bedeutung gegenüber den Universitäten erheblich auf. Eine seiner letzten Amtshandlungen war die Verleihung des Habilitationsrechts an die Pädagogischen Hochschulen Westfalen-Lippe und Rheinland, wofür er von den westdeutschen Magnifizenzen gerügt wurde.

Der Professor Mikat setzte sich nachdrücklich für den verstärkten Ausbau der bestehenden Landes-Universitäten ein, wobei es allerdings die Chronistenpflicht erfordert, festzustellen, daß sein ‚Lieblingskind', die Ruhr-Universität, auf Kosten der anderen Universitäten zu sehr gefördert worden ist. Wohl noch rechtzeitig hat Mikat erkannt, daß die Neugründung in Ost-Westfalen derzeit die finanziellen Möglichkeiten des Landes überfordert, und folgerichtig hat er dieses Projekt zurückgestellt.

Mikats Verhältnis zu den Studentenvertretern kann man selbst bei positivster Betrachtungsweise nicht als gut bezeichnen. Aber das hat sicherlich nicht nur an ihm gelegen! Ostentativ blieb er 1963 und 1965 trotz gegebener Zusage den nordrhein-westfälischen Studententagen fern. Den Wunsch der Studentenschaft nach einem Studentenschafts- oder Hochschulgesetz hat Mikat zwar nicht völlig ignoriert, aber auch nichts getan, um diese Dinge voranzutreiben.

Auch die mit der Einführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit verbundenen Organisationsmängel hat Mikat nur teilweise zu vertreten. Sein erklärtes Ziel, die Studiengebühren abzuschaffen, hat er aufgrund des Einspruchs des Finanzministers leider nicht erreichen können. Typisch für Mikat war sein Eintreten für die Beibehaltung der Abiturprüfung und die gleichzeitige Forderung, das Abitur nicht mehr als Voraussetzung zum Offiziersberuf zu fordern.

Nicht das erwartete und wünschenswerte Echo hatte Mikats Vorschlag, eine Universität aus privaten Mitteln — z. B. VW-Stiftung oder Gewerkschaftsgelder — zu finanzieren. Ein hohes Maß an Popularität erreichte der Träger des „Ordens wider den tierischen Ernst", als er einem Aachener Gymnasium die Auflage erteilte, die für Karnevalsmontag anberaumte Abiturprüfung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Weniger glücklich dagegen operierte Mikat, als er durch die Genehmigung der vorgelegten Prüfungsordnung der Einführung der befristeten Immatrikulation in den Abteilungen Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität zustimmte. In dieser Sache darf das letzte Wort noch nicht gesprochen sein!

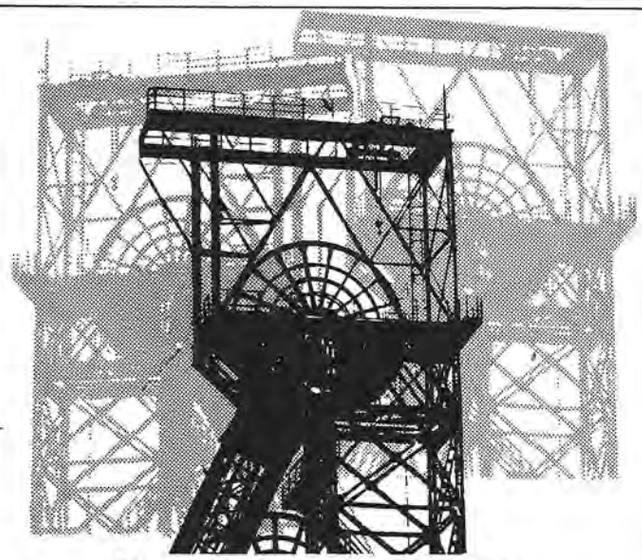
Weit über die Grenzen unseres Landes hinaus erregte Mikat im vergangenen Jahr Aufsehen, als er das Angebot des damaligen Bundeskanzlers, das Amt des Bundesinnenministers zu übernehmen, ausschlug. Mikats Kommentar: „Hier habe ich einiges angefangen und möchte es auch weiter vorantreiben."

Nach seinem Abgang als Kultusminister wird Mikat hoffentlich seinen Jugendtraum, Medizin zu studieren, verwirklichen können. „Ich hoffe, ich komme, wenn man mich als Minister nicht mehr will, endlich dazu", sagte er noch vor einem Jahr. Daß er so schnell dazu Gelegenheit bekommen würde, hatte er wohl damals nicht erwartet. Auch für Hobbies, Briefmarken des Vatikans zu sammeln und Mozart-Platten zu hören, wird er nun endlich mehr Zeit haben.

MAKULATUR*)
ist eine wertlos gewordene Druckarbeit. Die Betroffenen, die mit dieser Arbeit beschäftigt waren und irgend einen Fehler begingen, sind nicht zu beneiden.

Druckhaus
Schürmann & Klagges
Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

*) Wir hoffen, daß dem „Ruhr-Student" nicht dieses Schicksal widerfährt.



HWA S 1/67

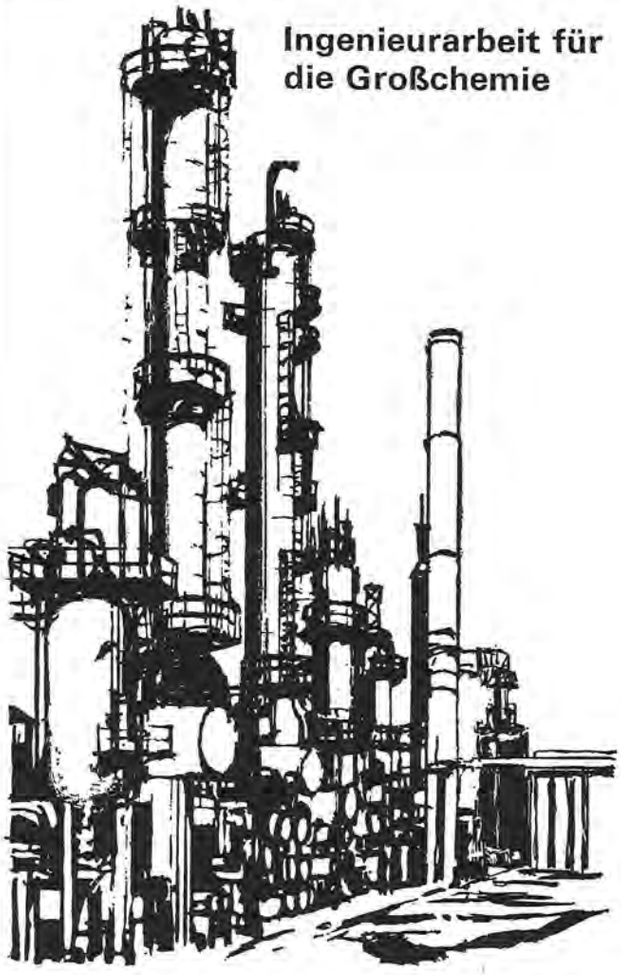
Der Förderturm – das sterbende Symbol des Ruhrgebiets?

In diesem Ballungszentrum mit seinen 5 Millionen Einwohnern vollzieht sich ein zukunftsbezogener Strukturwandel, der nicht ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten vor sich gehen kann. Mehr denn je kommt innerhalb solch einer Situation die Bedeutung eines Warenhauses zur Geltung: Millionen mit dem zu versorgen, was sie Tag für Tag brauchen – zu Preisen, die der Kaufkraft entsprechen.

KARSTADT

KARSTADT ist mit 12 Warenhäusern im Ruhrgebiet vertreten.

Ingenieurarbeit für die Großchemie



Der Bedarf an lebensnotwendigen Chemieerzeugnissen, der bekanntlich vom Dünger bis zum Medikament, vom Treibstoff bis zur Kleidung reicht, zeigt nicht nur in den alten Industrieländern, sondern auch in den zahlreichen Entwicklungsländern steigende Tendenz.

Die von uns gebauten Werke erreichen häufig einen Auftragsumfang von 20—200 Millionen DM. Wir bearbeiten diese Anlagen laufend, für fast alle Gebiete der chemischen Industrie, in ca. 30 verschiedenen Ländern aller Kontinente.

Modernste Hilfsmittel der Organisation, wie elektrotechnische Datenverarbeitung, Modellbau u. a., beschleunigen den Erfolg von der Planung bis zur Inbetriebnahme.

Wir suchen die Mitarbeit junger Ingenieure aller Fachrichtungen, vielseitiger Konstrukteure für den chemischen Apparatebau, Verfahrenstechniker, Physiker, Mathematiker und Chemiker.

Nach Neigung und Begabung setzen wir Nachwuchskräfte in den genannten Arbeitsgebieten ein. Mitarbeiter mit guten Sprachkenntnissen lernen nach ihrer Einarbeitung unsere Baustellen kennen und werden bei Bewährung dort verwendet.

Bewerber, die eine Tätigkeit in unserem Stammhaus in Dortmund oder in unseren Niederlassungen in Hagen und Bad Soden (Taunus) suchen, wenden sich bitte an unsere Personalabteilung.

UHDE

FRIEDRICH UHDE GMBH DORTMUND

Leserbriefe

Es berührt doch recht merkwürdig, daß eine Zeitung, die im Auftrage des Landesverbandes inzwischen für alle Studenten Nordrhein-Westfalens erscheint, offenbar gar keine Leser hat. Wie sonst ist es zu erklären, daß in den bisherigen Nummern nicht eine einzige Leserzuschrift auftaucht?

Wird hier wieder einmal eine Studentenzeitschrift einzig zu dem Zweck gemacht, den Herausgeber-Ehrgeiz einiger Studenten oder das Repräsentationsbedürfnis der Studentenvertretungen zu befriedigen? In England sind Leserbrief-Spalten Forum für öffentliche Diskussion, der „Letter to the Editor" gehört zu den Mitteln öffentlicher Meinungsbildung. Sind Themen wie Universitätsreform und Berufsaussichten für die Studenten wirklich uninteressant? Oder sollte die Redaktion kritische Stellungnahmen gar bewußt unterdrücken?

Felix Leiter, Köln

Stellungnahme der Redaktion.

Wir haben uns diesen Brief sehr zu Herzen genommen. Unser Herausgeber-Ehrgeiz ist identisch mit dem Ehrgeiz, eine Zeitung zu machen, die auch gelesen wird. Dafür, daß uns das gelingt, steht im Moment leider außer unserer eigenen — ja, was nun? — Selbstein-(über?)schätzung nichts ein. Des Lesers Reaktion, Ihre Reaktion, fehlt uns weitgehend.

Damit aber fehlt mehr als nur ein Korrektiv, an dem wir z. B. die Themenstellung überprüfen können. Es fehlt eine Diskussion über die entscheidenden Probleme, vor die sich die Studenten heute als einzelne und als Gruppe gestellt sehen. Es fehlt beispielsweise die Meinungsbildung „von unten" in so wichtigen Fragen wie der der Zwischenprüfung oder der der gesellschaftlichen Stellung des Studenten — der ganze Komplex der Förderung, der Studentenehe, des Erziehungsanspruchs der Universität, wie er immer wieder in Konzepten zur Studienreform („Kollegienhausplan") auftaucht. Nicht nur in Studentenzeitungen, auch in Studentenparlamenten wird die Debatte über solche Probleme immer wieder nur von den immer gleichen „Theoretikern" geführt.

Bis zum Beweis des Gegenteils sind wir der Meinung, daß diese Lücke im Prozeß der Meinungsbildung nicht auf Desinteresse seitens der berühmten „Mausgrauen" beruht, sondern darauf, daß versäumt worden ist, — hier wie dort, in den Parlamenten wie in dieser Studentenzeitung —, ein Diskussionsforum zu schaffen. Das Gespräch war bisher einfach nicht eingeplant, also fand es auch nicht statt. Wir hoffen jedenfalls, daß hier wie dort diese Erklärung stimmt. Denn eine andere können wir uns nicht leisten, können sich die Studentenparlamente nicht leisten, können — vor allem! — Sie sich nicht leisten. Deshalb: Diese Seite gehört ab nun Ihrer Kritik an dieser Zeitung. Diese Seite gehört Ihrer Kritik an der Arbeit der Studentenvertretungen.

Diese Seite gehört ab sofort Ihnen!

Daß der „Ruhr-Student" in seiner letzten Nummer der Diskussion um die neuesten Empfehlungen des Wissenschaftsrates breiten Raum gewährt hat, ist zu begrüßen. Nicht etwa, weil diese Empfehlungen Neues oder gar Revolutionäres enthielten — alle Thesen des WR sind bereits früher in der umfangreichen Literatur zur Studienreform zu finden —, sondern deshalb, weil der WR es verstanden hat, sich für die Öffentlichkeit mit einer Aura zu umgeben, die das Fehlen von Entscheidungsbefugnis kompensiert: so daß Vorschläge des WR nicht deshalb Aussicht auf Verwirklichung haben, weil sie besonders gut durchdacht wären, sondern einzig deshalb, weil sie eben der WR formuliert hat.

Dennoch überrascht der durchweg positive Tenor der abgedruckten Stellungnahmen. Einzig der Vertreter der Studentenschaft, H. Haubold, meldet mehr als nur partielle Zweifel an. Aber auch er wagt, (aus taktischen Gründen?) nicht, diese Empfehlungen als das zu bezeichnen, was sie sind: Ideologie.

Ist denn noch niemandem aufgefallen, daß das Bekenntnis zur Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre nicht mehr ist als ein Rauchopfer auf dem Altar des traditionellen Selbstverständnisses der deutschen Universität, das ja selbst mehr und mehr die Züge des Mißverständnisses, des falschen Bewußtseins von Wirklichkeit trägt?!

Das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre (und deren Freiheit: Forschung ist eben nur als freie denkbar) hatte durchaus konkreten didaktischen Sinn. Es ging aus vom Verständnis der Wissenschaft als des stets unabgeschlossenen Progresses der Forschung. Solche Unabgeschlossenheit aber ist nicht einfach zu wissen: Sie ist grundsätzlich bestimmt von einem Problembewußtsein, das nicht gelehrt, sondern nur erweckt werden kann — eben durch das selbständige, wissenschaftlich-kritische Lösen von Problemen.

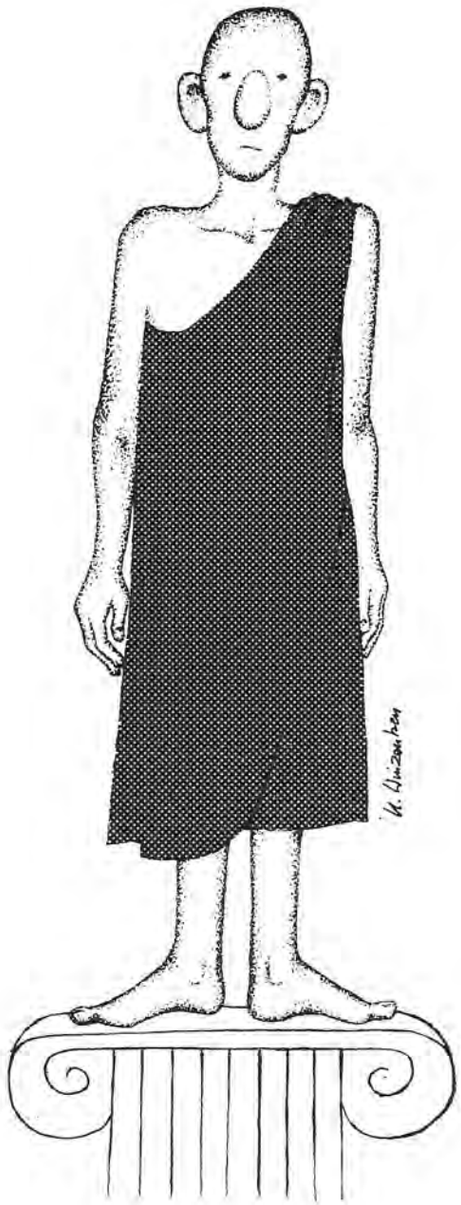
So mutet es seltsam an, daß gerade in Empfehlungen, die von einem erhöhten Bedarf an wissenschaftlich Gebildeten in einer Gesellschaft ausgehen, die nur noch durch Wissenschaft sich zu repro-

duzieren vermag, das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre zur leeren Formel ohne organisatorische Konsequenzen verkommt. Der Stufenplan des Studiums führt nach Dr. Hufen, der die Empfehlungen ja positiv beurteilt, zu folgendem Lehrsystem: „(Der Ordinarius) bringt die wissenschaftliche Erkenntnis den Studenten des Aufbaustudiums und seinen unmittelbaren Schülern nahe, und seine Lehre verteilt sich über ein Netz von Sprachrohren, dargestellt von diesen seinen Schülern, in den mehr lehrhaft ausgestalteten Hauptseminaren und Vorlesungen für die Massen jener Studenten, die sich im eigentlichen Studium' auf den akademischen Beruf vorbereiten".

An die Forschung selbst kommt der Berufsanwärter nicht mehr heran. Die Folgen sind nur anzudeuten: Unterwerfung unter eine Lehre als die richtige, da examenswichtige, statt Erweckung kritischer Distanz gegenüber jeder Lehre als immer unvollendeter; rasches Veralten der erlernten Kenntnisse; Unfähigkeit zu jener Mobilität, die je länger je deutlicher das Merkmal akademischer Berufe wird; Spezialisten-Idiotie (das gesamte Wissen eines Faches ist heute kaum mehr erlernbar, aber es wird auch nicht die Fähigkeit geschult, Neues und Anderes selbständig anzueignen). Von den sozialen Spannungen innerhalb der Universität ganz zu schweigen.

Zwar sagt der WR, ein auf Vermittlung von „berufs-notwendigem Fachwissen" abgestelltes Studium würde „dem Bedürfnis der Gesellschaft (nicht gerecht), die in wachsender Zahl Menschen braucht, die mehr sind als mit Fachwissen ausgestattete ... Praktiker." Was dieses „mehr" ist, verschweigt er, denn es kommt in seinem Plan nicht mehr vor: die Erziehung zur selbständigen, wissenschaftlich-kritischen Orientierung, die Fähigkeit zur Kooperation mit fremden Fachgebieten, die Bereitschaft zu ständigem Umlernen: Alles Dinge, die der Einheit von Forschung und Lehre bedürfen, um vermittelt zu werden. Nur hat der WR vergessen, sein eigenes Postulat in Organisation umzusetzen. Mit Rauchopfern ist der Universität nicht zu helfen.

Gisela Schröder, Dortmund



Ich bin Abonnent, aber »deutsches panorama« hat mich enttäuscht. Es fehlt darin die letzte Vergeistigung, die Abkehr vom Ganzen zum Nichts. Daher: Nicht empfehlenswert!

(Jedenfalls nicht für so Anspruchsvolle!)

deutsches panorama

Für Sie alle 14 Tage neu.

Überall erhältlich.

Fordern Sie ein Probeheft an.

2 Hamburg 50 Königstraße 28

Und wo bleibt das Positive?

Ein Gespenst geht um an den Universitäten — nicht das, das bekanntlich seit einem Jahrhundert in Europa umgeht, sondern —: das Gespenst des numerus clausus. Medizinische Fakultäten haben sich an sein Kettenrasseln schon gewöhnt. Andere sind es, die jetzt aus sanftem Schlummer hochschrecken.

Noch ist es nur ein Alptraum. Um es im Nachrichtendeutsch zu formulieren: „Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird an einzelnen Fächern philosophischer Fakultäten in Nordrhein-Westfalen die Einführung des numerus clausus erwogen."

Wer jetzt aufschreit, hat unrecht. Wer jetzt nicht aufschreit, hat ebenso unrecht.

Wer bedenkt, daß ein Lotterieverfahren oder irgendein anderes, letztlich kaum weniger zufälliges Auswahlsystem über Bildungsmöglichkeiten, damit auch über soziale Chancen, schließlich über das ganze Leben entscheiden soll; wer bedenkt, daß heute und in absehbarer Zukunft das bundesdeutsche Bildungssystem nicht einmal fähig ist, sich selbst zu reproduzieren, geschweige denn den Nachwuchsmangel in fast allen akademischen Berufen zu beheben (siehe die Berechnungen von Picht auf Grund der Vorschätzungen des Wissenschaftsrates); wer bedenkt, daß im Grundgesetz zwar die Gleichheit der Bildungschancen garantiert ist, daß solche Garantie aber angesichts der tatsächlichen Verhältnisse kaum schon mehr ist als ein wohlmeinendes Postulat und daß gerade Arbeiterkinder sich Wartezeiten vor oder während des Studiums am wenigsten leisten können: Wer all dies bedenkt und dennoch nicht zusammenzuckt, wenn das Wort „numerus clausus" in die Debatte geworfen wird: der ist entweder zu seinen Nerven zu beglückwünschen, oder er ist ein Ignorant.

Wer weiß, daß selbst Oberseminare noch bei offenen Türen stattfinden müssen, damit auch jene, die im Hörsaal selbst keinen Stehplatz mehr gefunden haben, der Segnungen der Universitätsbildung teilhaftig werden können; wer weiß, daß die Seminarräume nur deshalb nicht voller sind, weil die drei, vier

Manfred Miller, *24, neuer Chefredakteur des Ruhr-Student, studiert Philosophie-, Musik- u. Theaterwissenschaften*

Exemplare der für eine Übung mit, sagen wir, hundert Teilnehmern wichtigen Bücher immer schon ausgeliehen, versteckt oder gestohlen sind, und daß es dennoch manchmal voller ist als die Baupolizei erlaubt; wer weiß, wie viele Prüfungen im Semester ein Ordinarius abnehmen muß (oder es doch ahnt. Denn wer weiß das schon? Das ist wie mit den Sternlein im Lied): Wer all dies weiß und dennoch kein Verständnis dafür aufbringt, wenn nun der Heilige Numerus Clausus als Nothelfer angerufen wird: der hat entweder noch nie unter diesen Bedingungen zu arbeiten versucht, oder er mußte es nicht, weil er an keinem Massenfach lehrt oder studiert.

Und die Moral? Die Gesellschaft kann sich die Einführung des numerus clausus nicht leisten, die Universität kann sich ihre derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht leisten; der Student kann sich weder den numerus clausus noch die derzeitigen Arbeitsbedingungen der Universität leisten. Jeder weiß das. Daß dennoch der numerus clausus als eine mögliche Lösung ins Spiel gebracht wird, ist nur als Verzweiflungsreaktion auf die Sturheit der offiziellen Stellen verständlich.

Anders als stur kann es nicht genannt werden (es sei denn, man wollte sich eine Klage wegen Beleidigung einhandeln), wenn angesichts der faktischen sozialen Ungerechtigkeit des bundesdeutschen Bildungssystems, angesichts seines katastrophalen Zustands nicht nur an den Universitäten, angesichts des von der UNESCO belegten direkten Zusammenhanges zwischen Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum die Pro-Kopf-Ausgaben für „Kulturelles" in der Bundesrepublik weit unter denen aller vergleichbaren und sogar noch unter solchen unvergleichbarer Staaten rangieren; wenn der Ausbau bestehender Universitäten gebremst wird (z. B. sollte der dringend notwendige Neubau eines „Philosophicums" an der Kölner Universität vor zwei Jahren beginnen — und heute?) und gleichzeitig neue Hochschulen als Forschungsuniversitäten geplant werden. Denn so schön das ist: Eine Entlastung der bestehenden Hochschulen bringt es nicht. Und alles, was jetzt nicht erst einmal die ärgste Not lindert, ist unverantwortlicher Luxus, wenn nicht Schlimmeres.

In den „Prioritäts-Katalogen" der Politiker schien Ausbildungs- und Wissenschaftsförderung stets ein wichtiger Punkt zu sein. Nur: Was blieb vom politischen Reden im politischen Handeln übrig? Es wurde viel zu wenig getan. Daß sich an solcher Haltung etwas ändern wird, ist angesichts der Finanzmisere in Bund und Ländern kaum zu hoffen. Der Eventualhaushalt sieht zwar Mittel für den Hochschulbau vor, doch die Subventions-Lobby verdrängt die Bildungs-Lobby.

Diese Sturheit wird aber nicht durch Verzweiflungsreaktionen zu überwinden sein. Der numerus clausus kann nur neue Spannungen in der Universität schaffen, wo es doch sehr darauf ankäme, in gemeinsamen massiven Demonstrationen aller Universitätsangehörigen gegen die offizielle Ausgabenpolitik anzugehen. Auf keinen Fall sollte die Universität selbst mit Unvernunft reagieren. Ein Gespenst trägt bekanntlich den Kopf unter dem Arm. Es muß den Verantwortlichen immer wieder unmißverständlich gesagt werden: Keine, aber auch gar keine Universitätsreform kann gelingen, wenn ihr nicht mehr Raum, mehr Mittel, mehr Planstellen, kurz: mehr, sehr viel mehr Geld zur Verfügung stehen.

Und wo bleibt das Positive, Herr Miller? Es bleibt aus.

GEA

Seit über 40 Jahren projektiert und fertigt die GEA Rippenrohrwärmeaustauscher aller Art. Besonders auf den Gebieten der Kreislaufkühler für elektrische Maschinen und der luftgekühlten Wärmeaustauscher wurde Pionierarbeit geleistet. Heute arbeiten in den verschiedenen Werken und bei Tochtergesellschaften im In- und Ausland über 2.500 Mitarbeiter.

GEA Luftkühlergesellschaft
Happel GmbH & Co. Bochum, Königsallee 43 - 47 Telefon 3 72 51

PÄDAGOGISCHE TASCHENBÜCHER

Band 12 "Der Gebildete heute: Sachwalter und Mitmensch"

Klaus Schaller

2. Auflage, 196 Seiten, DM 4.90
Fordern Sie den Gesamtprospekt an!

VERLAG FERDINAND KAMP BOCHUM

Die moderne Industrie-Gesellschaft

stellt hohe Anforderungen. Unsere Mitarbeiter können Sie erfüllen.

Der Markt von morgen will erobert werden. Unsere Mitarbeiter kennen ihn schon heute. Sie werden in der Gegenwart gerüstet für die Zukunft. Durch intensive Schulung für die Praxis.

Schulung und Weiterbildung der Nachwuchskräfte ist für uns eine vordringliche Aufgabe. Qualifizierte Mitarbeiter von morgen entwickeln wir aus der eigenen Belegschaft. Fortbildungs-Kurse und Seminare halten wir laufend ab. Für unsere künftigen Führungskräfte.

Experten geben hier ihre Erfahrung weiter. Fachkräfte bereiten so den Nachwuchs vor. Auf Probleme, die von der Zukunft gestellt werden — auf die Bewältigung dieser Aufgaben.

A. G. der Gerresheimer Glashüttenwerke
vorm. Ferd. Heye • Düsseldorf-Gerresheim

Kontraste

Die Universität zu Köln ist eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, die in Freiheit des Forschens, Lehrens und Lernens der Wissenschaft zu dienen berufen ist.
(Verfassung der Universität zu Köln, § 1,1)

Den Bestrebungen, die Verbindung von Forschung und Lehre zu lösen, ist entgegenzuhalten, daß es heute kaum einen Bereich gibt, der nicht auf Wissenschaft auch als Voraussetzung der Praxis angewiesen ist. Das zwingt dazu, an der Einheit von Forschung und Lehre und an ihrer Freiheit festzuhalten.
(Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, S. 8)

(Der) Fachmann bedarf einer Vorbildung . . . die nicht so sehr auf die Entwicklung der unabhängigen Urteilskraft, der Objektivität in der Betrachtung der Vorgänge eingestellt ist, als vielmehr darauf, ihn in der Arbeitsatmosphäre der ausdrucksfremden Welt moderner wissenschaftlich - technischer Apparaturen heimisch zu machen . . Hier besteht kaum mehr die Gelegenheit, das Ganze zu überschauen, und es bleibt die Funktion, im engeren Rahmen dem unerklärlichen Organismus oder undurchsichtigen Mechanismus zu dienen . . . Zu den soeben beschriebenen „Werkkundigen der Gelehrsamkeit" wird auch die Gruppe der Kandidaten für das Lehramt an höheren Schulen zu rechnen sein.
(August Rucker, Ziele u. Wege des akademischen Studiums, Heidelberg 1960)

Die schriftliche Prüfung wird voraussichtlich aus folgenden Teilen bestehen:
a) Aufgaben zur englischen Sprachwissenschaft
b) Aufgaben zur englischen Literaturwissenschaft
c) Übersetzung eines deutschen Textes ins Englische
d) Übersetzung eines altenglischen Textes ins Deutsche . . .
e) englisches Diktat
f) Phonetik-Klausur
(Englisches Seminar der Universität zu Köln, Vorläufiges Merkblatt zur Zwischenprüfung)

Zu fragen ist heute nicht mehr, ob der Grundsatz der eigenen Verantwortung jedes Studenten für sein Studium sich Einschränkungen gefallen lassen muß, sondern wieweit er noch Geltung behalten kann.
(Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, S. 17)

Die Entwicklung der Forschung, die Ausweitung und Differenzierung der Forschungsbereiche, die Verfeinerung der Methoden, die ins Ungemessene wachsende wissenschaftliche Produktion zwingen dazu, die obligatorischen Lehrstoffe zu begrenzen, wenn das Studium sich nicht in einer oberflächlichen Polymathie oder in einem fruchtlosen Bemühen um eine doch nicht erreichbare allseitige Durchdringung erschöpfen soll. Die Auswahl des Stoffes muß sich am Ausbildungsziel des Studenten orientieren und so beschaffen sein, daß der Student in seinem Fach an dem für seinen Beruf dienlichen Wissen exemplarisch erfährt, was wissenschaftliche Erkenntnis ist.
(Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen)

Die Parusia (Lernen durch Teilnahme am Arbeitsvollzug der Lehrenden) — so scheint mir — muß vom ersten Semester an angelegt sein, oder sie kann späterhin nicht mehr — ad hoc und gegen alle bisherige Gewöhnung — erweckt werden . . . Wer erst einmal angefangen hat, lernen mit büffeln zu verwechseln, das Sammeln von Information, die Aneignung von Methoden und Techniken mit Drill und Eintrichtern, ist dazu verdorben, irgendwann einmal das verständige und kooperative Fragen zu lernen.
(Eduard Baumgarten, Zustand und Zukunft der deutschen Universität, Tübingen 1963)

Zur Wissenschaft und zum Erkennen, welches ihn befreit vom Dienst jeder Autorität, kann (der Student) nur kommen, indem man lediglich durch die Erkenntnis und durch kein anderes Mittel auf ihn wirkt, indem man schon die Kraft in ihm voraussetzt, welche ihn entbindet, irgendeiner Autorität zu dienen, als nur insofern sie sein eigenes Erkennen wird, und also aufhört Autorität zu sein.
(Friedrich Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn, 1808)

Der Wissenschaftsrat sucht nach einem Mittelweg zwischen den extremen Positionen der „selbständigen Mitwirkung in der Forschungsarbeit" und der Vermittlung von berufs-notwendigem Fachwissen . . . Das niedrige Ziel wird „weder der Position gerecht, die die Wissenschaft erlangt hat, noch dem Bedürfnis, der Gesellschaft, die in wachsender Zahl Menschen braucht, die mehr sind als mit Fachwissen ausgestattete und für ihre Berufsarbeit ausgebildete Praktiker." Was ist denn wohl solches „mehr"? Ob die Professoren das selbst herausbekommen sollen? Steckt nicht gerade in diesem „mehr", in diesen über das Fachwissen hinausreichenden Qualitäten jene „lebendige Wissenschaft", die nur erfahren werden kann, wenn der Student exemplarisch an aktuelle Forschung herangeführt wird?
(Heinz Theodor Jüchter, Erziehung durch Wissenschaft, Politica Jg. 4, Nr. 16)

zum studium generale

Nützliche Werke für alle Studierenden

MOST, OTTO
Allgemeine Statistik, *8. neubearbeitete Aufl., 1966, 160 S., 15,3 x 22,7 cm, kart.,* 9,80 DM

Wer den Inhalt dieses Grundrisses in sich aufgenommen hat und beherrscht, darf von sich sagen, daß er von allgemeiner Statistik etwas versteht.
Allgemeines Statistisches Archiv, Prof. Dr. F. Huhle, Darmstadt

FULDA, CARL H.
Einführung in das Recht der USA
1966, 112 S., 15,3 x 22,7 cm, kart., 9,80 DM

Die sehr lebendig und anschaulich geschriebene Schrift wendet sich vor allem an den deutschen Jura-Studenten. Der Verfasser hat an Hand treffender Rechtsfälle und stets im Vergleich mit dem deutschen Recht, die Struktur der amerikanischen Rechtsordnung deutlich gemacht; vor allem deren beide Grundpfeiler: den Föderalismus mit seiner Vielfalt von Institutionen sowie das Nebeneinander von Richterrecht und Gesetzesrecht.

RIEBER, HEINRICH
Der Gemeinsame Markt; Textausgabe des EWG-Vertrages mit Erläuterungen
1963, 2. Auflage, 368 S., DIN A 5, Plastik geb., 12,80 DM

Die zweite, neubearbeitete Auflage enthält den Wortlaut des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. 3. 1957 mit Anhängen zu diesem Vertrage. Außerdem sind das deutsche Zustimmungsgesetz und die amtlichen Erläuterungen der Bundesregierung abgedruckt. Die überarbeitete Einführung behandelt die Vorgeschichte der wirtschaftlichen Einigung Europas und gibt einen kurzen Überblick über den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

AYE, HANS ADOLF
Führer durch die Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung, *1966, 3. Auflage, 128 S., 15,3 x 22,7 cm, kart.,* 12,50 DM

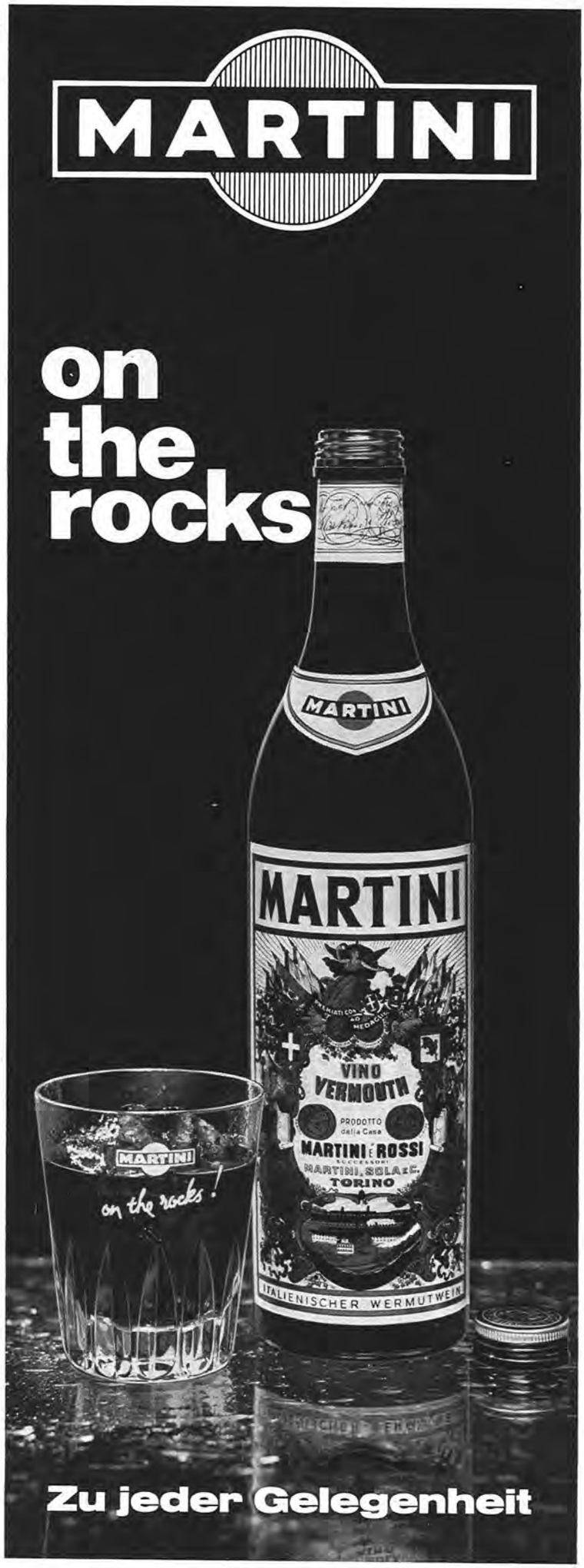
Die Neuauflage gibt den Rechtsstand vom 1. Januar 1966 wieder.

FÜSSLEIN, R. W.
Das Bonner Grundgesetz
1966, 24. Auflage, 208 S., 8 Tafeln, DIN A 6 kart., 6,80 DM

In Schaubildern wird die Struktur des Bundes, der Aufbau der Bundesorgane und der Gang der Gesetzgebung einprägsam dargestellt. Die kurze Wiedergabe des Werdegangs des Gesetzes, ein Überblick über die Verfassungen der Länder sowie das ausführliche Sachverzeichnis mit gleichzeitiger Erläuterung der verfassungsrechtlichen Begriffe erhöhen den instruktiven Wert der Broschüre.

Nomos Verlagsgesellschaft

7570 Baden-Baden, Postfach 610



Studentenpresse

mainzer studentenzeitung

nobis

nobis . . .

. . .heißt in diesem Semester ausnahmsweise nicht alle blonden, sondern alle dunkleren Kommilitoninnen (ab Welle Nr. 205/1) willkommen.

. . .gibt Ihnen den folgenden Sinnspruch mit in die akademische Laufbahn: Bleibt sauber!

. . .will auch die männlichen Greenhorns nicht ohne Erwähnung lassen, die jetzt mit wissenschaftlicher Arbeit beginnen: Widerstehet den Anfängen.

. . .dankt Kollegen in Schweden, die ihre Studentenzeitung an uns so zu adressieren pflegen: Die Burse Universität Mainz Zimmer 43 Französische Zone Germany.

. . .will nichts Obszönes gesagt haben, wenn sie feststellt, daß das Mensa-Essen genau so schmeckt wie es aussieht.

. . .erfuhr, daß seit Eröffnung der Kaffeehalle des Studentenwerkes insgesamt 36 000 Tassen Kaffee verkauft wurden.

. . .kann sich jetzt endlich erklären, woher der Ausdruck „Schwarze Landesuniversität" kommt.

. . . protestiert gegen die Methoden, mit der jetzt auch auf der Universität Passierscheine eingeführt werden.

marburger blätter

Die Sache wird dringend: Der Ausschuß des Großen Senats hat eine neue Universitätssatzung in Arbeit, erstmals unter Beteiligung von Studenten. Hier wird sich erst entscheiden, ob und wie weit die im Hochschulgesetz vorgesehenen Reformen praktisch zur Wirkung kommen . . .

Es geht um die Frage, wie groß oder klein die Zahl der beteiligten Studenten ist . . .Wollen die Studentenschafts- und Fachschaftsvertreter nicht zur reinen Dekoration resignieren, sollten sie schon auf einem Anteil von 20 — 25% bestehen. Will man sich Einfluß sichern, sollte man nicht zu zimperlich sein — nicht in Gremien, wo sich meistens schnell die Front Studenten-Lehrkörper herausbildet. . . .

Wer weiß, wie heftig der Widerstand der Mehrzahl der Professoren gegen das neue Hochschulgesetz war, der weiß auch, wie wichtig die Tätigkeit der Studentenvertreter im Satzungsausschuß ist: Es geht um ihre eigenen, es geht um unser aller Rechte. Der Drang, jenes oft als allzu fortschrittlich empfundene Gesetz noch im Nachhinein per Satzung kaltzustellen, ist groß. . . . (Rainer Neef)

skizze

studentenzeitung an der universität kiel

Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik geht in Richtung Abbau demokratischer Kontrollen; zugleich werden die Erfolgskontrollen, die Leistung messen, in allen sozialen Bereichen optimalisiert . . .Im Zusammenhang dieser Entwicklung sind auch die neuesten Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Studienreform zu sehen: ihr oberstes Ziel ist, das Studium „intensiver und zügiger" zu machen. . . .

Meines Erachtens ist der Grundzug dieser Konzeption: an die Stelle einer Studienreform, die Studenten fördert, wird eine gesetzt, die Studenten ausliest. Das Prinzip der „Auslese" bereits vor dem Examen wird denn auch vom Wissenschaftsrat offen vertreten (S. 20). Es ist sehr unwahrscheinlich, daß diese Auslese — statt Förderung — in der Hochschule zu anderen Konsequenzen führen wird als in der Schule. In dieser aber bedeutet Auslese — statt Förderung — immer eine Benachteiligung der sozial ohnehin schon Benachteiligten. . . .Mit anderen Worten: die Realisierung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates verhindert vertikale soziale Mobilität. . . . Die Hochschule wird zur Elitehochschule eines „autoritären Leistungsstaates" (Kogon) . . .

Hier wird wieder einmal deutlich, daß eine Studienreform allein . . .die eigentlichen Strukturmängel der Universität nicht beseitigen. Dies könnte nur durch umfassende Demokratisierung der Universität geschehen: durch eine Strukturreform der Institute und Seminare und durch Beteiligung der Studenten in den Entscheidungs- und Verwaltungsgremien der Universität. (Friedhelm Nyssen)

FREIBURGER STUDENTEN ZEITUNG

Das Modell für das Studium der Germanistik, wie es der Wissenschaftsrat in seinem Entwurf vorsieht, bietet eine eigentümliche Mischung von pedantischer Reglementierung und eigentümlicher Schein-Freiheit. Grundsätzlich erscheint eine Stufenfolge des Studiums in Phasen überaus bedenklich und unüberlegt. Der Zwang, sich fortgesetzt Zwischenprüfungen, Teil- und Abschlußprüfungen zu stellen, läßt eine eigenständige Entfaltung in wünschenswerter Weise schwerlich zu. . . .

Wer aus Erfahrung weiß, daß eine hohe Zahl von Studierenden ohnehin geneigt ist, voreilig gewissen Fixierungen, Vereinfachungen und scheinbar perfekten Modellen zu erliegen, die angeblich den Erfolg von Prüfungen verbürgen, der kann nicht übersehen, wie sehr der Vorschlag des Wissenschaftsrates eigenständigem Denken entgegenwirkt, die Entfaltung kritischer und selbstkritischer Auseinandersetzung hemmt. . . .

Es gehört zu der eigentümlichen, häufig sich wiederholenden Ironie, daß die deutsche Germanistik ein Modell zu kopieren versucht, dessen Unzulänglichkeit man in anderen Ländern, nicht zuletzt in Amerika erkennt.

(Professor Baumann)

KOPFSTEG

Der Kopfsteg ist beileibe kein Steg (oder Brett) vor dem Kopf. Es ist vielmehr der Raum zwischen der oberen Kante einer Buchseite und der Kolumne.

Druckhaus Schürmann & Klagges · 463 Bochum · Hans-Böckler-Str. 12-16

Die beste Schule

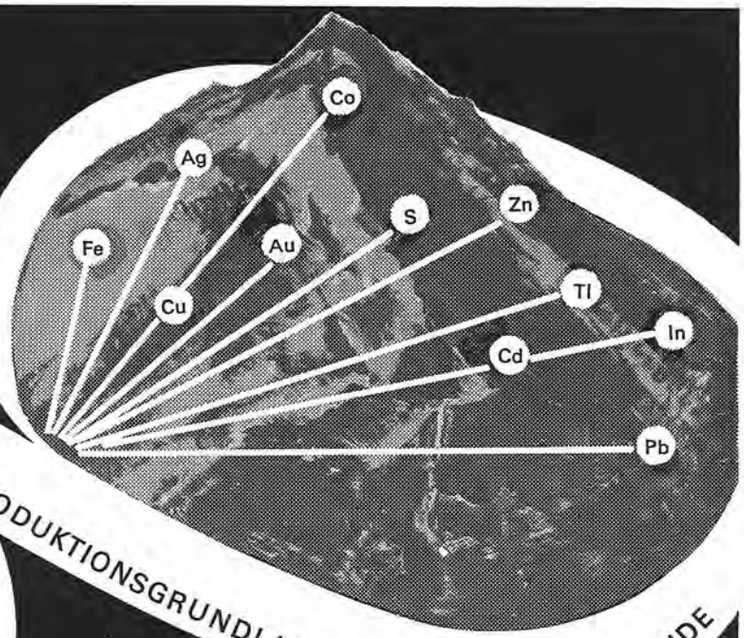
die es gibt, eine hohe Schule für die Erwachsenen, für Männer und Frauen, ob Politiker, Wirtschaftler, Architekten, Ingenieure, Ärzte, Studenten und Wissenschaftler aller Art, ob erfahrene oder junge Menschen, das ist eine gute Tageszeitung. ■ Sie unterrichtet, unterhält und fesselt den aufmerksamen Leser jeden Tag aufs neue. Wer sie täglich liest, eignet sich Kenntnisse an, die ihm in seinem Beruf Vorteile vor den anderen verschaffen und seine allgemeine Bildung verbreitern und vertiefen. Die Glossen und Kommentare erleichtern ihm die eigene Meinungsbildung und machen ihn in der Diskussion sicher. DIE SCHULE, die am wenigsten kostet

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schultheiss Bier
BEKANNT UND BELIEBT

Schultheiss-Brauerei AG · Berlin-Bochum

NE-METALLE
EDELMETALLE
CHEMISCHE PRODUKTE
SPEZIAL-ROHEISEN
EISENERZE



DUISBURGER KUPFERHÜTTE · DK ·

PRODUKTIONSGRUNDLAGE: SCHWEFELKIESABBRÄNDE

DORTMUNDER BIER

Ein Qualitätsbegriff in deutschen
und außerdeutschen Landen

DAB · DBB DORTMUNDER BERGMANN-BIER · DHB DORTMUNDER HANSA BIER · DORTMUNDER KRONEN · DORTMUNDER RITTER BIER · DORTMUNDER STIFTS-BIER · DORTMUNDER THIER-BRAU · DORTMUNDER UNION-BIER

Quo vadis, academice?

Werbung – besser als ihr Ruf

Werbung gibt es schon seit den Tagen der Marktschreier, ihre wirtschaftliche Macht aber hat sie erst in unserer Zeit erhalten. Mit ihrer DM-Potenz wuchs indes auch ihr schlechter Ruf. Vance Pakkard hat uns mit den „Geheimen Verführern" den Spaß an der Werbung verdorben, und selbst „rasenfrische Wäsche" (Werbung eines Waschmittelproduzenten) und „formschöne Kartoffeln" (Werbung eines Discount-Marktes) vermögen nicht mehr, unser Wohlgefallen zu erregen. Statt dessen sehen wir uns obendrein seit zwei Jahren verhöhnt und veräppelt von einem Strichmännchen — jener merkwürdigen Mischung aus Kohlenklau und Ohnemichel — das als „Krawatten-Muffel" Deutschlands Männer als Spießbürger beleidigte und als Versager kennzeichnete. Schrieb ein Angestellter an die Team-Werbeagentur: „Ich muß mich aufs höchste Maß bei Ihnen beschweren. Ich galt bisher als der bestangezogene Mann in der Firma nach meinem Chef. Nun muß ich mir von allen Seiten die boshaftesten Sticheleien gefallen lassen, sogar von untergeordneten Kollegen. Ich trage nun mal nicht viele Krawatten. Ich fühle mich durch Sie in meiner Intimsphäre aufs stärkste verletzt." Und ein anderer berichtete von seinen Gewissensnöten: „Mich quält die Frage, wie ich mich Menschen gegenüber verhalten soll, die überhaupt keine Krawatte tragen. Also praktisch oben ohne durch die Straßen gehen und so das Schamgefühl vieler Mitbürger zu verletzen drohen."

Der Ritt auf der Rasierklinge. Die Angst vorm „miesen Männchen" (Spiegel) aber half der Krawattenindustrie, den lange stagnierenden Schlips-Umsatz 1965 um 20 Prozent und im ersten Halbjahr 1966 um weitere 18 Prozent zu steigern. Fleißig mit dabei half noch Werbe-Promoter Claus Heinrichs (in Fachkreisen: „Der grüne Heinrich"), indem er in den Frauenzeitschriften die Schleichwerbung ankurbelte und den Frauen empfahl, aus alten Krawatten Puppenkleider zu nähen, sie zum Eierfärben zu Ostern zu verwenden, indem man die Eier in Krawatten wickelt und kocht, oder die abgetragenen Schlipse auf Karnevalskostüme zu nähen. Trotz der Absatzsteigerung warnten die Marktforscher: „Es besteht die Gefahr einer Verfestigung der Abwehrreaktion." So beauftragten die Krefelder Krawattenstrategen das Frankfurter Marktforschungsinstitut Marplan, die gekränkten Männerseelen auf ihre Einstellung zum Muffel hin zu erforschen. Ergebnis: Der Fiesling muß bei Nacht und Nebel flüchten. Konstatierte Heinz Seidler, Geschäftsführer des Krawatteninstituts in Krefeld: „Die Muffel-Werbung war ein Ritt auf der Rasierklinge."

Dr. Wilhelm Tigges, *Präsident des Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. und Vorstand des Markenverband e. V.*

Der Redaktion dieser Zeitung gebührt für ihre Initiative und für das Bemühen, ihren Lesern Informationen über spätere Berufsmöglichkeiten des Jungakademikers in der Werbewirtschaft und damit auch eine Orientierungshilfe für den Aufbau ihres Studiums zu geben, Dank und Anerkennung. Diese Aufgabe wird m. E. nur zu selten wahrgenommen. Ich freue mich darüber hinaus, daß man den Weg eingeschlagen hat, sich diese Informationen von der Praxis zu besorgen.

Einer dieser Beiträge ist aus einer nicht veröffentlichten Arbeit eines Mitarbeiters der Geschäftsführung des ZAW entnommen. Ich habe diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen, außer dem Wunsch, daß sie für die Entscheidungen möglichst vieler Studenten und Jungakademiker von Nutzen sind. Ich darf noch bemerken, daß sich der ZAW darum bemüht, die Verbindung zwischen der Wirtschaft und den Universitäten in der Zukunft enger als bisher zu gestalten. Dabei wird die Behandlung von Fragen der Ausbildung und der Berufsmöglichkeiten eine wichtige Rolle spielen. Bei dieser Gelegenheit sei auf den im Oktober 1966 in Köln durchgeführten internationalen Kongreß über „Werbung als Forschungsgebiet und Lehrfach der Hochschulen" hingewiesen, der in Kürze in einem umfassenden Bericht behandelt werden wird.
Bad Godesberg, den 19. 12. 1966

Trotzdem ist die Werbung besser als ihr Ruf und besser als die Moralisten uns glauben machen wollen. Die Werbung ist lange nicht so unbeliebt, wie ihre Gegner behaupten. Selbst die seriöse Presse ist nicht frei von Vorurteilen. Schrieb das renommierte Wirtschaftsblatt „Industriekurier" in seiner Ausgabe vom 6.10.1966: „... in dem immer noch nicht sonderlich hohen Ansehen ..., das die Werbung gerade bei den Intellektuellen, aber auch in anderen Teilen der Bevölkerung genießt." Diese Schwerpunktverlagerung wird freilich durch eine Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung, Sozialforschung und Angewandte Mathematik (DIVO) in Frankfurt nicht bestätigt.

Fanden die DIVO-Leute, daß ein Drittel aller Erwachsenen der Werbung vollkommen indifferent gegenüber standen und weitere 45 Prozent sie sogar ausdrücklich bejahten. Eine ausgesprochen ablehnende und diskriminierende Haltung gegenüber der Werbung wird von nur knapp einem Fünftel aller erwachsenen Bürger der Bundesrepublik vorgegeben.

1814 Befragte	**%**
Negative Einstellung Befragte geben an, daß sie Werbung/Reklame schroff ablehnen bzw. nicht so gern mögen	19
Indifferente Einstellung Befragte geben an, daß sie der Werbung/Reklame gleichgültig gegenüberstehen	33
Positive Einstellung Befragte geben an, daß sie der Werbung/Reklame gegenüber wohlgesonnen bzw. sehr positiv eingestellt sind	45
Keine Angabe	3

Interessant sind hierbei noch die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen:

Die ausgesprochen negative Haltung wird bezeichnenderweise von den erheblich an traditionalen Werten orientierten Gruppen geäußert: Alten Menschen, Bewohnern ländlicher Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, Angehörigen landwirtschaftlicher Berufe, einkommensschwächeren Gruppen, Absolventen einer Volksschule ohne Weiterbildung.

Als ausgesprochen fortschrittlich und der Werbung gegenüber positiv eingestellt geben sich insbesondere folgende Gruppen: Männer, 16—24jährige junge Leute, Großstadtbewohner, Inhaber und Leiter größerer Unternehmen und freiberuflich Tätige, die einkommensstärksten Gruppen, die Absolventen einer höheren Schule oder einer Universität.

Indifferent zeigen sich in erster Linie die einkommensschwächsten Gruppen und die Bewohner ländlicher Gemeinden.

Daraus geht schon hervor, daß die vielzitierte Animosität der Bevölkerung gegenüber der Werbung doch erheblich überschätzt wird. Ebenso aber gibt es unter Werbefachleuten eine Überschätzung ihres Einflusses und ihrer Aufgaben: „Die Werbung ist ein freies und universales System der Erwachsenenerziehung" und stellt „ein wertvolles Gebiet gemeinsamer Erfahrungen" dar. (C.A.R. Crosland, The Mass Media, in: Encounter, Nov. 1962 S. 4.)

Betrachten wir die Wirtschaftswerbung als einen Prozeß der Verbreitung von Informationen für kommerzielle Zwecke, ergeben sich folgende Aufgaben:

- Ein neues Produkt erfolgreich in den Markt einzuführen, eine Nachfragesteigerung für ein eingeführtes Produkt zu erzielen bzw. die Nachfrage zu stabilisieren.
- Verbreitung des Handelsnamens oder der Handelsmarke eines Produktes.
- Vertreibung minderwertiger Produkte ohne Handelsnamen vom Markt in angemessener Konkurrenz.
- Schaffen eines Qualitäts- und Preisstandards.

Umworbene Sehnsucht. Die von den Werbekritikern verbreitete Auffassung, die Werbung appelliere an unterschwellige Sehnsüchte und verleite den Konsumenten zu sinnlosen Käufen sinnloser Produkte, kann in diesem Umfang nicht bestätigt werden. Dabei wird übersehen, daß die Werbung stets auf ein Modell von Dispositionen trifft, das bereits besteht und seinen Ursprung in der Familie, in der Schule, der Kirche und in den sozio-kulturellen Gegebenheiten hat. Daneben sind andere Einflüsse von untergeordneter Bedeutung. So kommt eine anerkannte wissenschaftliche Untersuchung zu dem Ergebnis, daß wohl als repräsentativ angesehen werden kann:

- „Die Aussage muß vom Empfänger als Bestandteil seiner kognitiven Struktur akzeptiert werden. Stimmt die Aussage nicht mit der bereits bestehenden kognitiven Struktur überein, so wird sie entweder zurückgewiesen oder so verändert, daß sie übereinstimmt, oder es vollzieht sich ein Wandel in der kognitiven Struktur.
- Die Verhaltensweise oder Verhaltensänderung, die man beim Empfänger veranlassen will, muß von diesem als ein Weg zu einem im eigenen Interesse liegenden Ziel erkannt und akzeptiert werden.
- Um ein Handeln in Gang zu setzen, muß das Verhalten des Empfängers von einem entsprechenden Motivationssystem kontrolliert werden, das in der entscheidenden Situation den Empfänger zu der beabsichtigten Handlung führt."

(Darwin Cartwright, Some Principles of Mass Communication, in: Human Relation, 1949, S. 253 ff.)

Die Menthol-Schwelle. Die Wirksamkeit einer Werbekampagne ist weitgehend davon abhängig, daß das Bedürfnis bereits vorhanden ist. So versuchte 1961 der amerikanische Zigarettenkonzern Reynolds, seine Mentholzigarette „Salem", die in Amerika den vierten Platz hält, in Deutschland unter dem Handelsnamen „Reyno" herauszubringen. Vier Jahre lang ließ die Werbeagentur Young & Rubicam Werbung amerikanischen Stils auf die Verbraucher niederprasseln: Ein verliebtes Pärchen händchenhaltend auf unwahrscheinlich grünen Wiesen, blümchenpflückend, sich lieb anlächelnd. Nach Branchenschätzungen gab Reyno rd. 50 Millionen Mark, aber der Erfolg blieb aus. Spätere Untersuchungen zeigten, daß es in Deutschland eine Menthol-Schwelle gibt. Die Raucher wollen Tabakgeschmack und nicht Mentholgeschmack. Zudem gilt die Menthol-Zigarrette als ausgesprochen feminin, was den Griff zu den „cools" fast unmöglich macht.

Vielfach werden die Ressentiments gegen die Werbung auch gleichgesetzt mit einer Abneigung gegen eine bestimmte Werbekampagne. So rangiert zum Beispiel das HB-Männchen in der Wertschätzung der Fernsehzuschauer an erster Stelle, während die Dash-Kampagne den Fernsehanstalten fast nur böse Briefe einbrachte. Aber kaum eine Reklame war auch so erfolgreich: Sie brachte dem Waschmittelkonzern Procter & Gamble einen Marktanteil von 15 Prozent binnen Jahresfrist.

Gesucht wird. Ob Animosität oder nicht: Die Werber verzeichneten 1965 Rekordumsatz: Allein 3,4 Milliarden für Anzeigen. Und es gibt nichts, das auf einen Rückgang deutet. Eher auf eine Aufstockung der Werbeetats. Denn heute wird nicht mehr, wie das früher zu Zeiten der Stagnation üblich war, bei den Unternehmen der Rotstift an den Werbeaufwendungen angesetzt. Grund dafür ist die Einsicht der Unternehmer, daß in solchen Phasen die Werbeanstrengungen noch intensiviert werden müssen, um Marktanteile halten bzw. vergrößern zu können. So ist auch der Bedarf an qualifizierten Werbefachleuten im Gegensatz zur allgemeinen Situation auf dem Arbeitsmarkt, auf dem im Zuge der Konjunkturentspannung eine leichte Lockerung eingetreten ist, noch erheblich gestiegen. Die nach amerikanischem Vorbild in der Gesellschaft Werbeagenturen (GWA) organisierten 28 größten deutschen Agenturen machten zu der Frage, welche Werbeberufe vor allem gesucht werden, durch ihre Personalchefs folgende Angaben: im kreativen Bereich qualifizierte Texter und Layouter, im Re-

Junge Akademiker in der Werbung

search- und Beratungsbereich Kontakter, Markt- und Mediaforscher. Gesucht werden auch einige Spezialberufe wie Verkaufsförderer, Displaygestalter, Public Relations-Kräfte usw.

Die von den Universitäten geschaffenen Voraussetzungen zur Überwindung des Personalmangels sind recht gut für den Forschungsbereich, in dem die wichtige Rolle von Akademikern, wie Volks- und Betriebswirten, Psychologen und Soziologen, unbestritten ist. Beklagt wird von den Werbeagenturen, daß die germanistischen Fakultäten sich bisher nur wenig mit den Gesetzmäßigkeiten und Problemen der Werbesprache befassen, wodurch das Angebot an guten Textern dünn ist. Gesprochen wird in den Agenturen aber fast mehr amerikanisch: McCann-Cheftexter Dr. Werner Gaede publizierte dazu unter dem Titel „Advertising spoken" eine Slangprobe. Werbegraphiker müssen danach ihren Kunden erklären, „warum ihr visual einen golden und keinen family touch hat, warum life shot und nicht high key." „Schauen Sie, dieses outdoorphoto hat so viel appetizing appeal, daß es für unser food ad der eye catcher schlechthin ist!"

Die guten Berufsaussichten sind bei den Studenten allerdings noch weitgehend unbekannt. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen wird dafür die vielzitierte (und überschätzte) Animosität der Intelligenz gegenüber der Werbung verantwortlich gemacht, zum anderen beklagen die Agenturen das zunehmende Beamten- und Versorgungsdenken, das dem Leistungsprinzip hemmend gegenübersteht. Wenig konkrete Vorstellungen bestehen auch über Arbeitsplatzgestaltung und -verhältnisse bei den Studenten. Denn, so Doyle, Dane, Bernbach: „... die Weltfremdheit der frischgebackenen Hochschulabsolventen war und ist eine Tatsache." Überschätzt werden zumeist auch die Verdienstmöglichkeiten. Anfangsgehälter für Jungakademiker schwanken in der Regel zwischen 800 und 1 200 Mark. Daß im Einzelfalle gute Leute noch mehr erzielen können, widerlegt diese Zahlen nicht. Beispielsweise gibt es unter den Kontaktern Spitzenkönner, die bis zu 40 000 Mark im Jahr verdienen.

Walter Bergmann, *Diplom-Volkswirt, ist Mitglied der Geschäftsführung des Zentralausschuß der Werbewirtschaft*

Die Erwartungen der Wirtschaftspraxis von der Pflege der Werbung als Forschungsgebiet und Lehrfach der Hochschulen standen auf dem Internationalen Kongreß 1966 in Köln als zentrales Thema zur Diskussion. Wie aber sind nun — vom Standpunkt der Studierenden aus — die beruflichen Möglichkeiten des Jungakademikers in der Werbung zu beurteilen? Diese Frage ist leichter zu beantworten, wenn man zunächst die Stellung der Werbung in der Wirtschaftspraxis umreißt und vielleicht noch davor die Aufgaben des Akademikers in der Wirtschaft allgemein bestimmt.

Die Aufgaben, für die sich ein Akademiker in erster Linie vorzubereiten hat, sind allgemein ausgedrückt Führungsaufgaben. Dabei sollte sich ein Akademiker darüber im klaren sein, daß ihn sein Diplom oder ein ähnliches Zertifikat noch nicht automatisch für eine solche Rolle qualifiziert. Ein akademisches Studium ist nicht der einzige Weg der Vorbereitung auf eine Führungsaufgabe, es liefert keinen Freibrief für eine solche Position.

Die Kennzeichen einer Führungskraft in der Wirtschaft sind oft genug beschrieben worden. In jedem Fall gehören zu den erforderlichen Qualitäten die Fähigkeit zu klarem Durchdenken komplizierter Sachverhalte, gute Kenntnisse der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Vorgänge, Entscheidungs- und Entschlußfähigkeit und die Fähigkeit der Menschenführung. Dazu müssen spezielle Erfahrungen und Kenntnisse über das jeweilige Sachgebiet kommen, dem sich die Führungskraft widmet: darunter etwa Bereiche wie Organisation, Rechnungswesen, Absatzwirtschaft, Finanzen. Ein Anwärter auf eine Führungsposition muß also entwicklungsfähige Anlagen und Kenntnisse für eine solche Aufgabe mitbringen.

Die Wirtschaftswerbung, die in vielseitigen Erscheinungsformen auftritt, hat heute ihren Anwendungsschwerpunkt in der Absatzwirtschaft der Unternehmen. Sie ist ein wichtiger Bereich der Unternehmensführung. Bei einer absatzorientierten Produktion gleich welcher Art stellt sie einen Faktor dar, der die ge-

(Fortsetzung Seite 20)

Arbeitsstätten, Tätigkeitsbereiche und erforderliche Kenntnisse für Führungskräfte in der Werbung

Arbeitsstätten	Werbeforschung	
	Grundlagenforschung	Angewandte Forschung
Werbungtreibende Gewerbl. Unternehmen sowie Organisationen, Verbände, Behörden (Werbeleitung, Vertriebs- oder Marketingleitung, Unternehmensleitung)	vereinzelt wie unter Werbeforschungs- und Werbeberatungsunternehmen	Konzipieren von Marktanalysen (Werbeobjekt-, Konkurrenz-, Umworbenen-, Werbemittel- und Werbeträgeranalysen, einschl. Analysen zur Messung und Kontrolle der Werbewirkung und des Werbeerfolgs)
Werbeagenturen und Werbungsmittler	siehe unten	In Abstimmung mit Werbungtreibenden: Konzipierung von Analysen wie oben; Durchführung der Analyse über Institute (s. Werbeforschung); Interpretation der Ergebnisse
Werbungdurchführende	vereinzelt, wie unten	Konzipieren und Interpretieren von Werbeträger- und Werbemittelanalysen
Werbeforschungs- und Werbeberatungsunternehmen Institute für Werbe-, Markt- und Meinungsforschung, Werbeberater u. dgl.	Werbung innerhalb einer allgem. Theorie der sozialen Beeinflussung; Psychologische Grundlagen der Werbung; Kommunikationsforschung; Einfluß der Werbung auf Bedarf, Nachfrage, wirtschaftl. Wachstum, Konjunktur, techn. Fortschritt, Preis und Qualität; Ausarbeitung von werbe- und absatzwirtschaftl. Modellen für Optimierungsrechnungen	Konzipieren, Durchführen, Interpretieren von Analysen wie unter I. und Verfahren der Messung von Werbewirkung und Werbeerfolg
Erforderliche Kenntnisse	Soziologie Psychologie Wirtschaftstheorie Unternehmensforschung Statistik Mathematik	Statistik/Mathematik Theorie und Praxis der Markt- und Meinungsforschung Soziologie Psychologie

Werbeplanung	Werbedurchführung	Werbekontrolle Werbewirkung und Erfolg
Interpretation von Werbeanalysen; Festlegen der allgem. Werbepolitik und der Werbekonzeption sowie langfristiger und kurzfristiger Werbepläne (Streupläne, Entscheidung über Werbemittel, Werbeetat) in Abstimmung mit der gesamten Absatzpolitik des Unternehmens	Überwachung der Werbedurchführung (Herstellung und Streuung, Einsatz der Werbemittel) nach den Planungen; evtl. Korrektur der Maßnahmen auf der Grundlage neuer Informationen	Grundsätzlich ähnliche Tätigkeiten wie links bei Werbeforschung und -planung, meist in Zusammenarbeit mit Werbeagenturen und Werbungsmittlern und Werbeforschungs- und -beratungsunternehmen; aufgrund erzielter Ergebnisse, Festlegen der neuen Werbeplanung, evtl. Neuordnung der Absatzpolitik
In Abstimmung mit den Werbungtreibenden: wie oben	In Abstimmung mit den Werbungtreibenden: wie oben	Psychologische Testverfahren Mathem.-statistische Analysen von Informationen, die z. T. noch primär zu erheben sind, meist in Zusammenarbeit mit Werbeforschungs- und Werbeberatungsunternehmen
Information und evtl. Beratung der Werbungtreibenden in bezug auf das jeweilige Werbemittel	Evtl. Beratung der Werbungtreibenden	
Beratung der Werbungtreibenden	Beratung der Werbungtreibenden und evtl. der Agenturen	Durchführung der oben bezeichneten Aufgaben für Werbungtreibende und Agenturen; Beratung
Wissenschaftliche Kenntnisse wie links Unternehmensforschung Planung	Organisation Menschenführung	Psychologie/Soziologie Theorie und Praxis der Markt- und Meinungsforschung Statistik/Mathematik/Unternehmensforschung

troost bei der Arbeit

Klaus Barisch photographierte für den Ruhr-Student Akademiker bei der Werbeagentur troost.

Dr. Horst Pollmann, Assistent der Geschäftsführung, kam vor fünf Jahren aus der Industrie-Verkaufsförderung. Erster Eindruck: „Ins Wasser geworfen!"

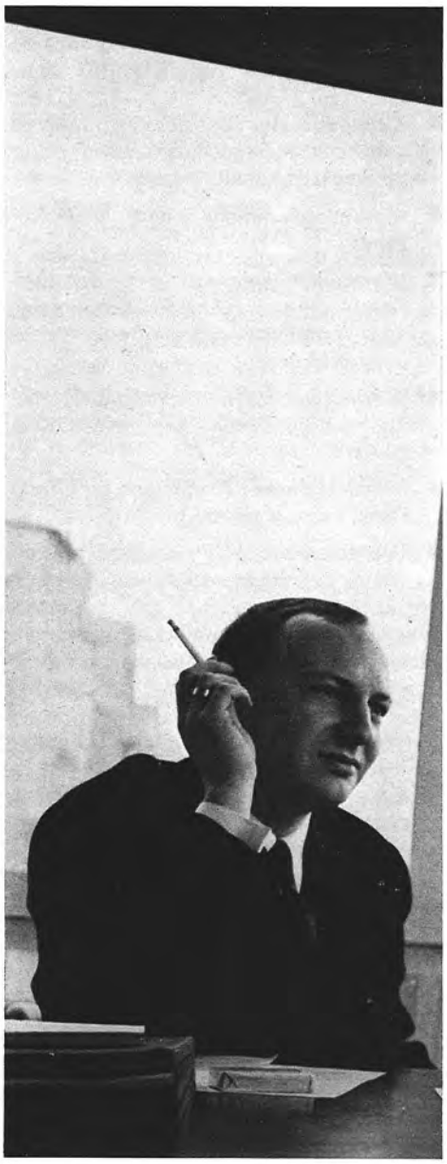
Dipl.-Kfm. Rüdiger Morsch, seit zwei Jahren Marketingassistent, glaubt, daß die Agentur dem Jungakademiker mehr bietet als die Industrie.

Hans-Joachim Büttner, Dipl.-Volksw. und leitender Angestellter in der Marktforschungs-Abteilung, hält für karrieresüchtige Jungakademiker eine vorbereitende Tätigkeit in einem Marktforschungsinstitut oder in der Industrie für die beste Voraussetzung, auf der Erfolgsleiter der Agenturen hochzuklettern.

Dr. Karl Friedrich Schäfer, von Hause aus Theaterwissenschaftler und Verfasser von Hörspielen, arbeitet als Texter und Kontakter in der Agentur.

Wer für troost kontakten will, muß älter aussehen als er ist. Grund: der Kunde soll ein seriöses Bild von der Agentur erhalten.

Archivar Dieter Neiß hortet Vergangenes für Zukünftiges: interessante Meldungen bekommt der Chef auf den Tisch, nach dessen Entscheidung der Umlauf durchs Haus zusammengestellt wird. Motto: Information ist alles.



Eberhard Walter, Dipl.-Kfm., forscht seit einem Jahr in Medien, um die Streuung von Anzeigen für die Vorbereitung der Werbefeldzüge festzustellen. Sein Arbeitsethos: „Geld allein ist für die erste Stellung nicht ausschlaggebend!"

Erwin Wolf, Dipl.-Volksw., arbeitet seit einem halben Jahr in der Marketing-Abteilung an Problemen der Verkaufsförderung. Erwarb seine ersten Werbekenntnisse und den Spaß am Beruf in der VW-Verkaufsabteilung. Sein Eindruck: „Salopper Ton und hektisches Getriebe!"

samte Unternehmenspolitik maßgeblich beeinflußt und ein abgrenzbarer Teil dieser Politik ist, wenn sie auch immer im Zusammenhang mit den übergeordneten Aktivitäten wie Absatz, Marketing, Unternehmensführung im Ganzen gesehen werden muß. Es ist wichtig zu bedenken, daß die Werbung bei dem Entstehen und dem Durchsetzen der sog. Marketingidee, also der Absatzorientierung der Unternehmen, eine stimulierende Rolle gespielt hat und noch immer spielt. Es ist auch wichtig zu wissen, daß sich bei der Einbeziehung der Werbung in das Konzept einer umfassenden Planung der unternehmerischen Tätigkeiten, einer angestrebten Optimierung aller Maßnahmen, noch sehr schwierige Probleme stellen und sich noch viel Raum für Grundsatzarbeiten bietet. Die Werbung ist also eine eindeutige Aufgabe für unternehmerische Führungskräfte, sie bietet von der Sache her einem wissenschaftlich geschulten Menschen eine angemessene Beschäftigung.

Als Arbeitsstätten kommen für einen Akademiker grundsätzlich die folgenden Unternehmensarten in Frage:

Betriebe der werbungtreibenden Wirtschaft, d. h. also Unternehmen, die für ihre Produkte und Dienstleistungen werben. Das ist im Grunde die gesamte Wirtschaft, vorrangig die Industrie und der Handel. Hier ist der Platz für einen Akademiker entweder in der Werbeleitung oder, je nach der gegebenen Organisationsform, in der Vertriebsleitung, der Marketingleitung oder der Unternehmensleitung. Selbstverständlich wird ein Jungakademiker zuerst quasi eine Lehrzeit, eine Lernzeit durchmachen müssen, bevor er mit Führungsaufgaben betraut werden kann. Das gilt natürlich auch für die nachfolgenden Bereiche wie auch ganz allgemein.

Werbeagenturen. Man könnte Werbeagenturen — von ihrer Funktion her betrachtet — als Werbeabteilungen der Werbungtreibenden bezeichnen, die räumlich und organisatorisch aus diesen Firmen ausgegliedert sind. Wegen der hohen Spezialisierung und der Tätigkeit für viele Werbungtreibenden aller Art ist der Aufgabenbereich einer Werbeagentur in der Regel sehr breit und tief. Man kann in einer Agentur sozusagen eine Reihe selbständiger Berufe unterscheiden, z. B.

- **Kundenberater** (der dem Kunden verantwortliche Werbeplaner und Koordinator der Agenturdienste)
- **Marketingfachmann und Marktforscher**
- **Werbeeinsatzplaner** (für die Auswahl, Kombination und Einsatzüberwachung der Werbemittel und die Beobachtung ihrer Wirkung)
- **Werbegestalter** (Gestalter der Werbekonzeption, Texter, Zeichner, Photograph)
- **Werbetechniker** (Fachmann für Druck, Funk, Fernsehen etc.)
- **Werbekaufmann** (Einkäufer und Verwalter der Werbemittel)

Eine akademische Ausbildung ist hauptsächlich für die ersten drei dieser Berufe angebracht.

Werbungdurchführende. Hierunter sind Unternehmen wie z. B. Verlage, Werbefernseh- und Werbefunkgesellschaften, Werbefilmhersteller, Außenwerbungs- und Direktwerbeunternehmen in ihrer Eigenschaft als Gestalter, Hersteller und Verbreiter von Werbemitteln zu verstehen. In zunehmenden Maße setzen diese Unternehmen eigene Beratungs- und Planungsfachleute zur Betreuung ihrer Kunden ein.

Werbeforschungs- und Werbeberatungsunternehmen. In diesen Unternehmen, die häufig die Form von Instituten aufweisen und entweder speziell für die Werbung oder auch allgemeiner für Forschung und Beratung auf dem Gebiet des Marketing oder der Markt- und Meinungsforschung arbeiten, werden grundsätzlich die bereits oben erwähnten Aufgaben zu bearbeiten sein.

Es soll hier darauf hingewiesen werden, daß die Werbung wegen ihrer Vielgestaltigkeit Fachwissenschaftler aus so verschiedenartigen Bereichen wie der Volks- und Betriebswirtschaftslehre, der Soziologie, der Psychologie, der Statistik und Mathematik, aber auch der Publizistik, der Philologie usw. benötigt.

In der graphischen Übersicht wird der Versuch gemacht, Arbeitsstätten, Aufgabenbereiche und benötigte Kenntnisse für die Werbung einander zuzuordnen.

Berufliche Chancen der Jungakademiker. Wie bisher bereits ausgeführt, sind die Berufsmöglichkeiten von Jungakademikern in der Werbung von der Tätigkeit her anspruchsvoll und interessant. Auch die Honorierung der Arbeitsleistung ist, soweit Informationen darüber vorliegen, verglichen mit anderen Berufsrichtungen gut.

Für eine Beurteilung der zukünftigen Entwicklung des Bedarfs an Führungskräften in der Werbung mag die folgende Zeitreihe als grober Anhaltspunkt dienen, die die Entwicklung der gemessenen Werbeaufwendungen und des Bruttosozialproduktes einander gegenüberstellt:

Jahr	Bruttosozialpr.	Werbeaufwendungen
1960	100	100
1961	110	122
1962	120	134
1963	127	150
1964	139	169
1965	151	191

Danach hat sich im Zeitraum von 6 Jahren das Bruttosozialprodukt um 50%, die Werbung jedoch um über 90% erhöht. Nimmt man dazu an, daß sich die wissenschaftliche Durchdringung der Werbung in Zukunft in ähnlicher Weise verstärkt, wie dies in den vergangenen Jahren der Fall war, so kann man die Berufsaussichten für Akademiker in der Werbung nur als positiv bezeichnen — vorausgesetzt allerdings, daß sich die akademische Bildung weiterhin als gute Basis für die Ausbildung von Führungskräften bewährt. Das aber sollten wir hoffen.

Universitas

Ausbildungs-förderungsgesetz

„Die Studentenschaft fordert ein umfassendes Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes, damit gleiche soziale Ausbildungs- und Startchancen auch den jungen Menschen geboten werden, denen die erforderlichen Mittel für ihre Ausbildung nicht zur Verfügung stehen", diese Forderung stellte die 16. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) im Jahre 1964 auf und präzisierte: „Für sämtliche Ausbildungsarten, von der gewerblichen Ausbildung, der Schul- und Fachschulausbildung aller Art bis hin zum Studium an Hochschulen, soll ein umfassendes Gesetz Ausbildungsförderung sichern."

Im ruhr-student 4 vom Februar 1966 betonte noch Eberhard Diepgen, damaliger stellvertretender VDS-Vorsitzender, daß „mit einer gesetzlichen Regelung der Ausbildungsförderung nicht länger gezögert werden" darf. Inzwischen ist wieder ein Jahr vergangen, die Diskussion ist jedoch durch einen im November 1966 vom Bundestag beschlossenen Antrag neu entfacht worden: die Bundesregierung soll bis zum 31. März 1967 einen Vorschlag, wie man die Ausbildungsförderung regeln kann, unterbreiten.

Begonnen hatte die Debatte mit einem von der SPD im Bundestag eingebrachten und einstimmig beschlossenen Antrag, der die Bundesregierung zu einem einheitlichen Gesetz über Berufsausbildungs- u. Erziehungsbeihilfen aufforderte. Die Bundesregierung kam diesem Antrag bis heute nicht nach, so daß die SPD-Bundestagsfraktion 1962 einen eigenen Entwurf vorlegte. Im Frühsommer 1966 zog die CDU-Fraktion nach, indem sie ihrerseits ein Gesetz entwarf. Im Juli 1966 schließlich legte die FDP-Fraktion ausführliche Grundsätze für eine Regelung vor.

Alle drei Fraktionen sind sich also inzwischen einig, daß eine Regelung der Ausbildungsförderung nicht mehr aufzuschieben ist. Alle drei Fraktionen sind sich auch einig, daß eine bundeseinheitliche Gesetzgebung erfolgen muß. Und doch forderten noch im Februar 1965 alle drei Fraktionen die Bundesregierung einstimmig auf, mit den Ländern über ein Verwaltungsabkommen zu verhandeln und zumindest die jetzigen Koalitionspartner CDU/CSU und SPD fassen diese Möglichkeiten immer noch ins Auge.

Auf diese Frage spitzt sich auch die ganze Diskussion zu: Verwaltungsabkommen oder Gesetz? Die Grundfrage, die dahinter steht, ist, ob der Bund für die Ausbildungsförderung zuständig ist oder nicht. Lediglich die Freien Demokraten und der VDS und die Länder Hessen und Bayern haben bisher eindeutige Antworten gegeben: die FDP und der VDS bejahend, die Länder verneinend, indem sie eine Verfassungsklage für den Fall androhten, daß der Bundestag die Ausbildungsförderung auf Bundesebene gesetzlich regele.

Die Studentenschaft weist auf das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip hin, das dem Staat die Verpflichtung auferlege, zugunsten des wirtschaftlich Schwachen Partei zu ergreifen. Bei den Familien, die ihren Kindern aus finanziellen Gründen nicht die geeignete Ausbildung zukommen lassen könnten, liege eine Ungleichheit vor, die staatliche Maßnahmen unerläßlich macht. Außerdem geben staatliche Pflichtleistungen demjenigen, der diese staatliche Hilfe braucht, einen persönlichen Rechtsanspruch.

Auf diesen Rechtsanspruch weist auch die FDP hin und argumentiert damit gegen die Möglichkeit des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern. Bei einem Abkommen nämlich fällt dieser Anspruch fort. Mehr wird aber von der liberalen Seite noch betont, daß bei Verwaltungsabkommen die parlamentarische Kontrolle ausgeschaltet werde (dazu siehe das folgende Interview).

Die Frage Gesetz oder Verwaltungsabkommen ist also nicht nur eine juristische Spitzfindigkeit, sondern hat auch eminent praktische Folgen. Diejenigen Studenten, die aus dem Honnefer Modell gefördert werden, werden sich sicherlich noch an die langwierigen Verhandlungen der Ländervertreter mit dem Bund, die über neun Monate dauerten, über die Erhöhung der Förderungsmeßbeträge erinnern. Solche langwierigen Verhandlungen liegen in der Natur der Verwaltungsabkommen, meint die Studentenschaft und warnt aus diesem Grunde vor einer solchen Regelung.

Die Positionen sind also klar gesteckt: Hier VDS und FDP für ein Gesetz, dort CDU und SPD, die zwar grundsätzlich auch ein Gesetz befürworten, aber auch ein Verwaltungsabkommen hinnehmen würden, wenn sich keine andere Regelung finden läßt.

Bei den Einzelfragen zur Ausbildungsförderung verschieben sich die Fronten: auf der einen Seite VDS, SPD und FDP, auf der anderen die CDU. In drei wichtigen Punkten unterscheiden sich die Vorschläge:

- Die CDU bezieht im Gegensatz zu SPD und FDP die Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen nicht in den Gesetzentwurf ein.
- Im Unterrschied zur CDU richten sich FDP und SPD nicht nach Fürsorgerichtsätzen, sondern beziehen auch die mittleren Einkommen in die Förderung ein.
- Der CDU-Entwurf hat einen sogenannten Nachrangcharakter, d. h. alle anderen bisher schon bestehenden Förderungseinrichtungen sollen bestehen bleiben.

Diese Unterschiede und auch die Frage „Gesetz oder Verwaltungsabkommen?" werden in dem folgenden Rundgespräch erörtert.

Interview

Der ruhr-student sprach über die Ausbildungsförderung mit den Bundestagsabgeordneten Brigitte Freyh (SPD), Dietrich-Wilhelm Rollmann (CDU) und Karl Moersch (FDP), unter dem Motto „Die Länder sitzen auf den Eiern des Föderalismus".

ruhr-student

Welche Gründe sprechen überhaupt dafür, auf Bundesebene ein Ausbildungsförderungsgesetz zu erlassen, Frau Freyh?

Freyh

Die Vereinheitlichung der jetzigen Ausbildungsförderung ist nicht anders zu erreichen. Es ist vor allem wichtig, daß

die Gleichheit der Chancen auch wirtschaftlich gesichert wird, um all denen, die eine entsprechende Begabung haben, auch den Weg zu ermöglichen, diese Begabung zu nutzen und in eine gute Ausbildung umzusetzen.

ruhr-student

Obwohl alle drei Bundestagsfraktionen inzwischen zumindest Grundsätze für ein solches Gesetz entwickelt haben, spricht man noch immer auch von der Möglichkeit eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern. Warum, Herr Rollmann?

Rollmann

Es ist ja bekannt, daß einige Länder dem Bund die Zuständigkeit bestreiten, ein Gesetz über die Ausbildungsförderung zu erlassen. Das ist auch der Grund, warum die Bundesregierung bis heute dem Auftrage des Bundestages von 1959, dem Bundestag den Entwurf eines solchen Gesetzes vorzulegen, nicht nachgekommen ist. Wir haben uns dann gefragt, wie wir die Scheu der Länder vor einer einheitlichen Regelung der Förderungsfragen überwinden können. Daher hat der Bundestag im Mai 1965 einstimmig die Bundesregierung ersucht, dann doch wenigstens den Versuch zu unternehmen, ein Verwaltungsabkommen mit den Ländern abzuschließen.

Leider sind auch diese Bemühungen der Bundesregierung bisher nicht von Erfolg gekrönt gewesen . . .

ruhr-student

Gab es überhaupt Bemühungen?

Rollmann

Ich glaube, es waren Bemühungen da . . .

Moersch

Der Grad der Bemühungen ist ja gleichgültig . . .

Rollmann

Es waren durchaus Bemühungen der Bundesregierung da, aber sie sind eben nicht auf die notwendige Gegenliebe der Länder gestoßen. Daher ist es meine Auffassung, daß wir, wenn die neue Bundesregierung der großen Koalition jetzt die Initiative nicht sehr bald ergreift,

Dietrich-Wilhelm Rollmann, *35, MdB, Jurist und Werbekaufmann, Mitglied des Bundesparteiausschusses der CDU*

etwas Entscheidendes zur Vorlage eines Gesetzes oder eines Verwaltungsabkommens tun müssen. Und wenn wir im Bundestag ein Gesetz einbringen und verabschieden, möchte ich mal sehen, ob der Bundesrat es wirklich wagt, ein vom Plenum des Deutschen Bundestages verabschiedetes Gesetz scheitern zu lassen.

ruhr-student:

Es spielt hier also wieder das Problem der Kulturhoheit der Länder hinein. Die Frage ist deshalb, als was man Ausbildungsförderung sieht: als Sozial- oder Bildungspolitik, Herr Moersch?

Moersch

Es ist Sozialpolitik mit einem bildungspolitischen Effekt. Ich bin der festen Überzeugung, daß eine Bundesgesetzgebung auch jetzt schon zulässig ist. Das Justizministerium hat sich vor zwei oder drei Jahren dahingehend geäußert, daß es keine Bedenken gegen die Verabschiedung des SPD-Entwurfs habe, doch die Länder Bayern und Hessen waren anderer Meinung und drohten mit Verfassungsklage.

Wenn aber tatsächlich Unklarheiten bestehen sollten, dann steht die jetzige Bundesregierung vor einer Art Testfall, denn sie hat ja eine verfassungsändernde Mehrheit. Daher kann sie die Verfassung, wenn sie nicht ausreicht, ergänzen. Da die Länderregierungen ja von den gleichen Parteien getragen werden wie die Bundesregierung, sollte man doch dann wohl auch mit den Ländern einig werden. Wenn sich ein oder zwei Länder dagegen sträuben, so kann die erforderliche Mehrheit im Bundesrat wohl trotzdem erreicht werden.

Der Bundestag muß es wagen, eine gesetzliche Regelung herbeizuführen, weil Verwaltungsabkommen für mich aus prinzipiellen Gründen die schlechteste aller Möglichkeiten sind. Einmal haben diejenigen, die einen Rechtsanspruch auf Förderung haben, diesen Anspruch nicht im Gesetz verbürgt. Zum zweiten entbinden Verwaltungsabkommen die Parlamente von ihrer Kontrollfunktion. Verwaltungsabkommen heißt: Stärkung der bürokratischen und Schwächung der parlamentarischen Entscheidungsgewalt. Ich bedaure, daß meine Fraktion diesem Antrag auf Verwaltungsabkommen in meiner Abwesenheit zugestimmt hat. Es geschah scheinbar um des lieben Friedens willen.

ruhr-student

Frau Freyh, was halten Sie von einer möglichen Verfassungsergänzung, wie sie Herr Moersch eben anregte?

Freyh

Vorausschicken möchte ich, daß wir im November 1966 in einem gemeinsamen Antrag die Bundesregierung aufgefordert haben, bis zum 31. März 1967 Vorschläge zur Vereinheitlichung und Verbesserung der Ausbildungsförderung zu machen. Dabei ist es tatsächlich offen, ob nun ein Bundesgesetz oder aber ein Verwaltungsabkommen das Ergebnis sein wird.

Über den Vorschlag von Herrn Moersch läßt sich daher jetzt noch nichts sagen.

Moersch

Frau Freyh, es sind doch nur 85 Verfassungsänderungen vorgesehen, da käme es doch auf die eine wichtige auch nicht mehr an . . .

Rollmann

Ich glaube, der erste, der den Vorschlag einer Verfassungsänderung gemacht hat, ist unser damaliger geschäftsführender Parteivorsitzender Dufhues gewesen, und zwar im Frühsommer 1965

auf einem Deutschen Studententag. Wenn wir in den nächsten Monaten nicht zum Ziel kommen, werden wir selbstverständlich eine Verfassungsänderung unterstützen, damit auch der Bereich der Ausbildungsbeihilfen zur konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes mit gehört. Schwierig wird natürlich die Frage, ob auch der Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit einer solchen Ergänzung des Grundgesetzes zustimmen würde.

Freyh

Die einfachste und konzentrierteste Lösung wäre vermutlich die eines Bundesgesetzes. Doch die Frage ist noch offen, und sie spitzt sich darauf zu: Gibt es die verfassungsmäßige Zuständigkeit? Das zweite Problem ist das der Verfassungsänderung. In der letzten Zeit sind ja Erwägungen angestellt worden, die sogenannten Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern zu ergänzen, indem die Ausbildungsförderung in diesen Katalog aufgenommen wird. Wir müssen aber warten, bis wir wissen, welchen Weg die Bundesregierung vorschlägt.

Moersch

Wenn die Bundesregierung ein Verwaltungsabkommen vorschlagen wird, wird die FDP-Fraktion im Bundestag einen bereits vorbereiteten Antrag zur Verfassungsänderung im geschilderten Sinne einbringen, um die anderen Fraktionen und den Bundesrat zu zwingen, in dieser für mich sehr wesentlichen Frage Farbe zu bekennen. Verwaltungsabkommen haben in einem kooperativen Föderalismus nichts zu suchen, denn wir haben bisher damit noch keine guten Erfahrungen gemacht. Föderalismus recht verstanden, bedeutet, daß man ihn zu einer Dezentralisierung der Macht nutzen sollte und nicht zur Kompensation großer Gebiete im Sinne einer Stärkung der Bürokratie.

Freyh

Ich teile nicht ganz Ihre Auffassung, Herr Moersch, denn ein Verwaltungsabkommen ließe sich auch sehr detailliert abschließen. Die Wirksamkeit könnte also bis in Einzelregelungen reichen. Heute besteht tatsächlich Hoffnung, daß

Brigitte Freyh, *42, MdB, Geschäftsführerin der Walter-Kolb-Stiftung zur Förderung des Zweiten Bildungsweges, SPD*

wir eine Regelung finden, denn die SPD hat ja gerade die Fragen der Finanzreform mit in die große Koalition hineingebracht, und die Finanzreform könnte unsere Probleme durchaus lösen.

Rollmann

Mir ist ein Gesetz bedeutend lieber als ein Verwaltungsabkommen, aber ein Verwaltungsabkommen ist mir auf der anderen Seite lieber als gar nichts. Und eine Verfassungsänderung würde eben große Schwierigkeiten mit sich bringen, denn die Länder sitzen doch sehr eifersüchtig auf den Eiern des Föderalismus und sind nicht bereit, irgendetwas davon herzugeben.

Moersch

Herr Rollmann, sehen Sie, bei der gesetzlichen Beratung kann der Abgeordnete Anträge stellen und eventuell Veränderungen vornehmen. Verwaltungsabkommen schließen die Verwaltungen unter sich ab, der Abgeordnete hat keine Einflußmöglichkeit, der Wähler damit auch nicht, denn der Abgeordnete ist ja nur der Repräsentant des Wählers. Kompetenzen der Parlamente dürfen nicht ohne Not an bürokratische Institutionen abgegeben werden.

ruhr-student

Nun zu einem anderen Problem. Der Entwurf der CDU bezieht die Studenten an wissenschaftlichen und technischen Hochschulen nicht mit in ein Ausbildungsförderungsgesetz ein. Warum, Herr Rollmann?

Rollmann

Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens könnten diese Studenten sehr wohl einbezogen werden. Bisher hatten wir das noch nicht vorgesehen, um die Länder, die ja ohnehin in dieser Frage neuralgisch reagieren, nicht noch weiter zu verprellen. Die Länder sind der Auffassung, daß die Förderung der Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen mit dem Honnefer Modell befriedigend gelöst ist.

Freyh

Der CDU-Entwurf war hinsichtlich der Bemessungsgrundlagen so angelegt, daß man einen Bruch in diesem Gesetz gehabt hätte, wenn man die Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen — so wie sie im Augenblick nach dem Honnefer Modell gefördert werden — einbezogen hätte. In diesem Sinne ist der Entwurf logisch.

Wir sind jedoch der Meinung, daß in ein Ausbildungsförderungsgesetz von vornherein alle jungen Menschen gehören. Wir haben deswegen in unserem Entwurf von 1962 die Studenten miteinbezogen. Die Ausbildungsförderung hätte ihren Sinn verfehlt, wenn man keine lückenlose Förderung für alle faßt.

Moersch

Das, was Frau Freyh hier eben angeführt hat, ist auch unser Gesichtspunkt. Es muß eben eine Gleichmäßigkeit der Förderung im ganzen Bundesgebiet in allen Bereichen erreicht werden.

ruhr-student

Der CDU-Entwurf sieht vor, daß das Ausbildungsförderungsgesetz einen Nachrangcharakter gegenüber den bisher schon bestehenden Regelungen haben soll.

Rollmann

Es ist unmöglich, zu einer völligen Vereinheitlichung der Ausbildungsförderung zu kommen. Ich erinnere an das Kriegsopferrecht, wo die Ausbildungssätze über dem liegen, was ein Bundesgesetz oder ein Verwaltungsabkommen an Ausbildungsförderung bieten kann.

Würde diese Förderungsart in eine einheitliche Regelung einbezogen, würden sich die Kriegsopfer schlechter als vorher stehen. Wir wollen mit unserem Entwurf vor allem für diejenigen etwas tun, die bisher in ihrer Erziehung und in ihrer Berufsausbildung noch nicht gefördert worden sind.

Moersch

Herr Rollmann, da kann ich Ihnen nicht ganz folgen, denn eines der Übel, die wir haben, ist ja gerade die Zersplitterung all dieser Förderungsmaßnahmen. Man könnte doch ohne weiteres eine gesetzliche Vorschrift schaffen, daß z. B. bei den Kriegsopfern sich der bisherige Zustand nicht verschlechtert.

Mit dem CDU-Entwurf würde die Unübersichtlichkeit noch vermehrt. Ich unterstelle Ihnen aber gern, daß es bei Ihnen, Herr Rollmann, möglicherweise Mehrheitsentscheidungen gegeben hat, die Sie nicht ohne weiteres selbst verantworten möchten.

Freyh

Die Förderung muß vor allem ausreichend sein. Uns schien das Honnefer Modell in seiner Grundstruktur mit den Einkommensgrenzen und den Förderungsmeßbeträgen als eine ausreichende Art der Förderung.

Wir meinen, daß es keine Schwierigkeiten gibt, unter der neuen Decke eines einheitlichen Gesetzes all das zusammenzufassen, was an Beihilfen bisher schon bestand. Diesen Gesichtspunkt einer ausreichenden Förderung wird die SPD aufrechterhalten.

Rollmann

Mein Kollege Moersch vertritt hier heute durchaus beachtlicherweise ideale Forderungen, und ich bin durchaus geneigt, diesen Idealen zuzustimmen. Aber die FDP befindet sich ja nun in der angenehmen Rolle, die Opposition zu sein, und ich bin weiterhin Angehöriger einer Regierungspartei. Es ist eben so: Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Wir belasten diese ganzen Fragen noch mit sehr viel mehr Schwierigkeiten, wenn wir versuchen wollten, alle bisherigen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der

Karl Moersch, *40, MdB, Redakteur, Leiter der Presseabteilung der FDP in Bonn, unseren Lesern aus Heft 6 bekannt*

Ausbildungsförderung aufzuheben und alles in einem einheitlichen Gesetz zusammenzufassen.

Moersch

Ich habe als Mitglied einer Regierungspartei nicht anders argumentiert als heute. Sie, Herr Rollmann, leiden unter den Schwierigkeiten, einer Union anzugehören, in der es sehr verschiedenartige Gruppen und Meinungen gibt. Das würde sich bei Ihnen auch nicht ändern, wenn Sie in der Opposition wären, was Sie offensichtlich für sehr wünschenswert ansehen; ich werde mir das merken, jeder ist eingeladen.

Die größte Schwierigkeit ist natürlich die Finanzierung. Ein Ausbildungsförderungsgesetz kann nie finanziert werden, wenn man weiterhin Gelder in der Gegend herumstreut, ich erinnere an das „Pennälergehalt", das ja das illegitime Kind des Familienministers Heck gewesen ist, das man den Koalitionsfraktionen unterschoben hatte. Deshalb müssen wir als Opposition Ihnen von der CDU/CSU — vielleicht auch zu Ihrer Ernüchterung — einige Grundsätze vorführen, an denen Sie sich mit Ihrer allzu ausgeprägten Pragmatik ja immer wieder reiben können.

Rollmann

Zu den heiteren Bemerkungen von Herrn Moersch möchte ich nichts weiter ausführen. Ich möchte nur zur Erinnerung hinzufügen, daß der Gesetzentwurf zur Gewährung von Ausbildungszulagen auch die Unterschrift der FDP getragen hat . . .

Moersch

Leider.

Rollmann

Ob Sie es nun bedauern oder nicht, Herr Moersch, auf jeden Fall hat Ihre Fraktion den Gesetzesentwurf mit eingebracht, der dann einstimmig vom Bundestag verabschiedet wurde.

Daß sehr viele von uns — und ich schließe mich da selber nicht aus — nicht sehr glücklich sind über diese Ausbildungszulagen, das ist eine Tatsache. Doch wir haben im Haushaltsplan für 1967 die Ausgaben für diese Zulagen weiterhin vorgesehen, weil wir meinen, daß wir dieses Geld dann im nächsten Jahr sehr gut für ein Ausbildungsförderungsgesetz gebrauchen können.

Moersch

Herr Rollmann, bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß die FDP den Gesetzentwurf damals unterschrieben hat nach einem Gefecht in der Fraktion, der ich gerade 2 Wochen angehörte. Mein Antrag, den Entwurf nicht zu unterschreiben, wurde mit 28 zu 29 Stimmen abgelehnt.

Die Urheber dieser Unterschrift hatten es um des lieben Friedens willen getan, nachdem von Ihrer Seite ein kräftiger Druck ausgeübt worden war. Damals hat eine kleine Gruppe aus Ihrer Fraktion, Herr Rollmann, um Herrn Heck es verstanden, den ganzen Bundestag zu überfahren.

Freyh

Die Ausbildungszulage ist zweifellos ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen soll. Daher begrüßen wir es, daß die Frage Sozialpolitik nicht weiterhin mit dem Gießkannenprinzip zu betreiben, sehr deutlich in der Regierungserklärung angesprochen wurde. Das wird auch Konsequenzen auf die Ausbildungszulage haben.

ruhr-student

Gnädige Frau, meine Herren, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Deutsches Studentenwerk

Das Deutsche Studentenwerk e. V. ist der Zusammenschluß der örtlichen deutschen Studentenwerke. Nach § 2 der Satzung ist der Zweck des DSW — unter Achtung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der örtlichen Studentenwerke — deren gemeinsame Aufgabe wahrzunehmen mit dem Ziel, der akademischen Jugend ein Studium frei von Not zu ermöglichen. Das DSW wird durch Beiträge seiner Mitglieder und in hohem Maße durch Zuschußmittel des Bundesinnenministeriums und der Bundesländer finanziert. Der Kapitalumsatz des DSW beläuft sich auf jährlich ca. 100 Millionen DM.

Die Hauptarbeit des DSW gliedert sich in vier Bereiche:

- Allgemeine Studienförderung
- Jugendarbeitsprogramm
- Mensen
- Studentenwohnheime

Das DSW hat im Bereich der **Studienförderung** seine Hauptaufgabe darin gesehen, den Förderungsmeßbetrag nach dem Honnefer Modell den wirklichen Gegebenheiten des Lebensstandards angleichen zu lassen. Nachdem zum 1. Januar 1966 der Förderungsmeßbetrag auf DM 290,— erhöht worden ist, hat das DSW erneut darauf hingewiesen, daß dieser Betrag noch nicht ausreicht, um die effektiv anfallenden Kosten für das Studium decken zu können. Das DSW hat einen Ausschuß beauftragt, nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu errechnen, wie hoch die Kosten für das Studium wirklich sind. Bisher liegt leider das Ergebnis der Ausschußarbeit noch nicht vor.

Hoffentlich ist es dann nicht schon zu spät. Besonders in der Frage der Darlehensverwaltung bringen die Studentenschaften kaum noch Verständnis für die Haltung des DSW auf. Das DSW verrechnet den bedürftigen Studenten eine ‚Verwaltungsgebühr', obwohl immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß die Höhe dieser Gebühr weder dem tatsächlichen Aufwand gerecht wird, noch sachlich überhaupt notwendig ist, da dem DSW zur Finanzierung seiner Verwaltung andere Mittel zur Verfügung stehen. Ebenso kritisieren die Studentenschaften, daß nach wie vor Geschäftsführer, also Angestellte, dem Vorstand des DSW angehören, das mit einem bösen Wort „Geschäftsführerversorgungswerk" heißt.

Bedauerlicher als diese Tatsache ist indes, daß die mit der Studienförderung befaßten Institutionen und Organisationen, nämlich Verband Deutscher Studentenschaften, Westdeutsche Rektorenkonferenz und Deutsches Studentenwerk sich bisher nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten. Verband Deutscher Studentenschaften und Westdeutsche Rektorenkonferenz haben auf der V. Hochschulkonferenz eine gemeinsame Konzeption erarbeitet und den Deutschen Bundestag nachdrücklich aufgefordert, den im Grundgesetz festgelegten Auftrag für den Gesetzgeber nach einem bundeseinheitlichen Ausbildungsförderungsgesetz zu erfüllen.

Die Studentenschaften hoffen zuversichtlich, daß das Jahr 1967 in dieser Frage eine für alle Beteiligten akzeptable und den berechtigten Forderungen adaequate Lösung bringen wird.

Das studentische Jugendarbeitsprogramm war im vergangenen Jahr erheblichen Störungen ausgesetzt. Dieser so außerordentlich wertvolle Zweig der Förderung wird seines geringen finanziellen Umfanges wegen an manchen Orten als unbedeutend angesehen. Darin mag auch der Grund zu suchen sein, daß das Jugendarbeitsprogramm im vergangenen Jahr in zweifacher Hinsicht benachteiligt wurde: Der Bundesminister der Finanzen und die Finanzminister der Länder kamen nach langen Verhandlungen überein, die Stipendien aus dem Jugendarbeitsprogramm als steuerpflichtiges Arbeitsentgelt anzusehen. Dazu kam, daß unmittelbar zu Beginn der Sommerferien im Zuge der plötzlich einsetzenden Sparmaßnahmen des Bundes die Ansätze im Bundesjugendplan linear gekürzt wurden. Zu dieser Zeit aber hatten die örtlichen Träger für das Arbeitsprogramm im Vertrauen darauf, daß Bundesmittel in gleicher Höhe wie im Vorjahre bewilligt werden würden, ihre Planungen abgeschlossen. Es gelang dem Deutschen Studentenwerk nur mit großer Mühe, durch einen auch kleinste Beträge erfassenden Ausgleich unter den örtlichen Trägern und durch Einsparung bei den Mitteln für die sogenannten Planungs- und Leitungsaufgaben die Finanzierung des Arbeitsprogrammes bis zum Ende des Jahres zu sichern.

Mensen. Das DSW unterstützt die örtlichen Studentenwerke bei Um- oder Neubauten von Mensen und Erfrischungsräumen durch sogenannte Modellpläne, wodurch eine erhebliche Erleichterung der sogenannten Planungs- und Vorbereitungsarbeiten gegeben ist.

Im Auftrage des DSW bereiste eine Ernährungsberaterin vom Institut für Ernährungswissenschaften der Universität Gießen mehrere Mensen. Dabei wurde festgestellt, daß sich die Essensqualität in den letzten Jahren erfreulicherweise stetig verbessert hat. Nach einer ernährungsphysiologischen Untersuchung des Max-Planck-Instituts wird interessanterweise in der am stärksten frequentierten Mensa, der Mensa der Universität zu Köln (ca. 8000 Essen täglich), das beste Essen ausgegeben.

Das DSW unterstützt die örtlichen Studentenwerke weiterhin durch eine vierteljährlich erscheinende interne Informationsschrift, die eine Ermittlung von Einkaufspreisen und preiswerten Bezugsquellen für Lebens- und Reinigungsmittel zum Inhalt hat.

Studentenwohnheime. Auch beim Bau von Studentenwohnheimen hilft das DSW den örtlichen Studentenwerken durch Modellpläne, die Vorbereitungsarbeiten zu erleichtern. Hierbei mußte das DSW im vergangenen Jahr vor allem der Entwicklung nach sogenannten Großprojekten mit 400 bis 1500 Bettplätzen Rechnung tragen.

Es muß allerdings bemängelt werden, daß das DSW immer noch an dem vielzitierten und wohl zu Recht kritisierten „Düsseldorfer Wohnheimplan" festhält. Ein vom Bochumer Studentenwerk projektiertes Studentenwohnheim im „Appartementstil" (Einzelzimmer mit Dusche und Toilette, keine Gemeinschaftsräume) wurde von der Wohnheimberatungsstelle des DSW abgelehnt. Durch diese Ablehnung kam das Bochu-

Wird das Studium teurer?

mer Studentenwerk nicht in den Genuß der ansonsten üblichen Bundes- und Landeszuschüsse, wodurch dieses begrüßenswerte Projekt wieder fallengelassen werden mußte.

Während der letzten Mitgliederversammlung im Oktober 1966 gab es erneut Auseinandersetzungen über die Frage, wie die Darlehensverwaltungsgebühren verwendet werden sollen. Ein vom Studentenwerk der Universität Köln vorgelegter Antrag, wonach die überschüssigen Beträge in den „Darlehenstopf" des Bundesinnenministeriums zurückfließen sollen, wurde bedauerlicherweise vertagt. Ebenfalls vertagt wurde die für den Fortbestand des DSW so wichtige Diskussion und Beschlußfassung über die dringend notwendige Änderung der Satzung. Nach der augenblicklich gültigen Satzung stellen die Studentenschaften im Vorstand des DSW nur drei von insgesamt 8 Mitgliedern.

Der Vorschlag der Studentenschaften sieht vor:

Den Vorstand auf insgesamt 6 Mitglieder zu reduzieren.
Den Vorstand mit je 3 Professoren und 3 Studenten paritätisch im Sinne echter Partnerschaft zu besetzen.

Die Freiburger Mitgliederversammlung konnte sich leider noch nicht zu diesen Beschlüssen durchringen. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im März 1967 soll erneut und ausschließlich über diese Probleme diskutiert werden.

Es bleibt zu hoffen, daß eine für alle interessierten Kreise akzeptable Lösung gefunden wird, denn sonst ist der Fortbestand des DSW nicht mehr gewährleistet. Mehrere Studentenschaften haben bereits ihren Austritt aus dem DSW für den Fall angekündigt, daß man ihren Wünschen nicht Rechnung trägt. Es wäre wirklich bedauerlich, wenn eine Institution wie das DSW, bedingt durch Kompetenz- und Satzungsstreitigkeiten, auseinanderbrechen würde.

Fairneß und Rücksichtnahme aller Beteiligten müßten eine sinnvolle Lösung der anstehenden Probleme ermöglichen.

Die Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes NRW zahlen bisher neben den einmaligen Immatrikulations- und Exmatrikulationsgebühren je Semester je DM 80,— und je belegte Wochenstunde DM 2,50. Die Studiengebühr ermäßigt sich nach Erreichen der Pflichtsemesterzahl um die Hälfte auf DM 40.—.

Durch diese Regelung wird der studentische Geldbeutel im Verlauf des Studiums recht unterschiedlich belastet. Zu Beginn des Studiums zahlt der Student, da er mehr Vorlesungen und Seminare belegt, erheblich mehr als am Ende in den Examenssemestern, da er dann meist nur noch einige Seminare belegt. Auch die finanzielle Belastung in den einzelnen Fakultäten ist nach dieser Gebührenordnung naturgemäß recht unterschiedlich.

Einem im vergangenen Jahr von der ständigen Konferenz der Kultusminister gefaßten Beschluß entsprechend beabsichtigte Kultusminister Mikat, nun auch in NRW die Pauschalierung der Studiengebühren und des Unterrichtsgeldes einzuführen. Ein erster Versuch, dies schon zum jetzigen Wintersemester zu tun, scheiterte am Einspruch des Landesfinanzministers, der dieser Pauschalierung auf DM 80,— nicht zustimmen wollte.

Nach scharfer Zurückweisung von Mikats Vorschlag durch das Bonner Studentenparlament im Oktober 1966 und einer differenzierenden Stellungnahme der Landesversammlung der nordrhein-westfälischen Studentenschaften zur Pauschalierung im November 1966, hoffen die Studenten, nachdem im Dezember 1966 Mikat das Ministerium an Holthoff übergeben hatte, der SPD-Kultusminister würde die generelle Abschaffung der Studiengebühren nach hessischem Vorbild verwirklichen. Doch das Ministerium hielt nach wie vor an dem geplanten Pauschalbetrag von DM 160,— fest. Begründet wurde die Pauschalierung u. a. damit, daß mit ihr ein hohes Maß an Rationalisierung erreicht und den Studenten die Möglichkeit gegeben werde, exakt zu berechnen, was sie z. B. ein 12- oder 14semestriges Studium kosten würde. Eine Einheitspauschale für alle Fakultäten hätte den Vorteil, daß kein Student bei der Wahl des Studienfaches durch die Kosten beeinflußt werde.

In diesen Punkten stimmten Studenten und Ministerialbeamte noch überein. Zum casus belli aber wurde die Frage, ob wie bisher nach Erreichung der Pflichtsemesterzahl die Gebühr ermäßigt werden soll, wofür die Studenten mit guten Argumenten stimmen. Das Ministerium erbat sich eine schriftliche Begründung, will aber an der eingeschlagenen Marschroute unbedingt festhalten, denn „der Finanzminister braucht die Einnahmen aus den Studiengebühren".

Stellungnahme des Landes NRW zur Neuordnung der Gebührenordnung

„Bezug nehmend auf unser Gespräch über die Pauschalierung der Studiengebühren am 22. Dezember 1966 teilen wir Ihnen nachstehend die Ansicht der Studentenschaft des Landes NRW zu diesem Fragenkomplex mit:

(1) Die Studentenschaft des Landes NRW erwartet weiterhin vom Kultusminister die Verwirklichung seines Versprechens, die Studiengebühren generell abzuschaffen.
(2) Sofern der Kultusminister nicht willens oder in der Lage ist, dieses Versprechen einzulösen, erwartet die Studentenschaft, daß folgende Regelung beschlossen wird:
   (a) Es ist eine für alle wissenschaftlichen Hochschulen des Landes einheitliche Regelung zu treffen (d. h. Pädagogische Hochschulen und Universitäten, die Sporthochschule Köln und die TH Aachen werden gleichbehandelt.)
   (b) Die Unterrichts-Pauschale darf nicht nach Fakultäten, Fakultätsgruppen oder Fächern differenziert werden.
   (c) Eine Differenzierung ist nach der Semesterzahl durchzuführen.

Bei dem Gespräch am 22. Dezember 1966 wurde deutlich, daß das Kultusministerium bereit ist, unseren unter (2a) und (b) dargelegten Wünschen nachzukommen.

Über den Punkt (2c) konnte keine Einigung erzielt werden. Unseren

Warten auf die Demokratie

Wunsch, eine Differenzierung nach der Semesterzahl durchzuführen, begründeten wir wie folgt: Es ist bekannt, daß ca. 30 Prozent aller Studierenden an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes NRW ihr Studium nicht aus Mitteln der Eltern, naher Verwandter oder Stipendien finanzieren. Es muß also angenommen werden, daß es sich bei diesen Studierenden um sogenannte „Werkstudenten" handelt. Bekanntlich ist es für Werkstudenten in den höheren Semestern besonders schwierig, die für das Studium notwendigen Mittel aufzubringen, da sie durch ihre Examensvorbereitungen voll ausgelastet sind. Um diesen Studenten eine Erleichterung zu verschaffen, möchten wir, daß sie einen geringeren Anteil an die Universität zahlen müssen als zu Beginn ihres Studiums.

Ohne hier näher auf die Versäumnisse des Gesetzgebers in Sachen „Studienförderung" einzugehen (bekanntlich fordern die deutschen Studentenschaften seit langer Zeit ein bundeseinheitliches Ausbildungsförderungsgesetz), möchten wir Sie dringend ersuchen, unsere berechtigten Forderungen bei der Neuordnung der Gebührenordnung zu berücksichtigen."

Bis auf ganz wenige Ausnahmen würde die Pauschalierung der Studiengebühren in der jetzt vorgesehenen Höhe für die Studenten eine zusätzliche Belastung ihres ohnehin schon strapazierten Geldbeutels bedeuten: Auf 160 DM Gebühren im Semester bringen es im allgemeinen nur die Übereifrigen. Ganz abgesehen davon reduzierte sich bisher nach den Pflichtsemestern die Anzahl pflichtmäßig zu belegender Stunden. Solche Vergünstigungen werden, wenn der Pauschalisierungsplan des Kultusministeriums realisiert wird, in Zukunft wegfallen. Es liegt der Verdacht nahe, daß hinter dieser Verschlechterung der materiellen Situation gerade der Studenten mit höherer Semesterzahl sich das Motto verbirgt: Studier schneller, Genosse. Als läge es nur an den Studenten und nicht zumindest auch an der Studiensituation, daß heute so viele Studenten so lange an der Universität bleiben müssen. Alles in allem: Das Studium wird teurer.

„Nordrhein-Westfalen ist ohne Zweifel das bedeutendste derjenigen deutschen Länder, die die Nachfolge Preußens angetreten haben. Zahlreiche Verlautbarungen seiner führenden Politiker zeigen, daß das Land die Verpflichtung seiner Tradition erkannt hat."

Nicht ohne Hintersinn leitete die Studentenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen vor gut vier Jahren eine Denkschrift zum Studentenschaftsrecht mit diesen Sätzen ein. Angesichts der fortschreitenden Hochschulpolitik, die der preußische Kultusminister C. H. Becker während der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts betrieb, enthalten sie zugleich Lob und Ansporn für die nordrhein-westfälischen Kulturpolitiker, diese progressive Tradition der Hochschulpolitik besonders auf dem Gebiet des Studentenschaftsrechts fortzusetzen. (In der „Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an den preußischen Hochschulen" vom 18. 9. 1920 war zum erstenmal die Studentenschaft staatlich anerkannt und mit Aufgaben der Sozialfürsorge, Vertretung der studentischen Interessen im Rahmen der Hochschule und gegenüber der Gesellschaft etc. betraut worden.)

Zwei Dinge waren es vor allem, die Nordrhein-Westfalens Studenten in ihrer Denkschrift („Preußisch-blau" der Einband) beklagten und auch geändert haben wollten:

- daß sie wichtige Bereiche ihrer Selbstverwaltung verloren habe und
- daß ihrer Arbeit immer noch die rechtliche Grundlage fehle.

Daher schlugen sie ein Gesetz über die Studentenschaften der wissenschaftlichen Hochschulen vor, dessen wesentliche Punkte sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

(1) Alle Studenten einer wissenschaftlichen Hochschule bilden die Studentenschaft.
(2) Die Studentenschaft verwaltet ihre eigenen Angelegenheiten selbst und wirkt an der Selbstverwaltung der Hochschule mit.
(3) Eigene Angelegenheiten der Studentenschaft sind:
   (a) Förderung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtsein der Studenten;
   (b) Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder;
   (c) Wahrnehmung der wirtschaftlichen Selbsthilfe;
   (d) Pflege internationaler Studentenbeziehungen;
   (e) Unterstützung der künstlerischen und musischen Interessen der Studenten;
   (f) Pflege des Studentensports.
(4) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Studentenschaft Beiträge.
(5) Alles weitere regelt die Satzung der Studentenschaft, die diese sich selbst gibt.

Diese Vorschläge zielten auf nichts anderes, als die alten, durch den Nationalsozialismus beseitigten preußischen Studentenschaftsbestimmungen erneut in Kraft zu setzen.

Die Denkschrift entstand, wie gesagt, vor mehr als vier Jahren. Was ist in der Zwischenzeit aus den Anregungen der Studentenschaft geworden?

Nun, wir leben in Deutschland. Also wurde ein Ausschuß einberufen, dem Professoren, ein Kanzler, der Geschäftsführer eines Studentenwerkes und auch Studenten angehörten.

Inzwischen ist die Arbeit dieses Ausschusses nahezu abgeschlossen. Ihre Ergebnisse sind, zumindest aus studentischer Sicht, insofern positiv, als sie den Vorstellungen der Studentenschaft weitgehend entsprechen. Vor allem gilt dies für den Aufgabenbereich, der einer studentischen Selbstverwaltung übertragen werden soll.

Zu der entscheidenden Frage allerdings, wie die Regelung erfolgen soll — durch Gesetz, durch Hochschulsatzung oder durch Ministerialerlaß — konnte und wollte der Ausschuß sich nicht äußern.

Gewiß, der Ausschuß hat fleißig gearbeitet. (Obwohl er sich wegen seiner Mitgliedschaft in diesem erlauchten Gremium für befangen hält, glaubt der Ver-

fasser dem Ausschuß dieses kleine Lob nicht vorenthalten zu dürfen, zumal er es seinen Kollegen zugewandt wissen will.) Dennoch hat sich solange weder rechtlich noch faktisch etwas geändert, wie die Frage der Rechtsstellung der Studentenschaft ungeklärt bleibt.

Die jetzige Lage ist mehr als unbefriedigend. Von niemandem, der sich jemals mit Fragen des Hochschulrechts befaßt und sich zu ihnen geäußert hat, wird ernsthaft bestritten, daß gerade das Studentenschaftsrecht einer Neuordnung bedarf.

Wie dringlich eine solche Neuordnung besonders in Nordrhein-Westfalen ist, beweist allein die Tatsache, daß Konfliktfälle sich in letzter Zeit häufen:

- Der Bonner Student Klinkhammer bestreitet die Berechtigung der wissenschaftlichen Hochschule, Sozialbeiträge zu erheben.
- Das Kultusministerium verweigert der Bochumer Studentenschaft die Genehmigung der Beiträge.
- Das Aachener Studentenparlament beschloß, seine Vertreter aus den Disziplinargerichten zurückzuziehen.

Solche Auseinandersetzungen würden gar nicht erst entstehen, könnte sich die studentische Selbstverwaltung auf eine gesetzliche Grundlage berufen, eine gesetzliche Grundlage, die alle oben angeführten Probleme einbeschließt.

Gegen eine gesetzliche Regelung der Rechtsstellung der Studentenschaft wird immer wieder eingewandt, daß eine solche Regelung nur durch Hochschulsatzung erfolgen könne, da Artikel 16 der Landesverfassung nur dies erlaube. Das in mehr als einer Hinsicht bedenkliche Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster vom 8. 9. 1966, in dem der wissenschaftlichen Hochschule das Recht zuerkannt wird, Beiträge zur studentischen Krankenversorgung (aber nicht mehr!) zu erheben, hat doch den Vorzug, in dieser Frage Klarheit geschaffen zu haben: Das Urteil stellt ausdrücklich fest, daß die Satzungsautonomie der wissenschaftlichen Hochschule, wie sie Artikel 16 garantiert, eine gesetzliche Regelung nicht hindert.

Es ist daher an der Zeit, daß sich der nordrhein-westfälische Gesetzgeber mit der Neuordnung des Studentenschaftsrechts befaßt.

Die Arbeit der Studentenschaft ist gegenwärtig in mehr als einer Hinsicht in ihrer Substanz bedroht. Wichtige Aufgaben, die ihrer Natur nach dem Bereich studentischer Selbstverwaltung angehören sollten, hat das Studentenwerk usurpiert. (Überhaupt wird das Studentenwerk ja mehr und mehr in der Hochschule zu einer „dritten Kraft", die ihre Interessen — das zeigt sich besonders auf Bundesebene — notfalls auch gegen Studentenschaften und Hochschulen durchzusetzen vermag.) Hinzu kommt, daß der Studentenschaft nach wie vor eine rechtliche Sicherung ihrer Selbstverwaltung fehlt. Solange die Rechtsstellung der Studentenschaft ungeklärt bleibt, sieht sie sich ständig Übergriffen von seiten der Hochschulsenate, aber auch von seiten des Kultusministeriums ausgesetzt. Beides zusammen resultiert in einer Situation, in der von einer echten Selbstverwaltung der nordrhein-westfälischen Studentenschaft kaum gesprochen werden kann.

Der Gesetzgeber kann sich nicht länger einer Entscheidung entziehen:
Will er eine studentische Selbstverwaltung als Bestandteil einer demokratischen Ordnung, oder will er sie nicht?
Will er sie, dann muß er ihr auch die rechtlichen Grundlagen schaffen.
Will er sie nicht, dann sollte er das endlich ohne alle Umschweife eingestehen.

Dann aber sollte er auch nicht länger von einer „besonderen Verantwortung" des Studenten sprechen. Denn es geht nicht an, die Studenten immer wieder auf ihre besondere Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft hinzuweisen und ihnen gleichzeitig die Gestaltung ihres eigenen Lebensbereiches vorzuenthalten. Schließlich sind die Studenten in ihrer Mehrzahl mündige Staatsbürger.

Den verantwortungsbewußten Studenten kann es und wird es nicht ohne einen Bereich studentischer Verantwortung geben. Wer den verantwortungsbewußten Studenten will — und wer wollte ihn nicht! —, der muß auch bereit sein, ihm wirklich Verantwortung zu übertragen.

In einem „Beitrag zur Neuordnung des Studentenrechts" formuliert Theo Tupetz eindringlich die Bedeutung der Selbstverwaltung in der demokratischen Gesellschaft:

„Selbstverwaltung im Staat ist ein Wesenselement der Teilnahme der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten überhaupt ... Dem liegt der ebenso einfache wie einleuchtende Gedanke zugrunde, daß die mündigen Staatsbürger nicht nur Gegenstand staatlicher Betreuung und Fürsorge sein können.

Es ist ein Wesenszug unserer Grundrechtsordnung, daß der Staat seinen Bürgern alles das zur selbstverantwortlichen Erledigung überläßt, wozu es der Mitwirkung der übergeordneten Gemeinschaft als solcher im Wege des Gemeinschaftshandelns der erschöpfenden gesetzlichen Regelung durch Parlamente und Verwaltungen nicht bedarf. Die Bürger selbst müssen am Gemeinschaftshandeln in kleineren Selbstverwaltungsverbänden soviel wie möglich beteiligt bleiben. Sie müssen — wie es der Idee der Demokratie entspricht — Mitträger der Verantwortung für ihre Gemeinschaft sein. Eine Apparatur besonderer Verwaltungsorgane darf ihnen diese Verantwortung nicht abnehmen ... Je mehr der einzelne eigene Entscheidungen — aus welchen Gründen auch immer — dem Staat überläßt, um so schneller müssen die Kräfte eigenverantwortlichen Handelns verkümmern.

Echte Demokratie besteht aber darin, das Genossenschaftliche im Staat und in seinen öffentlich-rechtlichen Gebilden sich voll auswirken zu lassen, das Bürokratische dagegen in den gehörigen Schranken zu halten."

Den Studenten Nordrhein-Westfalens fehlt nach wie vor ein vom Gesetzgeber gesicherter Selbstverwaltungsbereich. Die Wirkung, die diese Situation im demokratischen Bewußtsein der Studenten hervorruft, sollte fairerweise nicht ausgerechnet denen angekreidet werden, die unter ihr leiden.

Et cetera

Promotions-ordnung contra Grundgesetz

Der Doktorgrad, höchste Würde, die die Universität dem Studenten erteilen kann, gehört zugleich zum Umstrittensten an der Hochschule. Im folgenden geben wir eine Zusammenfassung der Gedanken wieder, die der Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität des Saarlandes, Professor Dr. jur. Wilhelm Karl Geck, in einem Vortrag zu dem Thema „Wenn der Doktorgrad zur Ausbildung gehört" entwickelt hat.

Nach der herrschenden Rechtssprechung und Lehre sind die Promotionsordnungen autonome Satzungen, d. h. abstrakte und generelle, auf hoheitlicher Gewalt beruhende Rechtsnormen eigenständiger, dem Staat eingeordneter Verbände. Wie die Satzungsgewalt anderer Körperschaften bedarf auch die der Fakultäten einer staatlichen Ermächtigung durch höherrangige Normen. Als Rechtsgrundlage für den Erlaß jedenfalls von Promotionsordnungen kommt im Grundgesetz nur Artikel 5 Absatz 3 in Betracht, der die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre gewährleistet. Die der Satzungsgewalt der Fakultäten vom Grundgesetz gezogenen Grenzen ergeben sich einmal aus Artikel 12 Absatz 1; zum anderen handelt es sich um immanente Schranken der Satzungsbefugnis durch die von Artikel 5 Absatz 3 geschützte Freiheit von Forschung und Lehre.

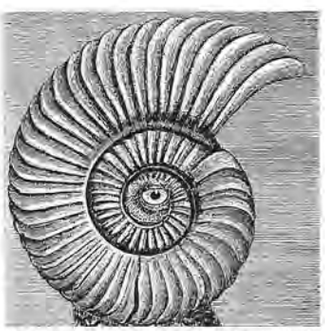
Die Promotionsordnungen sind zuerst auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundrecht der Berufsfreiheit zu prüfen.

Nach Artikel 12 Absatz 1 haben alle Deutschen das Recht, den Beruf frei zu wählen. Für eine nicht unbeträchtliche Zahl von Akademikern ist die Promotion rechtliche Voraussetzung für die Zulassung zum Beruf. Die Stellenvermehrung in den wissenschaftlichen Hochschulen hat den betroffenen Personenkreis sehr ausgeweitet. Mit der Promotion ist jedoch nicht gewährleistet, daß der gewählte Beruf tatsächlich auch ausgeübt werden kann. Bei Berufen im öffentlichen Dienst stößt der Berufswunsch des Bewerbers auf die ebenfalls verfassungsrechtlich gesicherte Organisationsgewalt des gewählten Dienstherrn. Die Stellenzahl und die Auslesebefugnis des Dienstherrn begrenzen auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Möglichkeit für die Einstellung. Konkret bedeutet das: Es ist verfassungsrechtlich unbedenklich, daß der Zugang zu wissenschaftlichen Berufen vor allem im öffentlichen Dienst von der Erfüllung entsprechender subjektiver Voraussetzungen abhängig gemacht wird, und daß dieser Qualifikationsnachweis in einer wissenschaftlichen Prüfung erbracht werden muß.

Unvereinbar mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind jedoch zwei Regelungen. Verfassungswidrig ist einmal die Bestimmung, daß ein Anspruch auf Promotion (überhaupt) nicht besteht. Diese Vorschrift, von der jedenfalls die juristischen Fakultäten seit Jahren abgerückt sind, ist in der Praxis wohl weniger bedenklich als andere, nämlich als das Erfordernis der Annahme durch einen Doktorvater.

Diese Normen dienen in gewisser Hinsicht den Interessen nicht nur der Fakultäten, sondern auch der Bewerber. Einmal sind viele Bewerber nicht willens oder in der Lage, sich selbst ein Dissertationsthema auszusuchen und/oder es ohne eine gewisse Beratung durch ein Fakultätsmitglied zu bearbeiten. Zum anderen bewirkt die Betreuung durch einen Doktorvater, daß die durchweg überlasteten Dozenten nicht noch mit der Bearbeitung von Dissertationsentwürfen beschwert werden, die vom Thema der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit des Verfassers her von vornherein ungeeignet sind.

Promotion an deutschen Universitäten: Gegenüber dem Grundgesetz auf einem Auge blind.



Promotion an deutschen Universitäten: Im Schneckentempo bis zur Bestätigung der Weisheit.

Dennoch kann dieses Erfordernis von Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes in der zutreffenden Auslegung des Bundesverfassungsgerichtes nicht bestehen. Denn: Jedem Dozenten ist es von Verfassungs wegen freigestellt und muß es, vom Wesen einer freien wissenschaftlichen Hochschule aus gesehen, rechtlich freigestellt bleiben, die Zahl seiner Doktoranden nach vernünftigen Gesichtspunkten zu begrenzen. Hat somit kein Bewerber um den Doktorgrad gegenüber irgendeinem Fakultätsmitglied von vornherein einen Rechtsanspruch auf die Annahme als Doktorand, so hängt jeder Bewerber von der selbstverantworteten Entscheidung der Fakultätsmitglieder ab, die an der für die Promotion in Betracht kommenden Hochschule das vom Bewerber gewünschte Fach vertreten. Diese Einengung des Weges zur Promotion ist mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht an die objektiven Zulassungs-Voraussetzungen für die Berufsaufnahme stellt, nicht vereinbar. Während die meisten Grundrechte nur punktuelle Eingriffe in die

Freiheitssphäre des einzelnen hindern sollen, steht beim Recht der Berufsfreiheit oft die ganze Zukunft eines Menschen auf dem Spiel.

Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes ist nicht geeignet, das nach Artikel 12 Absatz 1 verfassungswidrige Zulassungserfordernis zu rechtfertigen, da das Erfordernis der Annahme durch einen Doktorvater auch im Widerspruch zu der recht verstandenen akademischen Freiheit steht. Die Folge kann nur sein, daß diese Schranke als verfassungswidrig entfällt. Bei Vorliegen aller von der jeweiligen Promotionsordnung aufgestellten rechtmäßigen Voraussetzungen besteht der Anspruch auf Zulassung zur Promotion, also auch jetzt schon ohne die Annahme durch einen Doktorvater.

Zudem: Das Zulassungserfordernis der Annahme durch einen Doktorvater entfällt unter dem Aspekt der Berufsfreiheit nur für die Deutschen, welche die Promotion für ihr Berufsziel unbedingt brauchen. Soll für die Mehrheit der Bewerber um eine Promotion, die etwa als Wirtschaftswissenschaftler in private Unternehmen, als Richter in die Justiz, als Studienräte in den Schuldienst gehen wollen, und die alle für ihren Beruf der Promotion nicht bedürfen, etwas anderes gelten? Bei einer unvoreingenommenen Betrachtungsweise kann die Antwort nur verneinend lauten. Die Begründung dafür sollte nicht über den Gleichheitssatz gesucht werden. Sie ergibt sich für deutsche Bewerber aus einem anderen Aspekt des Artikels 12 Absatz 1, nämlich aus dem Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte für jeden.

Das Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte läuft vielfach leer, wenn es nicht auch die Möglichkeit für den Abschluß der Ausbildung umschließt. Eine Institution, die auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Ausbildung nahezu eine Monopolstellung hat, muß unter dem Gesichtspunkt der freien Wahl der Ausbildungsstätte wie des Artikels 5 Absatz 3 auch den Bewerbern offenstehen, die eine wissenschaftliche Ausbildung ohne berufliche Ziele anstreben.

Diese dem Wesen der Promotion als höchster akademischer Abschlußprüfung entsprechende Bestimmung hat in den Prüfungsordnungen für andere akademische Grade regelmäßig kein Äquivalent. Auch das zeigt, daß die Qualifikation zur Förderung der Wissenschaft nach außen hin nur durch den Erwerb des Doktorgrades nachgewiesen und der Bewerber nicht darauf verwiesen werden kann, schon ein Diplom-, Magister- oder Lizentiaten examen biete ihm den angestrebten Nachweis selbständiger wissenschaftsfördernder Arbeit. Daraus folgt, daß unbeschadet der grundsätzlichen Regelungsbefugnis der Fakultäten auch vom Grundrecht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte her die Bestimmungen der Promotionsordnungen verfassungswidrig sind, die einen Anspruch auf Zulassung zur Promotion den deutschen Bewerbern verweigern, welche die rechtmäßigen Voraussetzungen der Promotionsordnungen erfüllen. Dieses Ergebnis wird nicht verstärkt, wenn man die freie Wahl der Ausbildungsstätte im Zusammenhang mit dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes) sieht.

Lehre im Dienste des Ruhrbergbaus

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung und die Veränderungen der technischen Einrichtungen der Grubenbetriebe stellen dem bergmännischen Fortbildungswesen ständig neue Aufgaben. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Anstrengungen der Bergschulen um die Fortbildung ihrer Schüler wegen der zunächst ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse nur allmählich wieder aufgenommen werden. Im Jahre 1951 begann in Bochum die Abteilung „Betriebsführung unter Tage" mit einem Lehrgang für Oberklassenabsolventen, die von den Zechen als Obersteiger und Betriebsführer vorgesehen waren. Ihnen vermittelten zahlreiche Fachvorträge die neuesten Erkenntnisse vornehmlich der technischen und in zunehmendem Umfang der wirtschaftlichen Betriebsführung.

Zu seinen Bewerbern werden Bewerber zugelassen, die nach dem erfolgreichen Abschluß einer Bergschuloberklasse, einer Bergakademie oder der Bergbaulichen Fakultät einer Technischen Hochschule wenigstens zwei Jahre als Oberbeamte tätig waren. Das Seminar dient dem gelenkten Erfahrungsaustausch der Teilnehmer auf Grubenfahrten, Werksbesichtigungen und Aussprache-Nachmittagen mit Referaten der Lehrgangsteilnehmer und Vorträgen von Fachleuten. Behandelt werden neben dem Stand der Bergtechnik insbesondere Führungsaufgaben und Führungstechnik, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Grubenbetriebe.

Selbstverständlich blieben die Maßnahmen der Westfälischen Berggewerkschaftskasse zur Fortbildung von Grubenbeamten nicht auf die Betreuung zukünftiger Betriebsführer und Betriebsinspektoren beschränkt. Seit dem Jahre 1954 fanden in Bochum Fortbildungslehrgänge für Grubenbeamte über die Mechanisierung unter Tage und den Einfluß der mechanischen Kohlengewinnung auf Betriebsorganisation und Betriebsplanung, die Druckluft - Energiewirtschaft unter Tage, die Mechanisierung des Vortriebs von Gesteinsstrecken und die Schmierung und die Grubensicherheit statt. Für die Elektroaufsichtspersonen waren Lehrgänge bestimmt, die vor allem die Hochfrequenztechnik und ihre Anwendung unter Tage behandelten.

Seit dem Jahre 1955 führten das Kokereilaboratorium und dann fünf Jahre später auch das Aufbereitungslaboratorium Aussprache abende über aktuelle Spezialfragen für die Absolventen der entsprechenden Spezialsteigerlehrgänge der Bergschule Bochum durch. Die Schießsachverständigenstelle der Westfälischen Berggewerkschaftskasse bildet Schießsteiger und Schießmeister auch für die Bergwerke am linken Niederrhein aus. Den Aufgabenbereich veränderte auch die mit der Einführung der Millisekundenzünder verbundene Umstellung der Schießtechnik, die auch mit ganz neuen Verfahren aufwartete. Die Schießstelle für Grubenbewetterung schult seit dem Jahre 1953 Grubensteiger für die Übernahme von Wettersteigerstellen. Wegen Überlastung mußte sie allerdings die Ausbildung von Wettersteigern für den Erzbergbau an die Bergschule Siegen abgeben.

Die übrigen deutschen Bergschulen standen mit ihren Bemühungen um die Fortbildung von Grubenbeamten nicht zurück. Von der Braunkohlenbergschule Köln mitbestimmt, entstand 1954 die „Fortbildungsgemeinschaft im Rheinischen Braunkohlenbergbau". Die Bergschulen Clausthal und Aachen folgten mit Fortbildungslehrgängen.

Ausreichende Räume und technische Einrichtungen vermochten allein aber die deutschen Bergschulen nicht zu den Höchstleistungen zu befähigen, wie sie die Beanspruchung aller Kräfte zum Wiederaufbau des deutschen Bergbaus und zur Überwindung seiner heutigen Krise forderte. Wie die aller anderen Schulen können auch die Ausbildungsleistungen der deutschen Bergschulen nur den Fähigkeiten ihrer Lehrer entsprechen. Hochschulen und Universitäten vermittelten den Bergschullehrern die theoretische Vorbildung in den Bergwissenschaften und den einzelnen Spezialgebieten, mit deren Vertretung sie an den Bergschulen beauftragt waren. Dieses Wissen mit den neuesten Ergebnissen der Forschung zu vervollkommnen und in der Verbindung zur praktischen Anwendung fruchtbar zu machen, empfinden die Bergschullehrer als eine selbstverständliche Pflicht und die Bergschulen als eine ihrer Aufgaben.

Die Vertreter der einzelnen Fachrichtungen an den Bergschulen der Westfälischen Berggewerkschaftskasse fanden sich zu Arbeitskreisen oder Arbeitsgemeinschaften zusammen. Einer dieser Arbeitskreise, der für Kultur- und Lebenskunde und Betriebssoziologie, wuchs über den engeren Rahmen der Westfälischen Berggewerkschaftskasse hinaus zu Arbeitstagungen der Lehrer dieses Fachgebiets an allen westdeutschen Bergschulen. Seit dem Jahre 1950 führt eine jährlich zum Schluß der Sommerferien veranstaltete Lehrerstudienfahrt die Bergschullehrer in deutsche und ausländische Bergbaugebiete und in Unternehmen der Bergbau-Zuliefererindustrie.

Auf einer Zusammenkunft im Jahre 1957 beschlossen die Bergschuldirektoren, der pädagogischen Vorbildung der jüngeren Bergschullehrer künftig verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Es fanden seitdem pädagogische Kurzlehrgänge statt. Fachschulpädagogen behandelten grundsätzliche Fragen der Unterrichtsmethode, und erfahrene Bergschullehrer führten Unterrichtsbeispiele vor, die man eingehend erörterte. In den letzten Jahren hielt man in Düsseldorf gemeinsam mit dem Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft Seminare für Dozenten an Bergschulen ab. 1961 kam ein Betriebswirtschaftliches Seminar in Clausthal hinzu.

Diese Maßnahmen zielten auf eine methodische Gestaltung der immer mehr an Bedeutung gewinnenden Fachgebiete Betriebsstudien, Arbeitsbewertung, Gedingekalkulation, Kultur- und Lebenskunde, Betriebssoziologie, Betriebspädagogik, Arbeitsrecht und Unfallverhütung. Schließlich erhält jeder neu in den Lehrkörper einer Bergschule der Westfälischen Berggewerkschaftskasse eintretende Bergschullehrer einen älteren Kollegen als „Mentor", der ihn bei der Vorbereitung und Durchführung des Unterrichts berät.

Die Bergschulen und ihre Träger dürfen gewiß sein, daß trotz der starken Vergrößerung der Lehrkörper nicht nur sorgfältig vorgebildete, sondern auch mit dem Wesen des Bergbaus und dem neuesten Stand der Berufspädagogik vertraute Lehrer die zukünftigen Aufsichtsbeamten des Bergbaus unterrichten. In den Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften arbeiteten die Bergschullehrer an den Anstalten der Westfälischen Berggewerkschaftskasse Pläne für den Stoffinhalt der einzelnen Unterrichtsfächer und für neue Lehrmethoden aus und entwickelten neue Lehr- und Lernmittel. So wirkte sich der Erfahrungsaustausch der Bergschullehrer unmittelbar auf den Unterricht an den Bergschulen aus, dessen Fortschritte in der Vergangenheit mit denen des Bergbaus Schritt gehalten haben.

Trotz aller Bemühungen der Bergschulfachleute, die Ausbildung in den Steiger- und Betriebsführerklassen der Bergschulen der immer weiter fortschreitenden Bergbautechnik anzupassen, stellte sich Ende der 50er Jahre heraus, daß das in seinen Grundlagen aus dem 19. Jahrhundert übernommene System der Bergschulausbildung nicht mehr genügte, um dem technischen Grubenbeamten das erforderliche Wissen und Können zu vermitteln. Um die ihm anvertrauten, zunehmend konstruktiv bis ins Detail durchgebildeten Maschinen, die bei den modernen Verfahren von Gewinnung und Förderung immer zahlreicher werden, technisch richtig und wirtschaftlich sinnvoll einsetzen zu können, muß er ein gediegenes Ingenieurwissen besitzen und gelernt haben, es anzuwenden. Die vorwiegend praktische Vorbildung der bisherigen Bergschüler reicht jedoch nicht aus, um auf ihrem durch Vorschulkurse erweiterten Volksschulwissen ein technisch-wissenschaftliches Studium zum Ingenieur aufzubauen. Um begabte und geeignete Facharbeiter ohne „Mittlere Reife" an die Ingenieurschulen der einzelnen Berufszweige heranzuführen, richteten die Berufsschulträger in der Bundesrepublik im Zuge des zweiten Bildungsweges Berufsaufbauschulen ein. Im Jahre 1960 folgten die Bergberufsschulen mit der gleichen Einrichtung. Als dreieinhalb Jahre später die ersten Bergleute mit der „Fachschulreife" die Berufsaufbauschulen verließen, konnte die Einrichtung der ersten „Ingenieurschule für Bergwesen" in der Bundesrepublik bei der Westfälischen Berggewerkschaftskasse 1963 in Bochum folgen. Sie ist eine sogenannte „Vollzeitschule" ohne begleitende Praxis. Die Ingenieurschule für Bergwesen schließt den bisherigen Bildungsraum der Bergschulen insoweit ein, als die Bergschulen bisher schon ingenieurtechnische Kenntnisse vermittelten. Sie erweitert und vertieft diesen Raum aber wesentlich nach der mathematisch - naturwissenschaftlichen Seite, um echte Ingenieure auszubilden. Damit ist die von den im Bergbau tätigen Führungskräften der mittleren Ebene immer wieder erörterte Frage der Gleichstellung der Absolventen der Bergschulen mit denen der Ingenieurschulen endgültig gelöst.

Beispiele

Streik, wie ihn das Dramolett von Erwin Sylvanus „zerredet", ist sozusagen ein unverhoffter Feiertag, den diesmal nicht der Staat, sondern die Gewerkschaft schenkte. Gluchowskis Reportage eines Arbeiteraufstandes gegen die Polizeigewalt mutet dagegen fast wie eine — allerdings lebendige — Reminiszens an die kämpferische Zeit von Crimmitzschau an.

Schon 1960 erinnerte Walter Jens, irritiert von einem ganz offenbaren Mangel der westdeutschen Literatur, die „den Menschen im Zustand eines ewigen Feiertags" beschreibe: „Arbeiten wir nicht? Ist unser tägliches Tun so ganz ohne Belang?" Es liegt uns fern, zu sagen, daß die Gruppe 61 diesen Mangel abgestellt habe. Das kann nicht Aufgabe einer Gruppe sein. Aber sie stellt sich doch der kompliziert gewordenen Wirklichkeit, ohne sie zu reglementieren, hat den ernsthaften Willen, zu beweisen, daß sich die Welt der Technik durchaus nicht der Darstellung entzieht und daß das Schlagwort von der Deshumanisation — sei es der Technik, sei es der Kunst im industriellen Zeitalter — lediglich das Eingeständnis vorzeitiger Resignation ist. Es hat den Anschein, als werde die Gruppe 61 mehr und mehr von anderen, zumal jungen Autoren so verstanden. Die Frage, ob es „Arbeiterdichtung" heute noch geben kann, ist irrelevant; entscheidend ist vielmehr, daß die Gruppe 61 eine bedeutende Richtung anzeigte.
„Aus der Welt der Arbeit. Almanach der Gruppe 61 und ihrer Gäste", hg. Max von der Grün und Fritz Hüser (Luchterhand: 1966), Auszug aus dem Nachwort von Wolfgang Promies.

Hildegard Wohlgemuth

Abendmahl im Ruhrgebiet

In die dumpfe Luft gestoßen
Stämme: Stahl und Stein,
saugend aus den opfergroßen
Erdenbrüsten Brot und Wein.

Auf dem schwarzen Leib
verknotet
liegt Geäder-Rohr.
Und die höchste Esse lotet
seine Blutbahn vor.

Stahlarterien, Venen drängen
heiß in die Monstranz,
wo sich alle Pulse mengen
in verwandelte Substanz.

Wölbt versunkener Sonnensamen
Tabernakel um den Schlot,
knien wir im Arbeits-Amen
vor dem Wein und vor dem
Brot.

Artur Granitzki

Herz im Beton

Herz schlägt heißer im Beton
wenn die Maschinen toben
Poliere stöhnen Gängelsong
und der Meister grinst von
oben

Zwar ist er nur im Geiste da
doch ist er stets zu spüren
Auch junge Leute sagen ja
und lassen sich verführen

Hängt noch eine Stunde dran
Ich zahle Überstunden!
So holt auch der kleine Mann
sich seine Wirtschaftswunden

Und jeder träumt vom alten
Trott
und tobt doch im Akkorde
Im Himmel selbst der liebe
Gott
ist wieder wach geworden

Er träumte schön im Dienstgemach
beim Schlafgesang der
Glocken
Nun hat ihm der Maschinenkrach
den schönsten Traum
zerschrocken

Als der schöne Traum zerschrak
fiel sein Bild von allen
Wänden
Transistoren mit Gequak
sieht man nun in jungen
Händen

Kurt Küther

Hauer Gustav denkt voraus

Ich bin Hauer
und ich heiße Gustav.
Auf der achten Sohle,
in Flöz Zollverein,
setz' ich Stempel.
Der Hobel schält die Kohle
und die kippt man auf die
Halde.
— Sie wird nicht mehr
gebraucht.

Ich heiße Gustav
und ich bin Hauer fünfzehn
Jahre schon.
Auf der achten Sohle, in Flöz
Zollverein,
hab' ich Anspruch auf den
Hausbrand
und auf Bergmannsrente;
meine Frau putzt ein Büro —
wir sparen auf ein Auto:
Opel oder Ford — gebraucht.

Noch bin ich Hauer
und ich heiße Gustav.
Da auf der achten Sohle
kommt mir, in Zollverein,
die Sache mit der Kohle
langsam komisch vor.
Ich glaub' ich pfeife auf den
Hausbrand
und auf Bergmannsrente.
Schrottautos kippt man auch
auf Halde.
Doch Hilfsarbeiter — bei
Ford und Opel —
werden noch gebraucht.

Preisausschreiben

(1)

Wieviel Jahre Flugpraxis muß ein Lufthansa-Pilot mindestens haben, um Flugkapitän auf einer Langstrecken-Boeing 707 zu werden?

(a) 5 Jahre (b) 7 Jahre (c) 9 Jahre

(2)

Welchen Typ verkörpert die Lufthansa-Stewardess?

(a) Gastgeberin (b) Pin-Up Girl (c) Serviererin

(3)

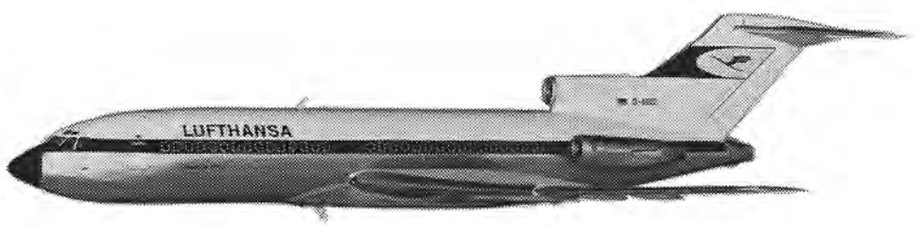
Wieviel Liter alkoholische Getränke sind an Bord einer Boeing 707 Jet-Intercontinental der Lufthansa?

(a) 95 Liter (b) 120 Liter (c) 145 Liter

Zu gewinnen sind:

1. Preis eine Flugreise nach Kopenhagen
2. Preis eine Flugreise nach London
3. Preis eine Flugreise nach Paris mit der Lufthansa

Außerdem erhält jeder der drei Gewinner ein Taschengeld von DM 300,—



Die Lösung jeder der drei Fragen schreiben Sie bitte auf eine Postkarte und senden diese an folgende Adresse: der Ruhr-Student, 5000 Köln-Sülz, Universitätsstraße 16. Einsendeschluß 31. März 1967, Poststempel entscheidet. Gehen mehrere richtige Lösungen ein, so entscheidet das Los. Rechtsweg ausgeschlossen. Die Gewinner werden direkt benachrichtigt sowie in Heft 8, Mai 1967, des Ruhr-Student veröffentlicht.

Sexualfreud und -neid

„Durch Enthaltsamkeit ist noch nie jemand krank geworden, aber willensstark und fröhlich . . .
Es ist medizinisch ganz klar, daß Enthaltsamkeit nicht schädigt, sondern im Gegenteil ertüchtigt."

(Wölber)

Fall 1
Mitteilung an Fräulein E. N.
Wollen Sie bitte auf den Mahagonischrank keinerlei Flaschen und dergleichen mehr abstellen, auch keine Milchtüten! Eine leere Coca-Cola-Flasche war so exponiert auf der äußersten Vorderkante des Schrankes oben abgestellt, daß diese beim Vorbeigehen durch eine Erschütterung herunterfallen und uns auf den Kopf hätte schlagen können. Um Unfälle zu vermeiden, habe ich meinen Mann veranlaßt, alles vom Schrank herunterzunehmen und Ihren leeren Koffer vorsichtig von der Seite aus auf den Mahagonischrank zu legen, so daß jetzt nichts mehr von Ihren Sachen in unserer Treppenkammer steht.

Sodann müssen wir verlangen, daß Ihre Zimmertür, die von innen weiß lackiert ist, nicht als „Schulschaukasten" (jetzt waren eine große Landkarte und 4 Photobilder mit vielen Tesafilmstreifen angeklebt) mißbraucht wird. Die Verwendung von Klebestreifen oder Nadeln an Wänden und Türen eines guten Zimmers, als das wir es vermietet haben, ist Unfug. Sie wissen zur Genüge, daß wir solchen Unfug nicht dulden.

Nachdem Sie kurz nach Ihrem Einzug uns mit dem obszönen Mädchenakt in Verbindung mit dem weißhaarigen Zerberus angeödet hatten, haben Sie nicht von ungefähr neuerdings Bilder eines Tigers und eines Affen an die Tür geklebt. Lassen Sie solche Anödereien, die auf das Verbot von Herrenbesuch zurückgehen.

Solche Schwierigkeiten haben wir bisher beim Vermieten von möblierten Zimmern nie erlebt.

Bonn, 29. 12. 65
Frau M. X.

Fall 2
Schweigen im Newman-Haus
„In heiterer Gelöstheit", so die Bonner Rundschau, vollzog sich am 2. 7. die offizielle Eröffnung des neuen katholischen Studentenzentrums (2,7 Mill.) an der Koblenzer Straße: Kardinal Frings war aus Köln angereist, um das Newman-Haus einzusegnen. 120 Studenten logieren seit Anfang Mai in dem neuen Heim — und schon wurde einer des Hauses verwiesen. Das eben versuchte man zu verschweigen.

Wenige Wochen nach dem Einzug bereits mußte Studentenpfarrer Henrichs energisch durchgreifen: wegen einer vormittäglichen black-and-white-Intimität im dritten Heimgeschoß, die jäh von einer eindringenden Putzfrau gestört wurde. Der überraschte Kommilitone — sein afrikanischer Kollege hatte ihm die Bettstatt vorübergehend zur Verfügung gestellt — hatte offensichtlich die wöchentlichen Reinigungsstunden nicht einkalkuliert. Wegen „Erregung öffentlichen (!) Ärgernisses" mußte der uneigennützige Weitervermieter auf Zimmersuche gehen. Doch durfte er das Haus („Newmans Geist und praktischer Komfort", Bonner Rundschau) am nächsten Tag noch einmal betreten, um seine Koffer abzuholen.

Das Ganze ging unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich: zwei Wochen später erst erfuhren einige Heimbewohner von dem Vorfall. Der Ruf des Hauses war durch die schnelle und stille Kündigungsaktion nicht zu Schaden gekommen.

Auch nach der Weihe hüllte sich die Heimleitung über diesen Fall in Schweigen. Heimleiter Schmitz zu „akut": „Bringen Sie lieber was über unsere Einweihung! — Das andere überlassen Sie der Bild-Zeitung".

„akut", Juli 1966

Fall 3
Fräulein E. W., Marburg
Sehr geehrtes Fräulein W. Unter Bezugnahme auf unsere Unterredung wiederhole ich hiermit noch einmal meine Kündigung.

Sie wurden am Freitag, dem 17. 12. 1965, von der Wirtschafterin Frau Kolb dabei gesehen, daß Sie mit einem jungen Mann unbekleidet auf dem Bett lagen. Frau Kolb hatte bei Ihnen angeklopft, aber keine Antwort bekommen; das Zimmer war unverschlossen. Sie haben dadurch, daß Sie die Möglichkeit schufen, daß fremde Personen in Ihr Zimmer gelangen und Sie bei Ihrem Treiben sehen konnten, leichtfertig den Ruf des Studentendorfes gefährdet.

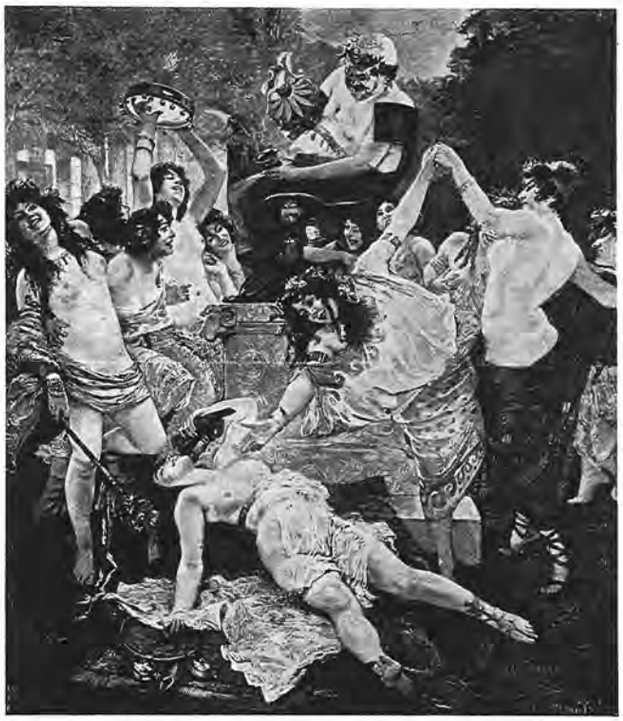
Was für Sie nunmehr zu tun bleibt, werden Sie vom Studentenwerk erfahren, dem ich eine Durchschrift dieses Schreibens zugeleitet habe.
Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. D. Henrich

Entnommen den Pardon-Dokumenten „Lieben und lieben lassen", erschienen im Verlag Bärmeier und Nikel

Es ist medizinisch ganz klar, daß Enthaltsamkeit nicht schädigt, sondern im Gegenteil ertüchtigt.

Der Ruf des Hauses ist durch die schnelle und stille Kündigungsaktion nicht zu Schaden gekommen.

In heiterer Gelöstheit vollzog sich die offizielle Eröffnung des neuen katholischen Studentenzentrums.



Lassen Sie solche Anödereien, die auf das Verbot von Herrenbesuch zurückgehen.

Traum und Wirklichkeit

Den Surrealismus, gar noch das weiter gespannte Thema von Traum und Wirklichkeit zu dokumentieren, ist die Aufgabe für ein großes Museum. Eine Privatgalerie kann immer nur das auf dem Markt Verfügbare heranholen. Um so erstaunlicher ist der akzentuierte Querschnitt durch die phantastische Kunst, den in Köln die geräumige Galerie Gmurzynska mit rund 150 Ölbildern. Aquarellen, Zeichnungen und Collagen von insgesamt 38 Künstlern gibt. Der Wunschtraum dominiert: Man scheint nun einmal am ehesten im Bett zu träumen. Wenn da die Falltüre im Bewußtsein aufgeht, hält es sich an die nächstliegende Wirklichkeit. Doch der Traum trägt sie, wie ein Zaubermantel, in andere Räume und Jahrhunderte.

Victor Brauner
Eva
Aquarell und Wachskreide

Mac Zimmermann
Bildhauer bei der Arbeit
Gouache

Karl Kunz
Illustration zum „Inferno der Göttlichen Komödie",
9. Gesang
Tuschfederzeichnung

Hellmuth Eichner
Die Frau über der Maske des Geliebten
Öl auf Leinwand

Neue Lehrstühle
in Nordrhein-Westfalen:

Kölner Lehrstuhl für Judaistik

Der neu gegründete Lehrstuhl für Judaistik an der Kölner Universität hat eine ungewohnte Publizität gefunden. Als im vergangenen Frühjahr bekannt wurde, daß Professor Dr. Dr. Johann Maier zum Ordinarius für Judaistik berufen worden sei, erreichte eine wahre Flut von Anfragen das Rektorat der Universität zu Köln. Telefonate aus ganz Europa gingen ein. Selbst aus den Vereinigten Staaten wurde ein Anruf registriert.

Das ist eine ungewohnte Resonanz. Denn im allgemeinen wird die Begründung neuer Lehrstühle von der Öffentlichkeit kaum registriert. Und Köln kann auch nicht einmal beanspruchen, als erste und einzige deutsche Universitätsstadt einen Lehrstuhl für Judaistik zu besitzen. Immerhin gibt es bereits seit 1960/61 in Frankfurt einen Lehrstuhl, der bis jetzt allerdings unbesetzt blieb, weil kein jüdischer Gelehrter gewonnen werden konnte. Und auch Berlin hat mit der Jüdischen Lehrkanzel eine Lehrstätte für die Geschichte des Judentums.

Köln verfügt nun über den ersten regulär besetzten Lehrstuhl dieser Disziplin in Deutschland. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, daß sich hier am Rhein vielleicht ein deutsches Zentrum für die Erforschung der Geschichte des Judentums herausbilden wird. Immerhin kann Köln auf eine Tradition zurückblicken. Vor drei Jahren dokumentierte die Ausstellung Monumenta Judaica in einer großartigen Schau die 2000jährige Geschichte und Kultur der Juden am Rhein. Die fast 9000 Bände umfassende Bibliothek der Germania Judaica hat ebenfalls ihren Sitz in Köln.

Der neue Ordinarius ist gebürtiger Österreicher; er hat sein wissenschaftliches Handwerk in Wien und Jerusalem gelernt. Von Haus aus ist Professor Maier Theologe. Den Weg zur Judaistik hat er ganz zufällig gefunden. Nach dem Studium der evangelischen Theologie befaßte er sich weiter mit dem Alten Testament und dem Orient und wurde besonders durch Professor Schubert vom Orientalischen Institut in Wien zur Judaistik geführt. An der Hebräischen Universität in Jerusalem arbeitete er dann über die Textfunde vom Roten Meer. In Israel führten ihn besonders die Professoren Scholem und Kutscher weiter in die Kulturgeschichte des Judentums ein.

Anfang 1960 habilitierte Professor Maier sich mit einer Studie zur Vorgeschichte des Judentums und lehrte dann als Privatdozent in Berlin, wo ihn der Ruf auf den Kölner Lehrstuhl erreichte. Mit 34 Jahren ist Professor Maier heute einer der jüngsten Ordinarien in Köln und in Deutschland überhaupt. Daß er so früh auf diesen Lehrstuhl berufen wurde, verdankt er außer seinen bisherigen wissenschaftlichen Leistungen auch der Tatsache, daß es in Deutschland kaum einen Judaisten gibt.

Denn es ist insgesamt betrachtet um die Erforschung der Geschichte des Judentums schlecht bestellt. Außer in Wien und London wird wohl kaum irgendwo in Europa überragende Arbeit geleistet, und auch in den Vereinigten Staaten lassen sich wohl nur die Forschungen in Cincinnati und New York mit dem vergleichen, was an der Hebräischen Universität in Jerusalem getan wird.

Es ist verwunderlich, daß bisher die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte des Judentums so sehr vernachlässigt wurde; denn schließlich bildet das Judentum neben der Klassik und Spätantike und neben dem Christentum die dritte Säule der europäischen Kultur, deren Bedeutung bis in die Gegenwart hinein etwas zu sehr unterschätzt wurde. Die christliche Tradition hat mit den Kirchenvätern die jüdische Geschichte vom Beginn der christlichen Zeitrechnung ab mit einem negativen Vorzeichen versehen, ja selbst die Periode des Zweiten Tempels wurde als eine Zeit des Übergangs und der Vorbereitung dargestellt. Bestenfalls brachte das christliche Vorurteil noch den Talmud ins Bewußtsein, jene Kompilation religionsgesetzlicher Texte, die um 500 n. Chr. abgeschlossen war.

Die reiche hebräische Literatur wurde aber nicht beachtet, vor allem sah man nicht die wechselseitige Beeinflussung von jüdischer und nichtjüdischer Literatur. Auch die Vermittlerstellung des Judentums zwischen Islam und Christentum wurde ignoriert. Die historische Sicht war auch deswegen erschwert, weil dem jüdischen Volk die territoriale Einheit fehlte, weil seine politische Entwicklung nicht leicht erkennbar war. Das christliche Abendland glaubte lange, das Judentum sei nach Christus geschichtslos und bedürfe keiner besonderen Behandlung, bestenfalls wurde es als untergeordnete Disziplin in der evangelischen oder katholischen Theologie mitbehandelt.

So sieht der Kölner Ordinarius seine Hauptaufgabe darin, die jüdische Geschichte aus ihren eigenen innersten Motiven heraus zu verstehen, anknüpfend an die Hochzeiten religiöser Schöpfung. Schwerpunktmäßig wird Professor Maier die jüdische Literaturgeschichte des Mittelalters erforschen, wobei die Geistesgeschichte — von bloßer Literaturgeschichte emanzipiert — zu einer echten Ideengeschichte werden soll, die der Gesamtgeschichte des jüdischen Volkes einen einheitlichen Rhythmus verleiht. Die biblische Zeit kann — wie Professor Maier glaubt — im Lehrbetrieb relativ kurz behandelt werden, weil sie bereits in der theologischen Forschung weitgehend erschlossen ist.

In Jerusalem hat Professor Maier gelernt, die jüdische Geschichte nicht nach den Wertmaßstäben der europäischen Geschichte zu begreifen. Er hält es für sehr nötig, an der bisherigen theologischen Geschichtsschau einige Korrekturen vorzunehmen. Denn die jüdische Religionsgeschichte läuft nicht in das Neue Testament aus, wie es im christlichen Blickwinkel erscheint, sie läuft kontinuierlich weiter.

Neuerscheinungen, die in die Judentumskunde einführen:
Schalon Ben-Chorin, Zwiesprache mit Martin Buber (Verlag List)
Jochanan Bloch, Judentum in der Krise (Verlag Vandenhoek und Ruprecht)
Cohen, Der natürliche und der übernatürliche Jude (Verlag Alber)
Werner Keller, Und wurden zerstreut unter alle Völker — die nachbiblische Geschichte des jüdischen Volkes (Droemersche Verlagsanstalt)
Werner Kraft, Gespräche mit Martin Buber (Kösel Verlag)

Jaspers - kein Demokrat?

Zur Fundierung einer Diskussion. „Masse ... als die Gesamtheit der Menschen, welche in einem Apparat der Daseinsordnung so gegliedert sind, daß Wille und Eigenschaften der Majoritäten den Ausschlag geben müssen, ist die kontinuierlich sich auswirkende Macht unserer Welt". „Es ist die weltgeschichtliche politische Grundfrage unserer Zeit, ob die Menschenmassen demokratisiert werden können". Das erste Zitat beschreibt den Prozeß demokratischer Willensbildung als die die Gegenwart bestimmende politische Organisationsform. Das zweite stellt Demokratie als noch ausstehend hin. Beide Zitate stammen vom selben Autor. Beide stammen sie aus der gleichen Abhandlung. Sie stammen aus Karl Jaspers' Schrift „Die geistige Situation der Zeit". Der Nenner, auf den zwei dem ersten Blick unvereinbar erscheinende Aussagen zu bringen sind, ist Jaspers' Begriff der Demokratie. Da dieser von ihm nirgends explizit formuliert wird, sondern stets nur als Kriterium der Kritik — an bestehender staatlicher Organisation — auftaucht, kann er erst auf Umwegen herauspräpariert werden: die Kritik Jaspers' ist zu beschreiben, ihre Kriterien sind zu isolieren und in der Negation zu deuten.

Kritik der Demokratie. In „Die geistige Situation der Zeit" (1930) thematisiert Jaspers erstmals und grundlegend politische Wirklichkeit. Die „Situation der Zeit" scheint ihm bestimmt von zwei einander bedingenden Phänomen: dem „technischen Apparat" und der „Masse". „Technik und Masse haben einander hervorgebracht. Die große Maschinerie muß eingestellt sein auf die Masseneigenschaften; ihr Betrieb auf die Masse der Arbeitskräfte, ihre Produktion auf die wertschätzung der Masse der Konsumenten." Damit ist unser Zeitalter gekennzeichnet durch die „Herrschaft der Masse". Die Herrschaft der Masse aber ist für Jaspers identisch mit dem Verfall von Herrschaft überhaupt. „Die Masse scheint herrschen zu müssen, aber es zeigt sich, daß sie es nicht vermag."

Karl Jaspers, *83, Dr. med., 1921 Philosophieprofessor in Heidelberg, seit 1948 in Basel*

Warum Masse herrscht, ist klar: als Korrelat des technischen Versorgungsapparates. Daß sie nicht herrschen kann, liegt zunächst an ihren Eigenschaften als Masse. Und zwar produziert die „unabänderliche Massenwirkung", die Jaspers beschreibt als die Destruktion der Individualität in den drei Dimensionen: Aufhebung des Eigenwillens; Isolierung des Einzelnen; Reduktion auf vitale Bedürfnisse; die spezifischen Masseneigenschaften. „(Die Masse) ... will Daseinsbefriedigung in Nahrung, Erotik, Selbstgeltung. Dazu will sie eine Weise, sich selbst zu wissen. Sie will geführt sein, doch so, daß sie zu führen meint. Sie will nicht frei sein, aber für frei gelten. Um ihr entgegenzukommen, muß faktisch ein Durchschnittliches und Gewöhnliches, aber nicht geradezu als solches benannt, verherrlicht oder wenigstens gerechtfertigt werden als das Allgemeinmenschliche." Die Eigenschaften der Masse also bringen eine Form der Herrschaft hervor, in der der eigentliche Herrscher (eben die Massen) doch unfähig ist, seinen Willen zu artikulieren und auszuführen, in der er mithin nur wirken kann, wenn er seine Macht an Einzelne delegiert. Die Masse schreibt lediglich bestimmte Organisationsformen von Herrschaft vor, deren jeweils konkrete Handhabe aber bleibt ihren Exponenten überlassen. „Die herrschende Macht der Masse bleibt wirksam in den Strukturen, die sie annimmt durch Organisationen, Majoritäten, Publikum, öffentliche Meinung und in dem faktischen Sich-verhalten von Menschen. Aber diese Herrschaft ist nur wirksam in der Weise, wie jeweils der Einzelne der Masse verständlich macht, was sie will, und vertretend für sie handelt." Auf diese Weise ist Herrschaft unter den Bedingungen der technischen Daseinsordnung schließlich nichts als die Verdoppelung der Masseneigenschaften. „(Der Führer) ist sich bewußt, daß er nicht etwas als er selbst ist, sondern als Exponent der Menge, welche hinter ihm steht. Er ist im Grunde so ohnmächtig wie jeder Einzelne, Vollstrecker dessen, was Widerhall im Durchschnittlichen des Massenwillens finden muß...

Was er sein kann, wird nicht gemessen an einer Idee ..., sondern gefunden im Blick auf die Grundeigenschaften des Menschen, wie sie zur Erscheinung in seiner Mehrzahl kommen und als eigentliche Wirklichkeit im Handelnden selbst herrschen." Diese Grundeigenschaften aber sind selbst nur als negative zu beschreiben: als Verlust der Fähigkeit, man selbst zu sein; als Verlust der geschichtlichen Kontinuität; als Verlust der „wirklichen Welten des Menschen": „Die Welt scheint in die Hände der Mittelmäßigkeit geraten zu müssen, der Menschen ohne Schicksal, ohne Rang und ohne eigentliche Menschlichkeit." Die Herrschaft der Masse als der ihre Exponenten bestimmenden Majoritä-

ten bedeutet als Herrschaft von nur als Depravation faßbar werdenden Grundeigenschaften schließlich den Verfall von Herrschaft, „(Herrschaft ist) weder die Herrschaft der Masse als eines Wesens, noch werden die Einzelnen freigelassen zu verantwortlichem Tun, sondern (sie) ist die Autorität einer Methode als der Ordnungsregelung, welche die Weihe eines vermeintlichen Interesses des Ganzen trägt."

Kriterien der Kritik. Die Kriterien dieser Kritik, die Jaspers an der Herrschaftsreform der technischen Massengesellschaft übt, stammen nicht ursprünglich aus einem bestimmten Begriff von politischer Organisation, sondern aus einem Begriff von menschlicher Existenz. An ihm erst gemessen wird aus der Beschreibung eines durchaus als demokratisch zu kennzeichnenden Mechanismus' Kritik. Wenn Jaspers beklagt, daß „Führer ... nur mit Mißtrauen beobachtete, stets durch Kontrollen unter Bedingungen gestellte Exponenten einer Situation oder eines augenblicklichen Wollens Vieler" seien, so ist darin keinerlei Kritik enthalten für den, der die Kontrolle der Herrschenden durch die Beherrschten einer demokratischen Organisation des Staates notwendig zugehörig weiß. Und doch kann Jaspers fortfahren: „Mit solchen Weisen des Führertums zeigt der Staat ..., daß er von Tendenzen ergriffen ist, die ihn in seiner Idee zerstören. Er wird entweder als im Geistigen chaotischer Betrieb die bloße Einigung der rationalen Daseinsordnungen mit der Macht ... im zerfallenden Staatsbewußtsein ist dann die Wirklichkeit des Machtstaates als geistig zufälliges Entscheiden und direktionsloses Abwechseln der Gewaltsamkeit. Oder der Staatswille wird in der Reaktion dagegen zur diktatorischen Wiederherstellung von Einheit, Autorität, Gehorsam, so daß in einem fanatisierten Staatsbewußtsein die Freiheit des Menschseins verlorengeht ... In beiden Fällen ist nur eine gewaltsame Führung da, die sich nicht durch ein zum echten Menschen gesteigertes Sein rechtfertigt. So scheint das politische Schicksal aller die Schicksalslosigkeit."

Kritische Instanz, an der von Jaspers Herrschaft und ihre Organisation gemessen wird, ist der philosophische Begriff des „Selbstseins". „Schicksal ist nur, wo Selbstsein das Dasein ergreift und durch seine Aktivität übernimmt, verwirklicht und wagt." Was solches Selbstsein ist, kann nicht geradezu ausgesagt werden, es hat sein Wesen gerade an seiner Unabgeschlossenheit und Unabschließbarkeit und am Bewußtsein davon.

Selbstsein ist jene Haltung, die „das eigene Werden in der besonderen Situation mit der größten Entschiedenheit bewußt (ergreift)." — An dieser Stelle wird klar, warum der Philosoph Jaspers so häufig zu politischen Fragen Stellung bezogen hat: Das Selbstsein als die Möglichkeit eigentlichen Menschseins hat seinen Raum im Staat, es ist angewiesen auf die Übernahme der eigenen Geschichte und ihrer Verwandlung in Zukunft. „Der Staatswille ist der Wille des Menschen zu seinem Schicksal, das er niemals nur als Einzelner, sondern nur in seiner Gemeinschaft durch die Folge der Generationen hat". An dieser Stelle wird aber auch klar, warum Jaspers die heutige Gesellschaftsordnung kritisiert, gerade, wo er sie als Mechanismus einer demokratischen Willensbildung beschreibt: Diese ist abhängig von Majoritäten, die als Masse gerade nicht Selbstsein sind. Demokratische Willensbildung macht es den „Führern" unmöglich, „als die Kontinuität eines Lebens den Weg (zu) weisen und Entschlüsse (zu) fassen." Der Staat ist damit nicht mehr Raum möglichen Selbstseins des Menschen, möglichen Schicksals, der er, so Jaspers, seiner Idee nach ist.

Richtung des Demokratiebegriffes. Nun ist aber die Massenordnung nicht rückgängig zu machen. Eben deshalb ist es „die weltgeschichtliche Grundfrage unserer Zeit, ob die Menschenmassen demokratisiert werden können." Demokratie ist für Jaspers gebunden an die Weise des Menschseins, die er Selbstsein nennt. Wie aber kann ein Begriff, der sich seinem eigenen Anspruch nach der Fixierung entzieht, Grundlage einer konkreten gesellschaftlichen Organisation sein?

Die Weise, wie selbstseiende Menschen einander begegnen, heißt „Kommunikation". Solche Kommunikation, die von der Anerkennung des Selbstseins des anderen ausgeht, ist aber nur unter Wenigen und mit Wenigen möglich, nur Wenigen kann sie ein System der Willensbildung sein. Jaspers' Demokratiebegriff muß den der Elite, des „Adels" in sich aufnehmen. „Die Frage, ob menschliche Würde noch möglich sei, ist identisch mit der Frage, ob noch Adel möglich sei." Aber „es bleibt ... hoffnungslos, in dem durch die Massen bestimmten Zeitalter den Adel des Menschseins in Gestalt einer herrschenden Minderheit zu erwarten." Die Elite der selbstseienden Menschen kann nur noch wirken, indem sie die Bedingungen der Masse anerkennt. Demokratisierung der Menschenmassen bedeutet also zunächst, die Massen zur Anerkennung der Elite zu bewegen, um dieser den Raum ihrer Wirklichkeit zu verschaffen, und gleichzeitig die Anerkennung einer Masse mit solchem Bewußtsein durch die Elite!

Die Fragwürdigkeit. Doch ist das nur als Tendenz auszusprechen. Es hieße Jaspers unrecht tun, wollte man ihn auf einen politisch realen Begriff der Demokratie dingfest machen, es hieße ihn überfordern, ihm die Darstellung konkreter Organisationsformen abzuverlangen. Das Wesen seiner Philosophie ist gerade, jegliche Fixierung auszuschalten. Es wäre ungerecht, wollte man formulieren, Jaspers' Demokratiebegriff liefe auf die Abschaffung der Demokratie hinaus. Die autoritäre Tendenz der Jasperschen Demokratiekritik wird durch den emphatischen Sinn ihrer zentralen Kategorie neutralisiert, solange die philosophischen Aussagen immanent betrachtet werden. Das Fragwürdige und Bedenkliche, das sich in dieser Tendenz signalisiert, ist nicht schon in den Aussagen selbst zu fixieren, sondern in der Reflexion auf die aktuelle Ausformung solcher Philosophie. Es wäre Jaspers nicht vorzuwerfen, daß er einen falschen, da auf autoritäre Herrschaft zielenden Begriff von Demokratie habe, sondern daß er keinen realen von ihr haben kann.

jazz times

Zu den zwei, drei Höhepunkten der deutschen Jazz-Saison zählt zweifellos das Düsseldorfer Amateurfestival, das sich seit dem vergangenen Jahr mit dem schönen Beiwort „international" schmücken darf. Das letzte, das zweite, Internationale Amateur-Jazzfestival lieferte Variationen zum Thema Unmittelbarkeit und Technik.

Oft — und zu recht — ist den Amateurjazzern vorgeworfen worden, ihre Begeisterung ersetze lediglich einen Mangel an instrumentaler Fertigkeit. Diesen Ersatz hatten die meisten der 17 Bands nicht mehr nötig. Sie beherrschen ihre Instrumente, ihre Phrasierung ist nur noch selten amateurhaft, ihr harmonisches Gespür hat sich verfeinert. Und Langeweile breitete sich aus.

Die Rede ist nicht von wirklich schlechten Gruppen: Es waren nur zwei in Düsseldorf. Das römische „Middle Jazz Quartett" war miserabler als es ein Wortspiel mit seinem Namen nahelegt. Franco Forti (Klarinette) verfügt über einen schönen Ton, aber nicht über Einfälle, und seine Rhythmusgruppe ist mit dem Wort „schaurig" nur unzureichend beschrieben.

Das „Middle Jazz Quartett" im modernen Stil war die „Joe Tauscher Group" aus Wien. Alle fünf Musiker allerdings technisch wesentlich versierter als die Italiener, dafür aber völlig unfähig, aus dem Vokabular des modernen Jazz auch nur einen zusammenhängenden Satz zu fügen. Die Titel, die die Wiener spielten, deuteten darauf hin, daß sie wohl Hard Bop machen wollten — aber eine Sachertorte wäre gegen ihre Musik ein Granitblock.

Manfred Miller, *Musikwissenschaftler und Jazztrompeter, kommentiert hier in Zukunft Aktuelles aus der Welt des Jazz*

Bis auf diese schlechten und die guten Ausnahmen ist das Düsseldorfer Festival fast durchweg und in mehr als einer Hinsicht auf die Formel „Mainstream" zu bringen. Stilistisch orientierten sich sehr viele Bands am Hauptstrom des populären Jazz mit der Mitte Swing. Und Hauptstrom, brave Mitte, war auch die Qualität ihrer Musik.

Gewiß, es gab da Unterschiede. Im Oldtimejazz zwischen der Harbour Jazz Band aus Rotterdam mit einer kläglichen Dutch Swing College-Kopie, dem englischen Gordon Robinson Septett mit glattpolierten, zweitklassigen Tanzmusikarrangements und der Berliner Storyville Jazzband, die einen erfreulich munteren, für Düsseldorfer Verhältnisse schon recht intensiven Kansas-City-Stil à la Basie pflegt.

Im modernen Stil reichte die Spannung vom Walter-Strerath-Trio — technisch perfekte, emotional erschreckend leere Oscar-Peterson-Kopie — über das Jack-van Poll-Sextett aus Roosendahl in Holland, das Hard Bop am Ende vermutlich mit „B" schreibt, bis zum Modern Jazz Quintett Karlsruhe, bei dem sogar Free Jazz noch aus Klischees zu bestehen schien.

Beim Heinz-Kunzler-Oktett aus Reutlingen muß die Begeisterung für viele Mängel herhalten. Free Jazz bedarf, entgegen der landläufigen Meinung, eines hohen Grades an musikalischem Bewußtsein. Eine Form, die spontan entsteht, entsteht deshalb noch lange nicht von selbst.

Wenn auf einer niedrigen Intensitätsstufe musiziert wurde, wo jeder technische Fehler doppelt hörbar wird, blieb die Musik des Kunzler-Oktetts dünn, ausgenommen die kontrollierten, schönen Tenorsoli des Leiters. Immer dann jedoch, wenn Begeisterung nötig war, in den großen Steigerungen, entstand mehr musikalische Erregung als alle Hauptströmer zusammen aufbrachten.

Technik und emotionale Unmittelbarkeit brachten nur zwei Bands auf einen Nenner: das Traditional Jazz Studio aus Prag und das Bremer Harald-Eckstein-Sextett. Die Ecksteiner spielten Hard wirklich hart, voll Kraft und rhythmischer Raffinesse, voll Blues und Gospelklängen. Und das Traditional Jazz Studio Prag: ach, Worte sind arm. Witz, Temperament, Spielfreude, ein homogener und dennoch differenzierter Ensembleklang, hervorragende Solisten ... stimmt alles, und doch ist da noch mehr. Aber das muß wohl jeder selbst hören.

Solche Spannung, wie sie von den Siegern im traditionellen und modernen Stil ausging, gab es in Düsseldorf nur noch einmal: als im Kirchenkonzert der Hamburger Spiritualchor „Every time I feel the spirit" sang. Für ein paar Minuten herrschte eine Atmosphäre wie in den Negerkirchen Amerikas, als der Chor plötzlich aus zwölf Solisten bestand, die „den Geist spürten"; als aus dem Publikum eine Gemeinde wurde, die den Rhythmus klatschte, richtig auf zwei und vier oder gar kennerisch variiert, die antwortete, zaghaft zwar, „Yes Lord" und „You better believe". Aber solche Momente waren beim Zweiten Internationalen Amateur-Jazzfestival in Düsseldorf selten.

Schallplatten

Beat With Soul
The Spencer Davis Group
Stern-Musik, DM 18,—

Dies ist eine Platte, die Jazzfreunde und Beat-Fans gleichermaßen begeistern wird. Wen diese Musik nicht vom Stuhl reißt, lädt man beim nächsten Mal besser nicht mehr ein. Denn heißer gehts kaum noch. Gegen die emotionalen Ausbrüche dieser Musik klingen die wildesten Platten der „Rolling Stones" so zahm wie die Wiener Sängerknaben. (Das für die Beat-Fans). Und zu dem gerade 17jährigen lead-Sänger Steve Winwood fällt einem kein anderer Vergleich als der große, der eine Ray Charles ein. (Dies für die Jazzfreunde). Ein Legendenkiller ist diese Platte. Wer immer noch glaubt, den „richtigen" Jazzgesang beherrschten nur die nordamerikanischen Neger, höre sich Winwoods Interpretation des Standards „Georgia on my mind" an. Spencer Davis, englischer Deutschlehrer, der eine Zeitlang in Berlin studierte und Jazzpiano spielte, steuert zu diesem Titel ein vorzüglich aufgebautes, harmonisch interessantes und rhythmisch komplexes Klaviersolo bei. Ein kochendes Mundharmonika-Solo in „Sittin' and thinkin'", das jedem Musiker auf Chikagos South-Side alle Ehre machen würde, ein weiteres intensives Winwood-vocal in „Dimples", ein gründlich verbeatetes "Take This Hammer": Keiner der 13 Titel wird dem Motto der Platte nicht gerecht. „Beat with Soul". Der Blues wurde diesseits des Atlantiks niemals besser gesungen und gespielt.

The Master Swingers!
Dexter Gordon, Wardell Gray Fontana, DM 12,80

Fontana hat eine neue preiswerte Serie für den Jazzfreund gestartet. Motto: Jazz Life. Eine der ersten Platten dieser Reihe bringt Duette der beiden Tenorsaxophonisten Wardell Gray und Dexter Gordon, Aufnahmen, die ursprünglich aus den Jahren 1946, 1947 und 1952 stammen. Nicht nur, wer den Combo-Swing liebt, wird für diese Neuauflage dankbar sein: Die 12 Titel gehören als „Klassiker" in jede Jazz-Diskothek. Acht dieser Aufnahmen waren bisher noch nicht einmal auf 78er Schellackplatten greifbar!

Das Zusammenspiel zweier wichtiger Tenoristen der Übergangszeit vom Swing zum Bop wird vorzüglich begleitet: Dodo Marmorosa, Erroll Garner (Piano), Red Callender (Baß) und Chuck Thompson bzw. Jackie Mills (Schlagzeug), Namen, bei denen nicht nur Spezialisten für die vierziger Jahre aufhorchen. In „One for Prez", eine schnelle Version von „How high the Moon", spielt Gray ein rasantes und humorvolles Solo, von Marmorosa mit kreuzrhythmisch versetzten Akkorden spannungsvoll begleitet. „Man with a Horn" ist Gordons einzige Aufnahme mit dem Baritonsaxophon, auch dies eine ausdrucksvolle Ballade, auch sie nicht nur der Rarität wegen hörenswert. Grays „The man I love" kann sich mit den berühmtesten Balladeninterpretationen messen, die man im modernen Jazz kennt.

W. A. Mozart:
Sinfonie Nr. 1—41
Londoner Philharmoniker
Erich Leinsdorf
Westminster Silber Serie
DM 9,80 je Platte

Die Westminster Silber Serie z. B. ist eine Sonderpressung der CBS. Die meisten Platten dieser Reihe stammen aus dem Standardkatalog der Firma. So auch die elf Platten, auf denen „sämtliche Sinfonien von W. A. Mozart" zu hören sind. Vollständigkeitsfanatiker sollten sich allerdings nicht täuschen lassen: Zwar erscheinen in dieser Reihe einige Mozart-Sinfonien erstmals auf Plattenrillen, vor allem Jugendwerke (Nr. 1-10, 12, 13, 15-17, 30). Wer im Köchelverzeichnis nachschlägt, wird außer den 41 numerierten Sinfonien aber noch neun weitere entdecken. Die muß sich der Sammler weiterhin auf dem inzwischen legalisierten Wege der Bandaufnahme von Rundfunksendungen besorgen. Leute mit schmalem Geldbeutel aber werden die Westminster-Platten dankbar begrüßen. Ihre musikalische und technische Qualität ist bemerkenswert gut. Die Londoner Philharmoniker unter Erich Leinsdorf musizieren sehr temperamentvoll und diszipliniert, besonders den frühen Sinfonien angemessen. Der besser Betuchte wird allerdings für die drei „großen", die späten Sinfonien, noch differenziertere Interpretationen, vorziehen, z. B. die von Bruno Walter. Doch auch die Leinsdorf-Platten können sich hören lassen. Wer seine schon vorhandene Sammlung ergänzen will, kann selbstverständlich auch jede der elf Platten einzeln erstehen.

W. A. Mozart:
Don Giovanni
Londoner Philharmoniker
Otto Klemperer
Electrola, DM 68,—
(Subscription)

Ein englischer Musikkritiker antwortete einst auf die Frage, was er zuerst aus seinem brennenden Haus retten würde: „Natürlich die Don-Giovanni-Platten mit Fritz Busch". Das war noch zu der Zeit, da die Gesamtaufnahme der Mozart-Oper auf -zig Schellackplatten konserviert wurde und man mitten in einer Arie umdrehen mußte. Die Aufnahme von den Glyndebourne-Festspielen entstand 1936. Seit einigen Jahren liegt bei Electrola eine Neupressung auf drei Langspielplatten vor (Brownlee, Souez, Baccaloni etc., Glyndebourne Festival Orchestra, Fritz Busch, Electrola, DM 75,—). Nun gibt es im Electrola-Katalog noch eine zweite Don-Giovanni-Version, diesmal mit Otto Klemperer. Für Hi-Fi-Besessene gibt es da natürlich keine Wahl. Ihren Ansprüchen wird die alte Aufnahme nicht gerecht. Der Rauschpegel ist unerträglich hoch, er ändert sich sogar hörbar innerhalb einzelner Partien. Abgesehen von der technischen Perfektion aber fällt der Vergleich zugunsten der alten Platte aus. Busch dirigiert durchweg energischer und dramatischer als Klemperer, der dem Hörer einige recht gewaltsam aufgesetzte Effekte nicht erspart. Besonders eklatant ist der Unterschied in den Rezitativen. Liebhaber des belcanto kommen bei beiden Aufnahmen auf ihre Kosten, doch auch in diesem Punkt schneidet die Busch-Platte im allgemeinen besser ab.

Bücher

Einführung in das philosophische Denken
Von K.-H. Volkmann-Schluck
Verlag
Vottorio Klostermann,
Frankfurt, 143 S., DM 5,80

Volkmann-Schluck, Kölner Ordinarius für Philosophie, hat dieses Buch in der Absicht geschrieben, einen Weg zu finden, auf dem philosophische Grundfragen erblickt werden können. Im Umkreis der modernen Kultur stellt sich die Philosophie in einer Mannigfaltigkeit von disparaten Aspekten dar. Volkmann-Schlucks Darstellung erprobt an der geschichtlichen Lage, in der wir uns befinden, und an den Aufgaben, die uns aus ihr erwachsen, ob und in welcher Weise die Philosophie jetzt und in Zukunft noch sein kann.

Ketzereien eines Soziologen
Kritische Äußerungen zu Fragen unserer Zeit
Von Alphons Silbermann
Econ-Verlag, Düsseldorf,
332 S., DM 19,80

Alphons Silbermann hat sich in der Zeit seiner Lehrtätigkeit in Köln einen geachteten Namen nicht allein als Vertreter empirischer Sozialforschung, sondern auch als Publizist aktueller Kulturkritik erworben. Wenn er die erste Sammlung von zeitkritischen Vorträgen und Abhandlungen selbst als eine Folge von Ketzereien bezeichnet, so wird die Erwartung des Lesers von vornherein auf pikante Auseinandersetzungen mit den Dogmatikern soziologischer Systeme ebenso wie mit den Pragmatikern kultureller Institutionen eingestellt.

Geschichte als Wissenschaft
Eine Einführung von Theodor Schieder
Oldenbourg Verlag, München, 229 S., br. DM 14,80

Das Buch des Kölner Historikers über Grundsatzfragen der Geschichtsschreibung ist zweifellos eines der geistreichsten Werke, die in jüngster Zeit in Deutschland zu diesem Thema geschrieben wurden. Es vermittelt eine Fülle von Anregungen und zwingt den Leser zum Nachdenken. Schieder versteht es, die in den letzten Jahrzehnten so oft diskutierten Fragen nach Sinn und Aufgabe der Geschichtsschreibung und nicht zuletzt auch nach ihren Möglichkeiten seinen Lesern in einer Sprache darzustellen, die gut lesbar, klar und einfach ist.

Russische Geschichte
Von den Anfängen bis zur Gegenwart
Von Günther Stökl. 2. erw. Aufl., Alfred Kröner Verlag, Stuttgart
847 S., Ln., DM 17,50

Der Verfasser (Ordinarius für osteuropäische Geschichte an der Kölner Universität) hat sich die Aufgabe gestellt, die gesamte russische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in einem Bande darzustellen. Der Leser wird in sämtliche Ebenen des geschichtlichen Ablaufs eingeführt, in die politisch-militärischen Ereignisse, in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, in Verfassungs- und Verwaltungsfragen, in die geistesgeschichtliche Entwicklung im weitesten Sinne mit Einschluß der Bildungs- und Kulturpolitik.

Hitlers Mein Kampf
Von Werner Maser
Bechtle Verlag, München,
344 S., DM 26,—

Werner Maser hat die von US-Behörden bis 1962 beschlagnahmten Dokumente und zahlreiche Zeugenaussagen ausgewertet und zu neuen Einsichten verarbeitet. Mit seiner Darstellung hat er einen bedeutenden Beitrag geschaffen, der zu den grundlegenden Werken über Hitler gehört. Maser macht auf die katastrophale Tatsache aufmerksam, daß Hitlers 1925/26 vorliegendes Programm einer Weltzerstörung von den verantwortlichen europäischen Staatsmännern nicht ernst — nicht todernst genommen wurde.

Politische Philosophie in Deutschland
Studien zu ihrer Geschichte
Von Hermann Lübbe
Verlag Benno Schwabe,
Stuttgart, 242 S., Lw.
DM 24,—

Hermann Lübbe, Bochumer Ordinarius, ist einer der wenigen jungen Philosophiehistoriker, die sich auch mit politischen Problemen intensiv beschäftigen. Er legt hier einen Sammelband mit vier Studien zur Geschichte der politischen Philosophie in Deutschland von den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts bis 1914 vor, der eine Menge von Vorurteilen korrigiert und im letzten Teil einen nützlichen Beitrag zur Selbstkritik des deutschen Gelehrten-Nationalismus leistet. Eine Lektüre nicht nur für Philosophen.

Zerstörung und Selbstzerstörung der Demokratie
Europa 1918—1938
Von Karl J. Newman
Verlag Kiepenheuer und Witsch,
Köln. 533 S., Lw. DM 36,—

Ein Buch, das ein so erregendes Thema wie die Zerstörung und Selbstzerstörung der europäischen Demokratie in den beiden Jahrzehnten zwischen 1918 und 1938 zum Vorwurf hat, darf einer gespannten Erwartung gewiß sein. Newman, Kölner Politologe, hat bisher hauptsächlich Untersuchungen über die Probleme politischer Führung in den jungen Staaten des mittleren Ostens und über die Tradition von Herrschaftsformen veröffentlicht. Sein neues Buch verbindet geistesgeschichtliche Reflexionen mit soziologischen Analysen.

Probleme d. Rechtsordnung in Geschichte und Theorie
Zehn ausgewählte Aufsätze von Gerhard Kallen
Böhlau-Verlag, Köln
265 S., Lw. DM 32,—

Der 80. Geburtstag des emeritierten Kölner Ordinarius wurde willkommener Anlaß, aus seinem reichen Schaffen zehn charakteristische Aufsätze im Nachdruck zusammenzufassen. Auf der einen Seite spiegeln die Arbeiten die Forschungsinteressen des Gelehrten selbst wider, auf der anderen Seite begrüßt die Wissenschaft den Wiederabdruck, weil manche dieser wichtigen Aufsätze nur noch schwer zugänglich sind. Dem Juristen und Historiker wird die Lektüre der Aufsätze eine wertvolle Bereicherung sein.

„dsr" ist die Reiseorganisation der deutschen Studentenschaft, ein von sieben Studentenverbänden Deutschlands getragener gemeinnütziger Verein. Der Deutsche Studenten-Reisedienst ist ein Organ der studentischen Selbstverwaltung.

Unser Programm* 1967:

ARBEITSLAGER: Internationale Gemeinschaftsprogramme in europäischen und außereuropäischen Ländern, bei denen außer den subventionierten Reisekosten und einer Verwaltungsgebühr keine Kosten entstehen;

FERIENREISEN: Von Reiseleitern begleitete Erholungsprogramme von zwei- und dreiwöchiger Dauer, bevorzugt in unbekannteren europäischen und außereuropäischen Feriengebieten; Transportmittel Bahn, Bus, Schiff und Flugzeug mit verschiedenen Abfahrts- und Abflugsorten mit Anreiseermäßigung;

STUDIENREISEN: wissenschaftlich geleitete Exkursionen in europäische und außereuropäische Länder mit dem Charakter von Bildungsreisen;

PASSAGE-PROGRAMME: Schiffs- und kombinierte Schiffs-Flugpassagen mit außereuropäischen Zielen (überwiegend USA), Schiffs-Erholungsprogramme im Mittelmeer („Baukastenreisen") und in der Nord- und Ostsee;

FERN-TOURISTIK: Studienreisen der Sonderklasse in außereuropäische Länder (West- und Ostafrika, Mittlerer Orient, China, Japan, Mittelamerika);

IT-FLUGREISEN: Ferienreisen auf individueller Basis („Inclusive Tours") mit freier Wahl des Ferienzeitraumes und des Abflugortes;

USA-REISE-BAUKASTEN: Flug-, Schiffs- und Kombinationsreisen für Individualreisende und geschlossene Reisegruppen mit kombinierten Aufenthalts- und Besichtigungsprogrammen, verbilligten Rundreisen und Rundflügen bei freier Wahl von Reisedauer und Reiseroute;

STUDENTENFLUGE: Im Teilnehmerkreis beschränkte Gruppenflüge von verschiedenen deutschen Flughäfen nach England und in die Nah-Ostländer;

SONDERFLÜGE: Gruppenflüge für alle Teilnehmerkreise von verschiedenen deutschen Flughäfen nach Griechenland, Südafrika und Nordamerika;

INNERDEUTSCHE SAMMELFAHRTEN: Stark verbilligte Gruppenreisen in Studenten- und Jugendsonderzügen als Anreise- und Gemeinschaftsprogramme der Arbeitsgemeinschaft Jugend- und Studentenreisen (AJS) Bonn, entweder als Zielfahrten in deutsche Feriengebiete oder als Zubringerfahrten zu weit entfernten Abgangsbahnhöfen außerdeutscher Sammelfahrten;

AUSSERDEUTSCHE SAMMELFAHRTEN: Gruppenreisen mit den Zielen ausländischer Feriengebiete in Skandinavien, England, Frankreich, Spanien, Italien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei, entweder als Individualreise oder als Anschlußfahrt in einen Ferienprogrammort; Anschlußermäßigung von 50 % im 200-km-Umkreis um alle deutschen Abgangsbahnhöfe;

EUROPABUS-REISEN: Verbilligtes Individual-Reiseprogramm in Verbindung mit der Deutschen Touring Gesellschaft Frankfurt/Main; stark verbilligte Studentenfahrkarten zu vielen europäischen Hauptstädten.

AUSLANDSSTELLE DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES E.V.

53 BONN - KAISERSTRASSE 71

* Programmhefte erhalten Sie in unserer Zweigstelle an der Ruhr-Universität:

STUDENTEN-REISEDIENST BOCHUM, Ruhr-Universität, Lennershofstraße,

Baracke 8 (Studentenwerk)

Hochschulnachrichten

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

Herr Professor Dr. Dr. Gillissen aus Mainz wurde mit Wirkung vom 14. November 1966 zum ordentlichen Professor ernannt und auf das Ordinariat für „Medizinische Mikrobiologie" der Medizinischen Fakultät der hiesigen Technischen Hochschule berufen.

Herr Dozent Professor Dr. Rehage ist mit Wirkung vom 1. November 1966 zur Wahrnehmung eines Lehrstuhls an der Bergakademie Clausthal bis auf weiteres beurlaubt.

Herr Dr. Rudolf Rodenberg wurde mit Wirkung vom 18. Oktober 1966 zum Wissenschaftlichen Abteilungsvorsteher und Professor ernannt mit der Verpflichtung, das Fachgebiet „Theoretische Physik" in Lehre und Forschung wahrzunehmen.

Herr Wissenschaftlicher Rat und Professor Dr. Peter M. Schon aus Mainz-Gonsenheim wurde am 9. November 1966 zum ordentlichen Professor ernannt und auf das Ordinariat für „Romanische Philologie" der Philosophischen Fakultät der RWTH Aachen berufen, unter gleichzeitiger Ernennung zum Direktor des noch zu errichtenden Instituts für Romanische Philologie.

Herrn Dr. Peter Schmidt aus Neuß wurde zunächst für das Wintersemester 1966/67 ein Lehrauftrag für „Einführung in literaturwissenschaftliches Arbeiten" in der Philosophischen Fakultät der hiesigen Technischen Hochschule erteilt.

In einem auf fünfzehn Teilnehmer beschränkten Ideenwettbewerb, den das Ministerium für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten in Düsseldorf ausgeschrieben hatte, ist dem in Düsseldorf lebenden Diplom-Ingenieur Volkamer der erste Preis zugesprochen worden. Zur Jury gehörten neben Professor Eiermann (Karlsruhe) der Baudezernent von Aachen, Prof. Fischer, und der Rektor der Hochschule, Prof. Kühn. Dotiert ist der Preis mit zwölftausend Mark. Weiter wurden für die Erweiterung der Hochschule die Entwürfe von Diplom-Ingenieur Bätzner, der Planungsgemeinschaft Nägele, Hofmann und Tiedemann und des Aachener Architekten Diplom-Ingenieur Reitz angekauft.

Ruhr-Universität Bochum

Herr Professor Dr. Alfred Fettweis (Technische Hochschule Eindhoven / Holland) wurde auf das Ordinariat für Nachrichtentechnik an die Ruhr-Universität berufen.

Herr Professor Dr. Siegfried Herrmann (Ost-Berlin) wurde auf das Ordinariat für Altes Testament (Ev. Theologie) berufen.

Herr Professor Dr. Urs Jaeggi (Universität Bern) wurde auf das Ordinariat für Soziologie berufen.

Herr Professor Dr. Hans Christoph Lüttgau (Universität Bern) wurde auf das Ordinariat für Zellphysiologie berufen.

Herr Professor Dr. Gerhard Pfleiderer (Universität Frankfurt) wurde auf das Ordinariat für Biochemie berufen.

Herr Professor Dr. Christian A. von den Berg (Universität Hamburg) wurde auf das Ordinariat für Slawistik berufen.

Herr Privat-Dozent Dr. Eberhard Wölfel (Universität Erlangen) wurde auf das Ordinariat für Systematische Theologie berufen.

Herrn Professor Dr. Robert Charles Birney, Associate Prof. am Amherst College, Amherst Massachusetts/ USA, wurde für das Fach Psychologie im Wintersemester 1966/67 eine Gastprofessur übertragen.

Herrn Professor Dr. Raymond Klibansky, McGuill University in Montreal/Kanada, wurde für das Fach Philosophie im Sommersemester 1967 eine Gastprofessur übertragen.

An der Ruhr-Universität Bochum wird ein Rechenzentrum aufgebaut, das allen Instituten der Universität zur Verfügung stehen soll. Einzelheiten werden von einer Senatskommission geregelt, die inzwischen gebildet worden ist.

Die Ruhr-Universität Bochum hat den Vorschlägen der Westdeutschen Rektorenkonferenz zugestimmt, in Zukunft neue Semesterfristen einzuführen. Danach wird das Sommersemester vom 15. April bis zum 15. Juli und das Wintersemester vom 15. Oktober bis zum 15. Februar dauern.

In das Register der Studentenvereinigungen an der Ruhr-Universität Bochum ist die Hochschulgruppe Bochum des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) neu eingetragen worden.

Professor Dr. Hermann Lübbe (Lehrstuhl für Philosophie) ist zum Geschäftsführenden Vorsitzenden des Engeren Kreises der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland, der Vereinigung deutscher Hochschullehrer im Fach „Philosophie" gewählt worden.

Rheinische Friedrich - Wilhelms - Universität Bonn

Prof. Dr. Franz Bydlinski hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Zivilrecht an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien zum Sommersemester 1967 angenommen.

Dozent Dr. Manfred Breuer hat den Ruf als Full Professor der Mathematik an die University of Kansas in Lawrence/Kansas angenommen.

Prof. Dr. Peter Dombrowski hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mathematik an der Universität Köln angenommen.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paffen hat einen Ruf auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Geographie an der Mathematisch - Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel erhalten.

Prof. Dr. Wilhelm Klingenberg, Mainz, hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mathematik an der Universität Bonn angenommen.

Prof. Dr. Heinrich Zimmermann hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Neues Testament an der Katholisch - Theologischen Fakultät der Universität Bonn angenommen. Die Ernennung

Dozent Dr. Ulrich Heber, Institut für Landwirtschaftliche Botanik, wurde zum Wissenschaftlichen Abteilungsvorsteher und Professor ernannt.

Universität Düsseldorf

Herr Professor Dr. Rudolf-Wilhelm Larenz wurde am 14. November 1966 zum ordentlichen Professor für das Fach „Theoretische Physik" an der Universität Düsseldorf ernannt.

Herr Professor Dr. Erich Huth wurde auf den Lehrstuhl für „Kinderheilkunde" an der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg, Klinikum Mannheim, berufen. Er nahm den Ruf an.

Herr Professor Dr. Dietrich Plester erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde an der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen.

Herr Professor Dr. Reinhard Poche, Oberassistent am Pathologischen Institut der Universität Düsseldorf, wurde mit Wirkung vom 15. 11. 1966 zum Prosektor am Pathologischen Institut der Städtischen Krankenanstalten Bielefeld ernannt.

Universität zu Köln

Die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Wirkung vom 15. März 1967 Herrn Prof. Dr. Ing. Dr. rer. pol. Theodor Ellinger an den Lehrstuhl für Allgemeine und Industrielle Betriebswirtschaftslehre berufen und gleichzeitig zum Direktor des gleichlautenden Seminars bestellt. Herr Prof. Dr. Ellinger wird damit der Nachfolger des emeritierten Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre, Herrn Prof. Dr. h. c. Dr. h. c. Erich Gutenberg. Herr Prof. Dr. Ellinger lehrte bisher an der Universität Mainz.

Die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat den Senatspräsidenten Dr. Klaus Tipke aus Hamburg mit Wirkung vom 1. Januar 1967 an zum ordentlichen Professor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln ernannt. Herrn Professor Dr. Tipke wurde der Lehrstuhl für Steuerrecht übertragen. Gleichzeitig wurde er zum Direktor des Instituts für Steuerrecht der Universität bestellt.

Herrn Prof. Dr. U. Diederichsen wurde der Lehrstuhl des verstorbenen Prof. Dr. Süß für Bürgerliches Recht, Handelsrecht und Zivilprozeßrecht übertragen. Seine wissenschaftlichen Arbeiten gelten u. a. Fragen des Konsumentenschutzes (Haftung des Warenherstellers) sowie Problemen des Prozeßrechts (Beweisrecht).

Privatdozent Dr. R. Bornkamm (Math.-Naturw. Fakultät) wurde zum Wissenschaftlichen Rat und Professor ernannt.

Handelsblatt
DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG · VEREINIGT MIT Deutsche Zeitung

Die Zeitung, die sich bezahlt macht

Vorzugspreis für Studierende DM 4,50 (statt DM 9,60) monatlich bei freier Zustellung an die Studien- bzw. Ferienanschrift. Auf Wunsch kostenlose Probelieferung.

Vorzugspreise für die im HANDELSBLATT-Verlag erscheinenden Zeitschriften: DER BETRIEB DM 4,40 DIE ABSATZWIRTSCHAFT DM 3,25 · WIRTSCHAFT UND WETTBEWERB DM 5,40 · ATOMWIRTSCHAFT — Atomtechnik DM 3,75 · CHEMISCHE INDUSTRIE DM 3,75.

VERLAG HANDELSBLATT · 4000 DÜSSELDORF · POSTFACH 1102

Staatliche Hochschule für Musik Köln

Die Staatliche Hochschule für Musik Köln, die bisher von der Stadt Köln und vom Land NRW gemeinsam getragen wurde, soll nunmehr völlig in die Trägerschaft des Landes übernommen werden. Die Verhandlungen über einen neuen Staatsvertrag mit Stadt und Land stehen kurz vor dem Abschluß. Die Kölner Musikhochschule ist mit augenblicklich 580 Studierenden die größte unter den 11 Musikhochschulen der Bundesrepublik. Bemerkenswert ist der Andrang aus dem Ausland; z. Zt. studieren 98 Ausländer.

Die Hochschule veranstaltet im Rahmen ihres Lehrplanes Wettbewerbe für junge Solisten und hat dafür u. a. von einem Freund und Gönner des Institutes eine Stiftung für einen Sonderpreis erhalten, der im Fach Duo Violine und Klavier sowie im Fach Liedgestaltung ausgetragen wird. Die Preisträger dieses Wettbewerbes werden am 18. 1. 67 in einem Konzert der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Direktor der Hochschule, Prof. Heinz Schröter, der erst kürzlich zum Präsidenten der Europäischen Vereinigung der Musikhochschulen und Konservatorien gewählt wurde, ist von der französischen Regierung zum Chevalier im Orden der Künste und Wissenschaften ernannt worden in Anerkennung seiner Verdienste um den deutsch-französischen Kulturaustausch.

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Wissenschaftlicher Rat und Professor Dr. Rudolf Altevogt wurde mit Urkunde vom 29. September zum Wissenschaftlichen Abteilungsvorsteher und Professor ernannt.

Professor Dr. Heinrich Dörrie erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Klassische Philologie an der Universität Regensburg.

Dozent Dr. Ulrich Gerlach wurde mit Urkunde vom 25. Oktober zum außerplanmäßigen Professor in Münster ernannt.

Dozent Dr. Helmut Hesse wurde für die Dauer des Wintersemesters 1966/67, längstens bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls, mit der Vertretung des 6. Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre beauftragt.

Privatdozent Dr. Friedrich Kambartel hat den an ihn ergangenen Ruf auf einen Lehrstuhl im Fachbereich Philosophie an der Universität Konstanz angenommen.

Wissenschaftlicher Rat und Professor Dr. Franz Heinrich Kettler wurde mit Urkunde vom 26. Oktober zum Wissenschaftlichen Abteilungsvorsteher und Professor ernannt.

Wissenschaftlicher Rat und Prof. Dr. Eberhard Lerche wurde mit Urkunde vom 31. Oktober zum Wissenschaftlichen Abteilungsvorsteher und Professor ernannt.

Privatdozent Oberarzt Dr. Eberhard Löhr wurde mit Urkunde vom 4. November zum Dozenten ernannt.

Wissenschaftlicher Assisten Dr. Abdolreza Mowassaghi erhielt einen Ruf als Associate Professor für Physiologie an die Pahlavi-Universität in Shiraz/Iran.

Dekan Prof. Dr. L. Mülhaupt erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre, an der Johann-Wolfgang - Goethe - Universität Frankfurt/Main.

Prof. Dr. Dieter Nörr erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Römisches und Bürgerliches Recht an der Universität Hamburg.

Prof. Dr. Ludger Oeing-Hanhoff erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Philosophie I an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Dozent Dr. Hermann Portheine wurde mit Urkunde vom 1. November zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Wissenschaftlicher Rat und Professor Dr. Ludwig Reimer wurde mit Urkunde vom 7. November zum Wissenschaftlichen Abteilungsvorsteher und Professor ernannt.

Privatdozent Dr. H. G. v. Schnering hat den an ihn ergangenen Ruf auf das Ordinariat für Anorganische Chemie II an der Technischen Hochschule Karlsruhe abgelehnt.

Professor Dr. Friedrich Scholz, bisher Germersheim, wurde mit Wirkung vom 1. Oktober auf den 2. ordentlichen Lehrstuhl für Slawistik berufen.

Dozent Dr. Ulrich Ungern, bisher Freiburg, wurde mit Wirkung vom 1. Oktober auf den ordentlichen Lehrstuhl für Sinologie in Münster berufen.

Philosophisch-Theologische Hochschule Paderborn

Herr Dr. theol. Klaus Demmer, Lehrbeauftragter für Ethik und Moraltheologie, wurde zum Dozenten ernannt.

Herr Dr. phil. Josef Schwermer, Lehrbeauftragter für Pastoralpsychologie und Pastoralsoziologie, wurde zum Dozenten ernannt.

Herr OStR Johannes Schmitdinger, Lehrbeauftragter für Hebräisch, wurde zum Dozenten ernannt.

WÜLFING-ARZNEIMITTEL

BEWÄHRT IN KLINIK UND PRAXIS

Den Fortschritt beherrschen

Wir wollen alles genau wissen. Über Stahl. Über die Fertigung. Über die Anwendung. Deshalb forschen, planen, investieren wir.

Erst vor kurzem haben wir ein LD-Blasstahlwerk gebaut. Über 100 Millionen DM investiert.

Wir investieren weiter.

Weil jede Zukunft einmal Gegenwart sein wird und dann eine neue Zukunft vor uns steht.

Eine Zukunft mit Stahl.

...man fragt den Mann von **Mannesmann**